

**PROBLEME DES BESTANDTEILS- UND
ZUBEHÖRBEGRIFFS IM
DEUTSCHEN BÜRGERLICHEN RECHT**

Ernst Bernhard

1970



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552316_0058

P R O B L E M E D E S B E S T A N D -
T E I L S - U N D Z U B E H Ö R B E -
G R I F F S I M D E U T S C H E N
B Ü R G E R L I C H E N R E C H T

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

E r n s t B e r n h a r d

1978

Referent: Professor Dr. Rother
Korreferent : Professor Dr. Canaris
Tag der mündlichen Prüfung:

27. Februar 1978



VERZEICHNIS

Das Verzeichnis der in der vorliegenden Arbeit benutzten Literatur ist in drei Teile gegliedert: I. Die in der Arbeit selbst zitierte Literatur, II. Die in der Arbeit erwähnte, aber nicht zitierte Literatur, III. Die in der Arbeit erwähnte, aber nicht zitierte Literatur.

Die in der Arbeit selbst zitierte Literatur ist in drei Teile gegliedert: I. Die in der Arbeit selbst zitierte Literatur, II. Die in der Arbeit erwähnte, aber nicht zitierte Literatur, III. Die in der Arbeit erwähnte, aber nicht zitierte Literatur.

Meinen Eltern in Dankbarkeit gewidmet

Die vorliegende Arbeit ist eine Darstellung der Geschichte der deutschen Literatur von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie ist in drei Teile gegliedert: I. Die Geschichte der deutschen Literatur von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, II. Die Geschichte der deutschen Literatur von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, III. Die Geschichte der deutschen Literatur von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts.

VORBERMERKUNG

Die Arbeit hat das Ziel, das geltende Recht der Sachbestandteile unter Berücksichtigung des Zubehörs und der Sachgesamtheiten zu untersuchen.

Kritik an der bestehenden Rechtslage ist zunächst in zweierlei Hinsicht angebracht. Das geltende Recht klärt die Frage nach dem Verhältnis der Sache zu ihren Teilen zuweilen unzureichend und zudem in einer für einen juristischen Laien schwer verständlichen Weise.

Außerdem fragt sich, ob die bestehende Regelung noch den heutigen Verhältnissen gerecht werden kann. Es ist zu berücksichtigen, daß sich die sozialen, wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs wesentlich verändert haben. Es stellt sich hier die Frage, ob die Väter des geltenden Rechts von so großem, fast genialem Weitblick waren, daß ihr Werk heute noch als zweckentsprechend und gerecht gelten kann. Weiter ist zu klären, wie Rechtsprechung und Lehre im Laufe der letzten 75 Jahre diesen Stoff wissenschaftlich durchdrungen und die Problematik der Normen über Bestandteil und Zubehör bewältigt haben. Aus diesen offenen Fragen ergibt sich die Notwendigkeit, das Recht der Bestandteile unter Berücksichtigung des Zubehörs und der Sachgesamtheit nunmehr daraufhin zu überprüfen, ob es noch in die derzeitige Landschaft der sozialen Wirklichkeit paßt. Ein kurzer geschichtlicher Überblick wird dieser Arbeit vorangestellt, um die Unterschiede zu früheren Rechtssystemen aufzuzeigen. Teils haben die Väter des

BGB auf diese Systeme zurückgegriffen, teils Neues geschaffen. Um dies deutlich zu machen, hat es sich empfohlen, zunächst einen geschichtlichen Überblick zu geben.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I SVorbemerkung

Die Lehre von Bestandteil und Zubehör in ihrer geschichtlichen Entwicklung	- 1 -
I. Bestandteil und Zubehör im römischen Recht	- 1 -
1. Der Bestandteilsbegriff im römischen Recht	- 1 -
2. Die Unterscheidung zwischen Bestandteil und Zubehör im römischen Recht	- 3 -
3. Die Rechtsverhältnisse an Bestandteil und Zubehör im römischen Recht	- 5 -
a. Die Rechtsverhältnisse am " Bestandteil " einer beweglichen Sache	- 5 -
b. Die Rechtsverhältnisse an den Bestand- teilen eines Grundstücks	- 8 -
c. Die Rechtsverhältnisse am Zubehör	- 10 -
II. Bestandteil und Zubehör in den älteren deutschen Rechten	- 11 -
1. Allgemeines	- 11 -
2. Die Begriffe " Bestandteil " und " Zubehör " im vor der Rezeption geltenden deutschen Recht	- 11 -
a. Allgemeines	- 11 -
b. Wesentlicher und unwesentlicher Bestandteil im vor der Rezeption geltenden deutschen Recht	- 12 -

II.

c. Das Rechtsinstitut des Zubehörs	- 13 -
3. Die Rechtsverhältnisse an Bestandteil und Zubehör	- 13 -
a. Allgemeines	- 13 -
b. Die Rechtsverhältnisse an den Pertinenz- enzen beweglicher Sachen	- 14 -
c. Die Rechtsverhältnisse an den Pertinenz- enzen unbeweglicher Sachen	- 14 -
4. Der Bestandteilsbegriff in den nach der Rezeption in Deutschland geltenden Rechten	- 18 -
a. Das Gemeine Recht	- 18 -
b. Das Preußische Allgemeine Landrecht	- 20 -
aa. Allgemeines	- 20 -
bb. Die Rechtsverhältnisse an Bestand- teilen und Zubehör im ALR	- 20 -
a. Die Rechtsverhältnisse bei beweglichen Sachen	- 20 -
b. Die Rechtsverhältnisse an den Bestandteilen eines Grundstücks	- 21 -

H a u p t t e i l

Die Lehre von Bestandteil und Zubehör im heutigen Recht	- 23 -
I. Abgrenzung des Bestandteils- und Zubehörbegriffs zu dem anderer Wissenschaften und Daseinsberechtigung dieser Begriffe in der Jurisprudenz	- 23 -
II. Die Bestandteile beweglicher Sachen	- 30 -
1. Der wesentliche Bestandteil gemäß § 93	- 30 -
a. "Zerstörung" und "Wesensveränderung" als tatbestandsmäßige Voraussetzungen für den wesentlichen Bestandteil im Sinne des § 93 BGB	- 31 -
aa. Die Zerstörung	- 32 -
bb. Die Wesensveränderung	- 35 -
b. Die Teile einer Sache als die von § 93 BGB geschützten Rechtsobjekte	- 41 -
c. Kritik an der von der herrschenden Lehre und Rechtsprechung vertretenen Ansicht und Stellungnahme hierzu	- 55 -
2. Die Rechtsverhältnisse am wesentlichen Bestandteil einer beweglichen Sache	- 69 -

3. Der unwesentliche Bestandteil	- 75 -
a. Begriffliche Voraussetzungen	- 75 -
aa. Bestandteile einfacher Sachen	- 76 -
bb. Bestandteile zusammengesetzter Sachen	- 78 -
aaa. Die Verkehrsanschauung als Abgrenzungsmerkmal bei der Beantwortung der Frage, ob ein Gegenstand Teil einer Sache oder selbständige Sache geblieben ist	- 80 -
bbb. Der äußere und innere Zusammenhang zwischen Hauptsache und Teil	- 82 -
b. Stellungnahme zur Begriffsbestimmung des unwesentlichen Bestandteils	- 87 -
c. Die Rechtsverhältnisse am unwesentlichen Bestandteil	- 95 -
4. Die rechtliche Behandlung der Sachgesamtheit in der Bestandteilslehre	- 99 -
a. Problemstellung	- 99 -
b. Begriffliche Voraussetzungen der Sachgesamtheit	- 100 -
c. Die rechtliche Behandlung der Sachgesamtheit	- 101 -
d. Stellungnahme zur Problematik der Sachgesamtheit	-- 102 -
III. Die Bestandteile unbeweglicher Sachen	- 109 -
1. Die wesentlichen Bestandteile gemäß § 94 Abs. 1 BGB	- 109 -

a. Begriffliche Voraussetzungen	- 109 -
b. Die feste Verbindung als Voraussetzung für den wesentlichen Bestandteil gemäß § 94 Abs. 1, Satz 1 BGB	- 110 -
c. Kritik und Stellungnahme zur herrschenden Ansicht	- 113 -
d) Die natürlichen Sachverbindungen im Sinne des § 94 Abs. 1 BGB	- 120 -
2. Die wesentlichen Bestandteile gemäß § 94 Abs. 2 BGB	- 121 -
a. Problemstellung	- 121 -
b. Der Begriff Gebäude in § 94 Abs. 2 BGB	- 122 -
c. Die Rechtsprechung und Lehre zum Begriff des Gebäudes	- 123 -
d. Kritik und Stellungnahme zum Gebäudebegriff	- 132 -
3. Die Rechtsverhältnisse am wesentlichen Bestandteil eines Grundstückes oder Gebäudes	- 140 -
4. Die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden oder dem Gebäude verbundenen bzw. eingefügten Sachen gemäß § 95 Abs. 1, Satz 2 und Abs. 2 BGB	- 146 -
a. Der nur "vorübergehende" Zweck im Sinne des § 95 BGB	- 147 -
aa. Die von der herrschenden Meinung herangezogenen Kriterien für die Feststellung des nur vorübergehenden Zwecks im einzelnen	- 148 -

VI

bb. Kritik an der herrschenden Ansicht und Lösungsvorschlag	- 154 -
b. Werke, die in Rechtsausübung an einem fremden Grundstück vom Berechtigten auf dem Grund errichtet sind (§ 95 Abs. 1 Satz 2 BGB)	- 157 -
c. Die rechtliche Behandlung der "Scheinbestandteile" im Sinne des § 95 BGB	
IV. Die Abgrenzung des Bestandteils vom Zubehör	- 161 -
1. Problemstellung	- 161 -
2. Die Voraussetzungen des Zubehörbegriffs im einzelnen	- 163 -
V. Schlußbetrachtung	- 169 -

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- | | |
|-------------------------|---|
| Affolter Friedrich | Der körperliche Gegenstand und
die Bestandteile einer Sache im
BGB
DJZ 1907, 930 |
| Appelmann Jürgen | Die Rechtsprechung zur Frage der
wesentlichen Bestandteile
Berlin 1939 |
| Arnold Walter | Zur Geschichte des Eigentums
in den deutschen Städten
Basel 1861 |
| Bauer Theodor | Eigentumsvorbehalt an Maschinen
im Wege der Dienstbarkeit
ZBlFG 1909, 129 |
| Baur Fritz | Lehrbuch des Sachenrechts
9. Aufl.,
München 1977 |
| Baur Fritz-Wolf Manfred | Bereicherungsansprüche bei
irrtümlicher Leistung auf fremde
Schuld - Das Wegnahmerecht des
Nichtbesitzers -
Jus 66, 393 |
| Becker Heinrich | Die neurechtliche Kommunmauer
BayZ 1915, 65 |
| Becker Walter | Die einheitliche Sache als
wirtschaftlicher Wert und als
Rechtsbegriff
AkDR 1936, 83 |
| Berg Hans | Bereicherung durch Leistung und
in sonstiger Weise in den Fällen
des § 951 I BGB
AcP 160, 505 |
| Bergenroth Aurich | Das Eigentum am Überbau JW 1937,
970 |
| Berner Kommentar | Kommentar zum Sachenrecht
Bern 1966 |
| Beseler Georg | System des gemeinen deutschen
Privatrechts
Berlin 1885 |

Biermann Benno	Superficies solo cedit JDJ 34, 169 ff.
Binder Julius	Der Gegenstand, ZHR 59,1
Bing	Wesentlicher Bestandteil und Eigentumsvorbehalt DJZ 1907, 348
Bluntschli J.C.	Geschichte des Schweizerischen Bundesrechts Bd. I Zürich 1848
Bodmer Rudolf	Rechtsverhältnisse an Bestandteil und Zubehör insbesondere im Hinblick auf Dritte Zürich 1952
Boethke	Besprechung der Schrift von Martin Wolff Der Bau auf fremdem Boden Gruch. Beitr. 45, 720
Bräunert Helmut	Die rechtliche Natur des Überbaus auf eigenem Grund und Boden Breslau 1937
Brecher Fritz	Das Unternehmen als Rechtsgegenstand Bonn 1953
Cosack Konrad	Lehrbuch des Deutschen Bürgerlichen Rechts Bd. 1 Jena 1910, 5. Aufl.
Daube Hans	Das Recht der Sachbestandteile in seiner geschichtlichen Entwicklung und heutigen Geltung Dissertation Marburg 1932
Dennler	Das Erbbaurecht als Ersatzmittel des Eigentumsvorbehalts bei Lieferung von Maschinen ZBlFG 1908, 237
Derbrück Helmuth	Der Überbau auf eigenem Boden Das Eigentum am Überbau Arch. Bürg. R. 39, 406

- | | |
|----------------------|--|
| Dernburg Heinrich | Pandekten Bd. 1, 5. Aufl.
Berlin 1896 |
| Der große Duden | Vergleichendes Synonym-Wörter-
buch Bd. 8, Mannheim, 1972 |
| Ebel Wilhelm | Überbau und Eigentum
AcP 141, 183 |
| Eichler Hermann | Der unentschuldigte Überbau
Jus 65, 479 |
| Eichler Hermann | Institutionen des Sachenrechts
Bd. II. 1. Hdb.
Berlin 1960 |
| Endemann Friedrich | Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts
Bd. 1, 8. Aufl., Berlin 1903 |
| Engisch Karl | Vom Weltbild des Juristen
Heidelberg 1950 |
| Enneccerus-Nipperdey | Allgemeiner Teil des BGB
15. Aufl. Tübingen 1959 |
| Erman Walter | Handkommentar zum Bürgerlichen
Gesetzbuch, 6. Aufl., 2 Bde.,
Münster 1975 |
| Fürst Friedrich | Bestandteil oder Zubehör
JW 1906, 154 |
| Gareis Karl | Über Rechtsverhältnisse an
Begräbnisstätten
Seuff. Bl. 70, 308 |
| Girard Paul F . | Geschichte und System des
römischen Rechts
Berlin 1908 |
| Gierke Otto von | Deutsches Privatrecht
Bd. 2, Leipzig 1905 |
| Gollnick Hartmut | Eigentum am Überbau insbe-
sondere bei einer halbschei-
digen Giebelmauer
AcP 157, 460. |
| Grimm Jakob | Deutsche Rechtsalterthümer
4. Aufl., Bd. I, Leipzig 1899 |

- Schnitzer Franz Lehrbuch des Österreich.
Bürgerlichen Rechts
Bd. IV. Sachenrecht
Wien 1966
- Haab Robert Züricher Kommentar, Sachenrecht
2. Aufl., Zürich 1929-1937
- Hagemann Max Der Bestandteilsbegriff nach BGB
Göttingen 1909
- Hagena Karl Der Grenzüberbau nach gemeinem
Recht, preußischem Landrecht
und BGB
Freiburg 1902
- Heck Philipp Grundriß des Sachenrechts
Tübingen 1930
- Hedemann J.W. Zivilistische Rundschau 1906-1907
Archiv für bürg. Recht 31, 287
- Heilfron Eduard Römische Rechtsgeschichte
und System des römischen Privat-
rechts
Berlin 1905
- Heußler Andreas Institutionen des Deutschen
Privatrechts
Bd. I. Leipzig 1885
- Hoder Fritz Bauen unter Inanspruchnahme
fremden Eigentums
NJW 64, 2382
- Hölder Eduard Kommentar zum Allgemeinen Teil
des BGB
München 1900
- Huber Eugen System und Geschichte des
Schweizerischen Privatrechts
Bd. III, Basel 1889
- Hübner Rudolf Grundzüge des Deutschen Privat-
rechts
5. Aufl., Leipzig 1930
- Isay Hermann Rechtsnorm und Entscheidung
Berlin 1929
- Jörs P.-Kunkel W.-
Wenger L. Römisches Privatrecht
Berlin 1949
- Kaser Max Das römische Privatrecht
Rechtsgeschichte des Altertums
Teil I , München 155

Kaser Max	Römisches Privatrecht Ein Studienbuch 2. Aufl., München 1971
Kirsten Johannes	Der Bestandteilsbegriff unter Berücksichtigung der technischen Normung, Leipzig, 1933
Klang-Bartsch	Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch Wien 1968
Klempt Walter	Eigentumsvorbehältnisse bei nicht entschuldigtem Überbau JZ 69, 223
Kohler Josef	Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts Bd. 1, Berlin 1906
Kohler Josef	Zur Lehre von den Pertinenzen AcP 26,1
Kretschmar	Zur Bedeutung des im BGB bestimmten Wegnahmerechts ZBIFG 1906, 1ff.
Krückmann Paul	Die Beschränkung der Dienstbarkeit oder der Hypothek auf einen bestimmten Teil eines Grundstücks und die Lehre von den wesentlichen Bestandteilen ZBIFG 1907, 663
Krückmann Paul	Zum Streit um den Eigentumsvorbehalt an Maschinen und überhaupt an Bestandteilen JW 1906, S. 673
Lange Heinrich	Sachenrecht, Stuttgart 1967
Lange-Köhler	Allg. Teil des BGB 16. Aufl., 1977, München
Larenz Karl	Allg. Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts 3. Aufl., München 1975
Lehmann H. Hübner	Allg. Teil des BGB 15. Aufl., Berlin 1966
Lenel Otto	Bestandteil oder Zubehör? DJZ 1906, 45
Lenel Otto	Sind besondere Vorschriften erforderlich und wünschenswert, um die Wirksamkeit des Eigentumsvorbehalts an den mit einem Fabrikgebäude zu verbinden. Maschinen zu sichern? Verh. des 29. Dt. Juristentags Bd. III, 1, Berlin 1908

Oberwinter	Ist eine Änderung der Gesetzgebung zwecks Ermöglichung des Eigentumsvorbehaltes an Maschinen notwendig? JhJb 51, 253
Oertmann Paul	Kommentar zum BGB Allgemeiner Teil 3. Aufl., 1927
Oertmann Paul	Eigentumsvorbehalt an in Gebäude eingefügten Maschinen Das Recht 1906, 1114
Oertmann Paul	Zum Rechtsproblem der Sachgesamtheit AcP 136, 88
Palandt	Bürgerliches Gesetzbuch 36. Aufl., München 1977
Pisko Oskar	Das kaufmännische Unternehmen Ehrenbergs Handbuch Bd. II, S. 202
Planck G.	Kommentar zum BGB Bd. III, 4. Aufl., Berlin, Leipzig 1928
Reichsgerichtsrätekommentar	11. Aufl., Berlin 1959
Reinicke D.	Anmerkung zum Urteil des BGH vom 8.10.1955 - IV ZR 116/55- MDR 56, 212
Rostosky Friedrich	Der Sachbegriff im ein- und mehrfachen Zubehörverhältnis JhJb 74, 75
Rother Werner	Grundsatzkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch Allg. Teil, Karlsruhe 1973, Sachenrecht, Karlsruhe 1977
Salkowski Carl	Institutionen, Grundzüge des Systems der Geschichte des römischen Privatrechts Leipzig 1902
Schmitt August	Eigentum am Überbau BayZ 1914, 58
Schulz Fritz	System der Rechte auf den Eingriffserwerb AcP 105, 1
Schnitzer Franz	Lehrbuch des Österr. Bürgerlichen Rechts Bd. IV, Sachenrecht Wien 1966

Siebenhaar Hermann	Die Zeitbauten nach § 95 I, 1 BGB AcP 160, 156
Siber Heinrich	Römisches Privatrecht Bd. II, Berlin 1928
Sintenis Carl Friedrich Ferdinand	Das practische gemeine Civilrecht Bd. 1, 1. Aufl., Leipzig 1844
Soergel-Siebert	Kommentar zum BGB Bd. 1, 10. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967
Sohm Rudolph	Der Gegenstand Leipzig 1905
Sohm Rudolph	Noch einmal der Gegenstand Jherings Jahrbuch 53, 373
Sohm Rudolph	Institutionen 14. Aufl., Leipzig 1911
Sohm R.-Mitteis H. Wenger L.	Institutionen- Geschichte und System des römischen Privatrechts Berlin, 1949
Sokolowski Paul	Die Philosophie im Privatrecht Bd. I, Halle a.d. Saale 1902
Spyridakis Johannes	Zur Problematik der Sachbestand- teile Tübingen 1966
Stammler Rudolf	Deutsches Rechtsleben in alter und neuer Zeit Berlin, München 1932
Staudinger	Kommentar zum BGB Allgemeiner Teil 11. Aufl., Berlin 1957
Steinwenter Artur	Fundus cum instrumento Leipzig 1942
Tobias H.	Eigentumserwerb durch Verbindung AcP 94, 371
von Tuhr	Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts Bd. I 1915 Bd. II, 1 1914, Bd. II, 2 1918
Tuor Peter	Das Schweizerische Zivilgesetz- buch 8. Aufl., Zürich 1968

Umrath Siegfried	Der Begriff des wesentlichen Bestandteils und die Frage seiner Anwendung auf Fabrik und Maschinen Tübingen 1908
Weis Egon	Institutionen des römischen Privatrechts 2. Aufl., Stuttgart 1948
Westermann Harry	Lehrbuch des Sachenrechts 5. Aufl., Karlsruhe 1966 mit Nachtrag 1973
Widmann Walter	Der Begriff des wesentlichen Bestandteils Tübingen 1909
Wieacker Franz	Sachbegriff, Sacheinheit und Sachzuordnung AcP 148, 57
Windscheid Bernhard	Lehrbuch des Pandektenrechts Bd. 1, 5. Aufl., Stuttgart 1879
Wolf Ernst	Lehrbuch des Sachenrechts 1971 Köln
Wolf Manfred	Sachenrecht, München 1976
Wolff Karl	Grundriß des Österreichischen Bürgerlichen Rechts Wien, 1948
Wolff Martin	Die Gegenstände des Handelsrechts Ehrenbergs Handbuch IV, S.1
Wolf-Raiser	Enneccerus, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Sachenrecht 11. Aufl., Tübingen 1964
Zaun	Über das Princip des einheitlichen Eigenthums an Boden, Gebäude und deren einzelnen Theilen AcP XLIII, S. 211
Zitelmann Ernst	Internationales Privatrecht Bd. I, Leipzig 1912

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABGB	(Österreichisches) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
AcP	Archiv für civilistische Praxis
ALR	Allgemeines preußisches Landrecht
Ann. Palermo	Annali del seminario giuridico della R. università di Palermo
ArchBürg R	Archiv für bürgerliches Recht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landes- gericht, auch Entscheidungs- sammlung in Zivilsachen
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern (Jahr und Seite)
BB	Der Betriebsberater
Betrieb	Der Betrieb (Jahr und Seite)
BFH	Bundesfinanzhof, auch Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs (Band und Seite)
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts, amtliche Sammlung
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichts- hofs in Zivilsachen
D.	Digesta
DAR	Deutsches Autorecht
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (Jahr und Seite)
DNotZ	Deutsche Notarzeitung

D. Rechtspfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
DRZ	Deutsche Richterzeitung
Fn.	Fußnote
h.M.	herrschende Meinung
HRR	Höchststrichterliche Rechtsprechung
HW	Haus und Wohnung, Zeitschrift für Grundstücks- und Wohnungs- wesen
inst.	Institutionen
Iulian	Iulianus
JFG	Jahrbuch der Entscheidungen in Angelegenheiten der frei- willigen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts (Jahr und Seite)
JhJb	Jherings Jahrbücher für Dog- matik des bürgerlichen Rechts
JMBLNRW	Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen
JurBüro	Das juristische Büro (Jahr und Seite)
JuS	Juristische Schulung (Jahr und Seite)
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung (Jahr und Seite)
KG	Kammergericht
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Kosten, Stempel und Strafsachen
LG	Landgericht
LM	Das Nachschlagwerk des Bundes- gerichtshofs in Zivilsachen, herausgegeben von Lindenmaier und Möhring

XVIII

MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen
Nds.Rpf.	Niedersächsische Rechtspflege
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OAG	Oberappellationsgericht
ÖOHG	Oberster (österreichischer) Gerichtshof
OGH	Oberster Gerichtshof für die bri- tische Zone, auch Sammlung der Entscheidungen (Band und Seite)
OLG	Oberlandesgericht, zugleich Samm- lung der Rechtsprechung der Ober- landesgerichte (Band und Seite)
Paul.	Paulus
Pomp.	Pomponius
pr.	principium (Anfangsteil eines Institutionen- titels)
RdL	Recht der Landwirtschaft
Recht	Das Recht
RG	Reichsgericht
RG Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begründet von Gruchot, (Band und Seite)
RGRK	Reichsgerichtsrätekomentar
RGZ	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rhein.Arch.	Archiv für Zivil- und Strafrecht der Kgl. Preußischen Rheinprovinz
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Jahr und Seite)
Serv.	Servius

Seuff.Arch.	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deut- schen Staaten
Seuff.Bl.	Seufferts Blätter für Rechtsanwendung
Spark.	Die Sparkasse (Jahrbuch und Seite)
Stat.	Statut
Striethorst Arch.	Archiv für Rechtsfälle aus der Praxis der Rechtsanwälte des Kgl. Obertri- bunals hrsg. v. Striethorst
Ulp	Ulpianus
WarnRspr.	Warneyer, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts
WPG	Die Wirtschaftsprüfung (Jahr und Seite)
Würt.RpflZ	Württembergische Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung (Jahr und Seite)
ZBlFG	Zentralblatt für die freiwillige Gerichtsbarekeit und Notariat (Jahr und Seite)
ZHR	Zentralblatt für Handelsrecht

Die Lehre von Bestandteil und Zubehör
in ihrer geschichtlichen Entwicklung

Die gesetzliche Normierung der Bestandteilslehre zu Beginn unseres Jahrhunderts in § 93 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs bringt - wie sich zeigen wird - weitgehend eine Neuschöpfung mit wichtigen rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen. Weder das römische noch die älteren deutschen Rechte kannten eine rechtstechnisch ausgefeilte Trennung der Begriffe " Bestandteil " und " Zubehör ". Deshalb fehlten auch die jeweils entsprechenden Fachausdrücke.

Diese Rechtssysteme bezeichneten Bestandteil und Zubehör meist mit gleichlautenden Ausdrücken ¹⁾.

I. Bestandteil und Zubehör im römischen
Recht

1. Der Bestandteilsbegriff im römischen
Recht

Das römische Recht verstand unter " Bestandteilen " diejenigen Gegenstände, die erforderlich waren,

1) Daube, Vorbemerkung S. IX.

um eine Sache als "vollkommen" erscheinen zu lassen. 1) Ob dies der Fall war, entschied der "perpetuus usus". Der Bestandteil mußte mit der Hauptsache in der Weise verbunden sein, daß ein neues einheitliches Ganzes entstanden war und er seine frühere körperliche Selbständigkeit gänzlich verloren hatte 2). Als Bestandteile sahen die Römer beispielsweise an: Das Gemälde auf dem Malgrund 3), den Farbstoff in der Wolle 4) oder den einer Statue angeschmiedeten Arm 5). Die Verbindung mußte - wie im heutigen Recht - auf Dauer angelegt sein ("perpetuus"). Auch war ein körperlicher Zusammenhang von gewisser Festigkeit erforderlich. Diese Kriterien wurden folgerichtig für eine auf einem Grundstück errichtete hölzerne Scheune verneint 6). Auch eine Verbindung durch bloßes Anlöten genügte für die Begründung der Bestandteilseigenschaft nicht 7).

Bei einem Gebäude mußte der betreffende Gegenstand - ähnlich wie in § 94 Abs. 2 des BGB - zur Herstellung und Vollendung des Gebäudes eingefügt worden sein 8), was zwar für Böden und Decken zutraf, nicht aber für Schlüssel, Schlösser oder Brunnendeckel.

1) D. 19; 1, 17, 7; D. 50, 16, 139, 1: "perfectio aedificium is videtur, qui ita consummavit, ut iam in usu esse possit."

2) Salkowski, § 97, 3 B, S. 244; Kaser, Römisches Privatrecht, § 26, III, S. 104; Mittels-Wenger, Institutionen, § 53, III, S. 303; Dernburg, Pandekten, Bd. I, S. 159 ff.

3) Gaius II, 78; D. 41, 1, 9, 1.

4) Paulus, D. 41, 1, 26, 2.

5) Paulus, D. 6, 1, 23, 5.

6) Windscheid, Pandekten, § 188, S. 606, Fn. 19.

7) Paulus, D. 6, 1, 23, 5.

8) Windscheid a.a.O.

2. Die Unterscheidung zwischen Bestandteil und Zubehör im römischen Recht

Wenn auch die Römer zwischen den Begriffen "Bestandteil" und "Zubehör" zumindest sprachlich keine Unterscheidungen trafen, so deutet das Corpus Iuris doch an, daß diejenigen körperlichen Gegenstände, die nach unserem heutigen Recht Zubehörstücke darstellen, eine andere rechtliche Behandlung erfuhren als die Bestandteile. So galten Dünger und Stroh eines landwirtschaftlichen Grundstücks und die Weinstöcke beim Verkauf oder Vermächtnis als mitverkauft oder mitvermacht ¹⁾. Handelte es sich bei diesen Gegenständen rechtlich um Bestandteile, wären derartige Differenzierungen überflüssig gewesen, da die Bestandteile ohnehin das rechtliche Schicksal der Hauptsache teilten ²⁾. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die römischen Juristen den Wesensgehalt unseres Zubehörbegriffs kannten.

Ein weiteres Anzeichen dafür, daß die Römer Bestandteil und Zubehör unterschieden, sind die Eigenschaften, die sie den Sachen zuschrieben, die unter den Zubehörbegriff unseres heutigen Rechts fielen :

1) Ulp. D. 19, 1, 17, 2, 11.

2) Die Frage, ob das römische Recht den Gedanken des Zubehörs erfaßt hat, ist außerordentlich strittig.

Vgl. hierzu Steinwenter, Fundus cum instrumento, S. 6;
Weiss, Institutionen des römischen Privatrechts, § 34, S. 134, Fn. 19 m. w. Nachw.

Sie hatten der Hauptsache zu dienen ¹⁾; sie mußten ferner in einer dauerhaften räumlichen Beziehung zur Hauptsache stehen (perpetui usus causa ²⁾ ³⁾. Nicht notwendig aber war eine äußerliche Verbindung. So galten als Zubehör Hausschlüssel, Vorsatzfenster, Ackerwagen ⁴⁾, nicht jedoch das Sattelzeug eines Pferdes, weil es nur zeitlich vorübergehend mit dem Pferd verbunden wurde ⁵⁾.

Ob eine Sache Zubehör war, entschied auch im römischen Recht die Verkehrsauffassung ^{6) 7)}. Aber auch eine wirkliche Widmung einer Sache durch den Berechtigten konnte die Zubehöreigenschaft begründen ⁸⁾. Ebenso, wie in unserem geltenden Recht, blieb das Zubehör rechtlich selbständig ⁹⁾.

1) D. 50, 16, 242, 4; "Straturam loci alicuius ex tabulis factis, quae aestate tollerentur et hieme ponerentur, aedium esse ait Labeo, quoniam perpetui usus paratae essent: neque ad rem pertinere, quod interim tollerentur."

2) Ulp. D. 19, 1, 17, 7.

3) Siehe bzgl. der im Winter aufgestellten Bretterdecke Fn. 1. Die Verbindung mußte bereits bestehen. Bereits hergeschaffte, aber noch nicht verwendete Rebpfähle oder Baumaterialien galten demnach nicht als Zubehör, D. 19, 1, 17, 11 und 18, 1.

4) Pomp. D. 18, 1, 66, 2; Ulp. D. 19, 1, 17, 6.

5) Heilfron, a.a.O.

6) Die Zubehöreigenschaft wurde im Gegensatz zum heute geltenden Recht z.B. bei Schiff und Beiboot verneint. D. 21, 2, 44.

7) Vgl. Salkowski, a.a.O.; Heilfron, a.a.O.

8) Weiss, a.a.O.

9) Salkowski, Institutionen des römischen Privatrechts, § 85, I, S. 211; Heilfron, Römische Rechtsgeschichte, § 40, S. 247; Weiss, a.a.O. S. 134.

3. Die Rechtsverhältnisse an Bestandteil und Zubehör im römischen Recht

a. Die Rechtsverhältnisse am "Bestandteil" einer beweglichen Sache

Das römische Recht unterschied einfache und zusammengesetzte Sachen.

Einfache Sachen waren Sachen, die ohne Beeinträchtigung ihrer Funktion nicht geteilt werden konnten, wie z.B. ein Kunstwerk oder ein Tier. Ein gesondertes Eigentum an -bloß gedachten - Teilen derartiger Sachen war nicht möglich ¹⁾.

Erfolgte aber eine tatsächliche körperliche Zerlegung (Teilung der Materie: Wurde z.B. ein Tier geschlachtet), galt der neu entstandene Teil (das Fell, die Fleischteile) wiederum als selbständige Sache (pars pro diviso) ²⁾.

Eine Verfügung hierüber war wieder möglich.

Bei den zusammengesetzten Sachen, also den Sachen, die durch Verbindung zunächst selbständiger Gegenstände zustande gekommen waren, unterschied das römische Recht: Jeder Eigentümer, der zu der Verbindung beigetragen hatte, behielt sein Eigentum und konnte seinen Teil mittels der "rei vindicatio" herausverlangen, wenn durch die Verbindung kein vollkommenes neues Rechtsobjekt geschaffen wurde, eine Trennung daher tatsächlich noch möglich war ³⁾.

1) Kaser, Rechtsgeschichte des Altertums, 1. Abschnitt, § 93, II, 3.

2) Kaser, a.a.O.; Steinwenter, a.a.O., S. 22.

3) Weiss, Institutionen des römischen Privatrechts, § 54, S. 194; Heilfron a.a.O., § 125, a, S. 760.

Entstand aber durch die Verbindung etwas, was technisch und wirtschaftlich als neue, einheitliche Sache (" unu spiritu") angesehen wurde ¹⁾, gab es zwei Wege der rechtlichen Behandlung:

aa. Handelte es sich um eine lösbare Verbindung (ein fremder Stein wird in einen Ring eingesetzt), so ruhte nach römischer Auffassung zwar das Eigentum an der verbundenen Sache, im Beispielsfall also an dem Stein, die Trennung von der Hauptsache konnte jedoch mit einer persönlichen Klage, der "actio ad exhibendum" vom Eigentümer der Hauptsache (dem Ring) gefordert werden. War die Trennung daraufhin erfolgt, so unterlag der wieder zur selbständigen Sache gewordene Gegenstand der " rei vincicatio" ²⁾.

bb. War eine Trennung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht möglich (z.B. bei eingewebten oder gestrickten Fäden; der Schrift auf fremdem Pergament; dem Gemälde auf fremder Leinwand), so war das dominium des Eigentümers der mit der Hauptsache verbundenen Sache am fraglichen Gegenstand

1) Ulp.D. 34, 2, 19, 13: "...cuius maior est species".

2) Paul. D. 10, 4, 6.

endgültig erloschen ¹⁾.

Nach dem Rechtssatz "accessio cedit principali" stand das Eigentum an einer derartig zusammengesetzten Sache dem zu, der Eigentümer der Hauptsache war; die Hauptsache bestimmte also das rechtliche Schicksal der Gesamtsache ²⁾.

Was aber war nach römischem Recht "Hauptsache" ? Es sah als Hauptsache die Sache an, deren Wesen und äußere Erscheinung in unverbundenem rohen Zustand der neuen Gesamtsache am nächsten kam ³⁾, die also der neugeschaffenen Gesamtsache ihr Wesen aufprägte ⁴⁾.

Bei der Feststellung als Hauptsache waren im römischen Recht weniger wirtschaftliche als der rein äußerliche Gesichtspunkt der zweckmäßigen Brauchbarkeit maßgebend.

-
- 1) Der Grad der Festigkeit der Verbindung war dabei von erheblicher Bedeutung. Wurde einer Statue ein Arm angegossen, so wurde er Bestandteil und konnte vom früheren Eigentümer nicht mehr herausverlangt werden.
Paul.D. 6, 1, 23, 5: "...etiamsi inde abruptum sit, redire ad priorem dominum non posse."
(Eine "actio ad exhibendum" war nicht ausgeschlossen, wenn die Teile nur zusammengelötet waren.)

Wer auf solche Weise sein Eigentum verloren hatte, besaß aber immer noch die Möglichkeit, sich gegen die ungerechtfertigte Bereicherung des anderen durch gewisse Einreden, wie die "exceptio doli", (Gaius II, 76-78) zu wehren oder sich durch persönliche Klagen schadlos zu halten, namentlich die ihm wegen der Entwendung seiner Sache zustehenden Deliktsansprüche geltend zu machen (Vgl. hierzu Jörs-Wenger, § 73, 4).

- 2) Heilfron a.a.O.; Salkowski, a.a.O. § 85, I, § 97 I, B.
3) Serv. D. 41, 1, 26, pr.; Gaius II, 77; Florian, D. 34, 2, 29, 1; Ulp.D. 34, 2, 19, 13; Paul. D. 6, 1, 23, 2-5.
4) Ulp. D. 34, 2, 19, 13: "cuius maior est species".

Bei diesen Beispielen ist aber durchaus eine wirtschaftliche Betrachtungsweise zu erkennen.

So folgte beim Färben der wertvolle Purpurfarbstoff der weniger wertvollen Wolle ¹⁾, der hochkarätige Edelstein dem einfachen Ring ²⁾, die kunstvolle Schrift dem nackten Pergament ²⁾; bei einem Schiff war der Kiel die Hauptsache ³⁾.

b. Die Rechtsverhältnisse an den Bestandteilen eines Grundstücks

Die rechtlich interessantesten Fälle waren die, bei denen ein Bauwerk auf fremdem Boden errichtet wurde. Wie im heutigen Recht, in dem das Bauwerk wesentlicher Bestandteil des Grundstücks wird, war nach römischem Recht das Grundstück als Hauptsache anzusehen. Der Eigentümer erwarb dann das auf seinem Grundstück errichtete Gebäude nach dem Grundsatz "superficies solo cedit" zu Eigentum ⁴⁾ (Erwerb durch "inaedificatio").

Das Baumaterial (Mauersteine, Balken) wurde dabei keineswegs als Ganzes Bestandteil des Grundstücks. Die einzelnen Bauteile konnten vom vormaligen Eigentümer nicht herausverlangt werden. Dies wurde teils damit begründet, daß das Eigentum an ihnen

1) Paul. D. 41, 1, 26, 2.

2) Gaius II, 78; D. 41, 1, 9, 1.

3) Iulian. D. 6, 1, 61.

4) Riccobono, Ann. Palermo 3/4, 463;
Guarneri Citati, Ann. Palermo, 14, 315 ff;
Gaius II, 73; D. 41, 7, 13.

während der Zeit der Verbindung ruhen sollte ¹⁾, teils damit, daß das Eigentum mit der Verbindung erlöschen und erst mit der Trennung wieder aufleben sollte ²⁾.

Diese Regelung ging auf das Zwölftafelgesetz zurück :
" Ne vel aedificia diruantur vel vinearum cultura
turbetur ".

Der Zweck solcher rechtlicher Behandlung ist einsichtig: Das gebrauchsfähige Gebäude und das dazugehörige Grundstück sollten im Interesse sinnvoller Nutzung ein und denselben Eigentümer haben.

Für den Fall der Verbindung von beweglichen Gegenständen mit einem Grundstück oder Gebäude traf das Zwölftafelgesetz eine Reihe von besonderen Regelungen :

Hatte der Grundeigentümer auf eigenem Boden ein Gebäude mit fremden Material errichtet, so erhielt der Geschädigte durch die "actio de tigno iuncto" einen Anspruch auf Ersatz des doppelten Wertes des eingebauten Materials gegen den Bauherrn ³⁾.

Hatte der Bauherr auf fremdem Boden gebaut, so wurde ihm die Absicht unterstellt, aus eigenem Willen das Eigentum an dem Baumaterial verloren zu haben ⁴⁾;

1) Gaius D. 41, 1, 7, 10; Girard, S. 359.

2) Paul. D. 6, 1, 23, 7.

3) Ulp. D. 47, 3, 1 Pr.; Gaius D. 41, 1, 7, 10; Paul. D. 6, 1, 23, 6.

4) Gaius D. 41, 1, 7, 12.

hatte der Bauherr jedoch in gutem Glauben gebaut, also in dem Glauben, er baue auf eigenem Boden, stand ihm gegen die Vindikationsklage des wirklichen Grundherrn die "exceptio doli" zu. Bis zum Ersatz seiner Auslagen oder einem Ausgleich für die durch den Bau erfolgte Werterhöhung seines Grundstücks konnte er das Grundstück zurückbehalten.

c. Die Rechtsverhältnisse am Zubehör

Die Zubehörstücke waren zwar wirtschaftlich unselbstständige, rechtlich jedoch vollkommen selbstständige Sachen und somit unbeschränkt sonderrechtsfähig. Ob sich im Einzelfall Rechtsgeschäfte auf sie erstreckten, war zuweilen Auslegungssache, oft wurde die Frage auch durch Gewohnheitsrecht entschieden ¹⁾.

Es bestand die Vermutung, daß eine Verfügung über die Hauptsache auch das Zubehörstück mitumfaßte ²⁾.

1) Ulp. D. 19, 1, 17 pr; Ulp. D. 19, 1, 13, 31-36; Siber, S. 60; Kaser, Rechtsgeschichte des Altertums, S. 383; Weiss a.a.O., S. 134.

2) Heilfron, a.a.O., § 40, S. 249.

II. Bestandteil und Zubehör in den älteren deutschen Rechten

1. Allgemeines

Der deutschen Rechtsanschauung vor der Rezeption war die Ausbildung allgemeiner Lehren, abstrakter Rechtsbegriffe und Rechtsfolgen fremd ¹⁾. Die damalige Auffassung hinsichtlich "Bestandteil " und "Zubehör" läßt sich daher nur aus bekannten Einzelfällen erschließen, die, weil sie wiederholt vorkamen, aufgezeichnet worden waren. Außerdem setzte sich "das" ältere deutsche Recht aus vielen verschiedenen Landrechten, Stadtrechten und sonstigen Rechtskreisen zusammen. Gleichwohl waren den einzelnen Rechten gewisse Institutionen gemeinsam.

2. Die Begriffe "Bestandteil" und "Zubehör" im vor der Rezeption geltenden deutschen Recht

a. Allgemeines

Die einzelne Sache galt als Einheit, einerlei ob sie aus mehreren Teilen bestand oder nicht, dies nicht nur dort, wo ein organischer und funktioneller Zusammenhang tatsächlich gegeben war, sondern auch, wo die Verkehrsanschauung "eine " Sache annahm ²⁾.

1) Daube, S. 23.

2) Hübner, S. 176.

Die Gegenstände, die der einheitlichen Sache eingefügt waren, waren deren Bestandteile. Sie stellten keine selbständigen Sachen im Rechtssinne dar, sondern galten zwar einerseits als rechtlich unselbständige Sachteile, bildeten aber andererseits mit der Hauptsache ein tatsächliches, wirtschaftliches und regelmäßig auch rechtliches Ganzes ¹⁾. Eine körperliche Verbindung war dabei nicht in jedem Fall unbedingt erforderlich.

b. Wesentlicher und unwesentlicher Bestandteil im vor der Rezeption geltenden deutschen Recht

Das ältere deutsche Recht unterschied demgemäß auch nicht zwischen wesentlichem und unwesentlichem Bestandteil. Sofern eine Sache unteilbar oder ein Bestandteil mit der dazugehörigen Hauptsache in der Weise verbunden war, daß bei einer Trennung einer dieser Gegenstände unbrauchbar wurde, betrachtete man ihn als so sehr in die Hauptsache einbezogen, daß man von einer Sache ausging. Die Bestandteile einer Sache behielten, sofern eine Teilung in brauchbare Einzelsachen möglich war, rechtliche Selbständigkeit. Das Vorhandensein eines derartigen Teils setzte allerdings voraus, daß an ihm eine gesonderte Herrschaft tatsächlich möglich war. War dies nicht der Fall, so handelte es sich nicht um einen Bestandteil, sondern es lag eine einheitliche Sache vor.

1) Otto von Gierke, Bd. II, S. 39.

c. Das Rechtsinstitut des Zubehörs

Statt "Bestandteil" und "Zubehör" kannte man den Ausdruck "Pertinenz", der beide Rechtsinstitute umfaßte. Als Zubehör gehörte all das zum Haus, was nicht "erd-, mauer-, niet- oder nagelfest" war. Diese Art der Verbindung trifft vom heutigen Standpunkt auch auf die Bestandteile zu. So ergibt sich, daß "Bestandteil" und "Zubehör" denselben Rechtsfolgen unterworfen waren. Der Bestandteil war gleichermaßen wie das Zubehör mit der Hauptsache verbunden, rechtlich doch selbständig ¹⁾.

3. Die Rechtsverhältnisse an Bestandteil und Zubehör

a. Allgemeines

An Bestandteilen ¹⁾ und Zubehör einer Sache waren wegen deren rechtlicher Selbständigkeit alle in Betracht kommenden dinglichen Sonderrechte möglich, wenn diese Gegenstände auch in aller Regel das rechtliche Schicksal der Hauptsache teilten. Einen sonderrechtsfähigen Sachteil nahm das ältere deutsche Recht allerdings nur an, wenn er tatsächlich einer gesonderten Herrschaft zugänglich war.

1) Beseler, § 77, S. 304.

b. Die Rechtsverhältnisse an den Pertinenzen beweglicher Sachen

Über die Rechtsverhältnisse an Bestandteilen bei beweglichen Sachen ("Fahrnis") enthalten die rechtsgeschichtlichen Quellen keine besonderen Regelungen. Dies läßt sich daraus erklären, daß die Pertinenzen ("Zubehörstücke") bei Fahrnis keine wichtige wirtschaftliche Bedeutung hatten, Aber auch im Hinblick darauf, daß diese Fälle selten waren, bestand wohl keine Notwendigkeit, sie umfassend zu regeln. Richtigerweise wird man wohl auch in puncto "Zubehör" davon ausgehen müssen, daß die allgemeine Regel Anwendung fand: Die Zubehörstücke waren uneingeschränkt sonderrechtsfähig, falls sie einer gesonderten tatsächlichen Herrschaft zugänglich waren;

c. Die Rechtsverhältnisse an den Pertinenzen unbeweglicher Sachen

Das alte deutsche Recht verneinte im Gegensatz zum römischen Recht die rechtliche Einheit zwischen Bestandteil und Hauptsache. Demgemäß waren sie selbständig und sonderrechtsfähig, so das Haus gegenüber dem Grundstück. Dies galt sogar im Falle einer festen Verbindung, wie das angeführte Beispiel zeigt. Obgleich die ungetrennten "Teile" demnach unselbständige Sachen darstellten, wurden sie dennoch als selbständige betrachtet;

Der römischrechtliche Grundsatz: "superficies solo cedit" fand erst mit der Rezeption Aufnahme ins deutsche Recht. Größere praktische Bedeutung erhielt er jedoch erst zu der Zeit, als die leichten Holzbauten der älteren Zeit allmählich von massiven Steinbauten abgelöst wurden ¹⁾.

Im alten deutschen Recht war es demnach möglich, daß Gebäude, die fest mit dem Boden verbunden waren, einem anderen als dem Grundstückseigentümer gehörten. Diese Rechtsanschauung fand wohl ihren Grund darin, daß Gebäude nach dem Satz : " Was die Fackel verzehrt, ist Fahrnis" ²⁾ als bewegliches Vermögen galten. Der eigentliche Grund für diese Anschauung ist aber sicher darin zu finden, daß die in früheren Zeiten üblichen Holzgebäude im Gegensatz zu den Steinbauten nicht nur schnell verfielen, sondern auch verhältnismäßig einfach abzubauen und anderswohin zu transportieren waren. Das Recht war den damaligen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten angepaßt.

Nicht nur die mit dem Boden fest verbundenen Häuser blieben im Eigentum des Erbauers, sondern auch andere ähnliche Einrichtungen: Fleischbänke im Eigentum des Metzgers, der sie installierte, sowie die von einem Brauer eingemauerten oder eingegrabenen Braukessel und Braupfannen. Derartige Sachen stellten, obgleich sie wirtschaftlich einem einheitlichen Zwecke dienten, rechtlich doch selbständige Gegenstände dar, die verpfändet, veräußert und in das Stadtbuch auf den Namen ihrer Eigentümer eingetragen werden konnten.

1) Seuff. Arch. XXXXIV, Nr. 277; Zaun, AcP XLIII, S. 211 f.

2) Schöffenspruch von 1759 bei Stammeler, S. 140, Nr. 222.

Sie konnten auch Gegenstand einer Grundrente sein ¹⁾. Dies hatte zuweilen zur Folge, daß ein Bauherr, der seinen Bau auf fremdem Boden errichtet hatte, zwar das errichtete Bauwerk niederreißen mußte, niemals jedoch das Eigentum daran verlor. Ebenso blieb - ähnlich unserem Erbbaurecht - das Haus, das ein Städter auf das ihm vom Stadtherrn geliehene Grundstück baute, in seinem Eigentum, obgleich ihm die Bodenfläche nicht gehörte; im Mittelalter war diese Form des Hauserwerbs eine durchaus übliche Angelegenheit ²⁾.

Eine weitere Besonderheit des älteren deutschen Rechts war das Sondereigentum an Gebäudeteilen. In Betracht kamen hier Geschoßeigentum, Herbergsrecht und Kellerrecht ³⁾. Diese Eigentumsformen an Bestandteilen eines Gebäudes waren im Mittelalter weit verbreitet ⁴⁾. Die Teilung der Häuser erfolgte grundsätzlich im Querschnitt, sofern es sich um Geschoßeigentum handelte; getrenntes Eigentum war jedoch auch an allen anderen einzelnen Räumlichkeiten wie Gängen, Stuben und Kellern möglich ⁵⁾. Mit dem Sondereigentum eines Einzelnen an den von ihm ausschließlich benutzten Gebäudeteilen war dann regelmäßig ein unteilbares Gemeinschaftseigentum an der Grundfläche und den gemeinsam benutzten Gebäudeteilen verbunden ⁶⁾.

1) Hübner, S. 189.

2) Hübner, S. 190.

3) Stobbe-Lehmann, Bd. II, § 95; Huber, Bd. III, S. 241.

4) Bad. LR., Art. 553 und 664; Roth, Bd. II, S. 56; Huber, Bd. III, S. 241.

5) Hübner, S. 190.

6) Otto v. Gierke, Bd. II, S. 42.

"Verdiente" Bodenerzeugnisse, Getreide, Obst oder Beeren waren sowohl vor der Trennung vom Boden als auch danach unbeschränkt fähig, Gegenstand des Eigentums oder anderer dinglicher Rechte eines anderen als des Grundeigentümers zu sein. Bevor sie durch die Arbeit des Hegens und Pflegens "verdient" waren, standen sie als Bestandteile des Grundstücks im Eigentum des Grundstückseigentümers. Auch auf einem Grundstück befindliche Bäume konnten unter diesen Voraussetzungen einen anderen Eigentümer haben als den Grundeigentümer ¹⁾.

Im Gegensatz zum "kapitalistischen" römischen Recht, das den Erwerb der Bodenfrüchte ausnahmslos als Ausfluß des Eigentums oder eines sonstigen dinglichen Nutzungsrechts am Grund und Boden betrachtete und daher das rechtliche Schicksal der Früchte folgerichtig an das Eigentum am Grundstück band, legte die alte deutsche Rechtsauffassung beim Eigentumserwerb der Früchte das entscheidende Gewicht auf die Arbeitsleistung: "Wer sät, der mäh" ²⁾. Waren die Früchte "verdient", so wurden sie "fahrendes Gut" ³⁾.

Das "Verdienen" der Früchte vollzog sich je nach ihrer Art zu verschiedenen Zeitpunkten: Beim Getreide nach dem altdeutschen Sprichwort: "Hat die Egge das Land bestrichen, ist die Saat erworben", bei Gartenfrüchten, wenn der Garten bestellt und geharkt war ²⁾. Der Sachsenspiegel setzte weiter voraus, daß der Fruchtziehende das Feld nicht nur bearbeitete, sondern auch ein Nutzungsrecht an dem betreffenden Stück Land innehatte; andernfalls kam ein Eigentumserwerb durch "Verdienen" nicht in Betracht ⁴⁾.

1) Huber, Bd. III, S. 240 ff; Bd. IV, S. 695 ff.

2) Sachsenspiegel III, Art. 76; Schwabenspiegel, 129.

3) Layenspiegel I, Art. 31.

4) Sachsenspiegel III, Art. 46: "Swer so wirket eines anderen mannes lant unwizzene..sine arbeit verlustet her daran".

Die Bodenerzeugnisse konnten nach all dem auch schon vor der Trennung veräußert und verpfändet werden. Sie waren unter den erwähnten Umständen sonderrechtsfähig.

4. Der Bestandteilsbegriff in den nach der Rezeption in Deutschland geltenden Rechten

a. Das gemeine Recht

Wenn auch die Römer zwar die verschiedenen Rechtsbegriffe Zubehör und Bestandteil nicht formal trennten, so kannten sie doch, wie erwähnt, den Unterschied der Sache nach und regelten die Rechtsfolgen gesondert. Dies traf im gemeinen Recht nicht zu. Hier wurden Bestandteil und Zubehör rechtlich gleich behandelt.

Unter Bestandteilen verstand das gemeine Recht diejenigen Gegenstände, welche die Hauptsache nach ihrer individuellen Beschaffenheit und ihrer Zweckbestimmung als "vollendet" erscheinen ließen ¹⁾. Ein körperlicher Zusammenhang zwischen Bestandteil und Hauptsache war zwar erforderlich, jedoch mußte er die Verbindung nicht "unzertrennlich" machen. Auch Türen und Fenster eines Hauses stellten Bestandteile dar.

Wie das römische so bestimmte das gemeine Recht den Hauptsachebegriff dahingehend, daß Hauptsache war, was der Sache ihren endgültigen Namen gab ²⁾.

1) Sintenis, S. 429.

2) Sintenis, S. 503.

Die bereits im römischen Recht erkennbare Tendenz, die Bestandteilseigenschaft dahingehend einzuschränken, daß Sachen, die mit einem Grundstück nicht auf Dauer verbunden waren, keine Bestandteile darstellten, hat schließlich im gemeinen Recht dazu geführt, diese Sachen als selbständige und bewegliche Sachen zu behandeln ¹⁾. Die rechtlichen Verhältnisse am Bestandteil entsprachen somit im gemeinen Recht im wesentlichen dem Corpus iuris. Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, hieß es im gemeinen Recht etwa schlagwortartig: "Einheit der Sache, Einheit des Rechts". Demgemäß gingen alle Rechte an einem Bestandteil bei Verbindung mit der Hauptsache unter, und der Bestandteil teilte von nun an das rechtliche Schicksal der Hauptsache. Diese Rechtsfolge trat "kraft Gesetzes" unabhängig vom Willen der Beteiligten ein, sofern nur der äußere Tatbestand der Verbindung verwirklicht war ²⁾.

Trotzdem hat die Rezeption des römischen Rechts nicht das althergebrachte deutschrechtliche Institut des Sondereigentums an Gebäudeteilen beseitigen können.

Die Bestandteile einer Sache konnten Gegenstand eines obligatorischen Anspruchs sein. So war es auch im gemeinen Recht möglich, noch nicht abgetrennte Früchte zu kaufen ³⁾.

1) Biermann, JhJb.Bd. 34, S. 186; Dernburg, S. 353.

2) RGZ 9, 170.

3) OAG München, Seuff. Arch. 19, Nr. 123.

b. Das Preußische Allgemeine Landrecht

aa. Allgemeines

Ebenso wie das gemeine Recht differenzierte das ALR zwar nicht begrifflich, wohl aber faktisch den Instituten Bestandteil und Zubehör. Es stellte "Substanzteile" den "Pertinenzen" gegenüber, wobei zur Substanz "alle Theile und Eigenschaften einer Sache, ohne welche dieselbe nicht das seyn kann, was sie vorstellen soll oder wozu sie bestimmt ist" ¹⁾ gehörten. Die Pertinenzen hingegen konnten zwar rechtlich für sich selbst bestehen, waren aber wirtschaftlich mit einer anderen Sache auf Dauer verbunden ²⁾.

Der Bestandteilsbegriff erforderte eine feste körperliche Verbindung, außerdem mußte durch ihn der Charakter der Gesamtsache bestimmt werden.

bb. Die Rechtsverhältnisse an Bestandteil und Zubehör im ALR

a. Die Rechtsverhältnisse bei beweglichen Sachen

Im Falle einer Verbindung mehrerer Gegenstände stellte das ALR zunächst also auf die Festigkeit der Verbindung ab ³⁾.

1) ALR I, 2, § 3.

2) ALR I, 2, § 42.

3) ALR I, 9, § 298.

War die Verbindung unlösbar, so konnte - im Gegensatz zum römischen Recht - derjenige Berechtigte, ohne dessen Willen die Verbindung zustande gekommen war, entscheiden, wem die Sache nunmehr gehören sollte ¹⁾. Hier war sicherlich der Gedanke einer "Sanktionierung" wegen des Eingriffs in eine fremde Rechtssphäre entscheidend.

War hingegen eine Trennung möglich, so blieben die ursprünglichen Eigentumsverhältnisse unverändert bestehen.

b. Die Rechtsverhältnisse an den Bestandteilen eines Grundstücks

Im Recht der Immobilien wich das ALR vom römisch-rechtlichen Grundsatz "superficies solo cedit" insoweit ab, als es Sondereigentum an dem mit dem Boden verbundenen Sachen zuließ ²⁾. So folgte das ALR dem alten deutschen Rechtssatz: "Wer sät, der mährt" und ließ die Früchte des Bodens in das Eigentum desjenigen fallen, der das Nutzungsrecht innehatte ³⁾. Der Nutzungsberechtigte erlangte das Eigentum, sobald die Früchte herangereift waren; eine Trennung vom Boden brauchte nicht zu erfolgen. Auch die noch wurzelnden Bäume konnten Gegenstand eines Sonderrechts sein ⁴⁾.

Eine völlig neue Regelung schuf das ALR auf dem Gebiet der Grundstücksbebauung ("Inaedificatio").

Es unterschied hier :

1) ALR I, 9 §§ 299 ff.

2) RGZ 1, 66.

3) ALR I, 9 § 221.

4) ALR I, 22 §§ 199, 200.

Baute ein Bauherr auf eigenem Boden mit fremdem Material, so richteten sich die Eigentumsverhältnisse am Bauwerk nach dem Corpus iuris, welches das ALR hier übernommen hatte. Der Bauherr erwarb das Eigentum am Gebäude, der durch die Materialverlust Geschädigte hatte jedoch einen Ausgleichsanspruch ¹⁾. Im Gegensatz zum römischen Recht aber fiel das Eigentum am Baumaterial nach einer Zerstörung des Hauses nicht an den ursprünglichen Eigentümer zurück.

Erbaute jemand sein Gebäude auf fremdem Boden, so konnte der Eigentümer des Grundstücks ein dreifaches Wahlrecht ausüben ²⁾: Er konnte Abbruch verlangen oder das Gebäude erhalten und es im Wege der Zueignung in sein Eigentum überführen, oder das Bauwerk samt dem dazugehörigen Grund und Boden dem Bauenden überlassen und als Ersatz dafür einen Ausgleichsanspruch gegen den Bauherrn geltend machen.

1) ALR I, 9 §§ 334, 335.

2) ALR I, 9 §§ 327-331.

H A U P T T E I L

Die Lehre von Bestandteil und Zubehör im heutigen Recht

I. Abgrenzung des Bestandteil- und Zubehörbegriffs in der Rechtswissenschaft zu anderen Wissen- schaften und "Daseinsberechtigung" dieser Be- griffe in der Jurisprudenz

Wie bereits der natürliche Wortsinn besagt, handelt es sich bei einem "Bestandteil" um einen Teil einer Sache, der für deren Existenz (Bestand) von Bedeutung ist. Während der Begriff der "Sache" in § 90 des BGB definiert wird, bestimmt das Zivilrecht weder im BGB noch in einem anderen Gesetz den Begriff des Bestandteils. Nach der von der herrschenden Lehre ¹⁾ entwickelten Begriffsbestimmung gehören diejenigen Stoffteile zu den Bestandteilen, aus denen sich äußerlich ein als Einheit erscheinendes Sachganzes zusammensetzt ²⁾.

1) Planck, § 93, Anm. 2b; Schlegelberger, § 93, Anm. 33; Soergel, § 93, Anm. 1; Umrath, 38, 63; Staudinger, § 93, Anm. 2b; Palandt § 93, Anm. 2; RGZ 83, 67 f; 87, 43 ff.

2) Wolf: "Ein Bestandteil ist ein Seiendes, das zusammen mit anderen ein Seiendes ist, das also mit anderen die Einheit eines Seienden bildet." (§ 2, 1cc, Lehrbuch des Sachenrechts, S. 126).

Diese Begriffsbestimmung entspricht dem allgemeinen Sprachgebrauch und der natürlichen Betrachtungsweise. Um den Bestandteilsbegriff juristisch zu erfassen, reicht diese Definition aber noch nicht aus. Für den Bestandteilsbegriff im juristischen Sinne müssen noch weitere Voraussetzungen erfüllt sein. Da Sinn und Zweck der Bestandteilslehre darin bestehen, das rechtliche Schicksal der Teile einer Sache zu bestimmen, muß der Bestandteil mit Hilfe der menschlichen Sinne wahrgenommen und abgegrenzt werden können ¹⁾, weil er nur dann einer Person rechtlich zugeordnet werden kann. Keine Bestandteile im Rechtssinne sind daher die Elementarteilchen, aus denen nach den Erkenntnissen der Physik jede Materie besteht. Diese mikrokosmischen Teile können für das Zivilrecht nicht von Bedeutung sein.

Eine weitere Voraussetzung für den Bestandteil im juristischen Sinne besteht darin, daß er der Verfügungsgewalt des Menschen unterliegen muß. Ist dies nicht der Fall, so kann der fragliche Gegenstand nicht das Objekt obligatorischer oder dinglicher Rechte sein. Man denke hier etwa an Energien, die vom Menschen nicht beherrscht werden können, den Blitz, die Wogen des Meeres oder Objekte, zu denen der Mensch normalerweise keinen Zutritt hat, wie zum Beispiel die Gestirne.

1) Oertmann, § 93, Anm. 1; Enneccerus-Nipperdey § 123 I, Lange, S. 208; Endemann AT., § 52, 1) 1.

Die Eigenschaft eines Bestandteils in rechtlicher Hinsicht setzt aber noch ein weiteres Merkmal voraus. Der Bestandteil muß für sich gesehen einen gewissen Wert darstellen. Dieser Wert muß nicht wirtschaftlicher Art sein, vielmehr genügt ein individueller Affektionswert ¹⁾. Die herrschende Meinung hat diesen Wertfaktor bisher nur beim Begriff des Gegenstandes angesprochen. Dieser hier allgemein zum Ausdruck kommende Grundsatz muß aber auch auf den Teil einer Sache angewendet werden, denn auch dieser ist ein Objekt obligatorischer und dinglicher Rechte.

Der für die Jurisprudenz relevante Bestandteilsbegriff ist also ein anderer, als der in den Naturwissenschaften zugrundegelegte.

Liegen all diese Voraussetzungen vor, die die Eigenschaft eines Bestandteils begründen, so fragt sich, ob ein solcher Teil selbständiges Rechtsobjekt sein kann. Diese Frage stellt sich im Rechtsverkehr nicht allzu häufig, weil in der Regel nur die Gesamtsache wirtschaftlich brauchbar und so Gegenstand des Geschäftsverkehrs sein wird. Es gibt aber Fälle, in denen der Teil einer Sache sehr wohl wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung hat. Der Gesetzgeber mußte daher überlegen, unter welchen Umständen der Teil einer Sache rechtlich anders behandelt werden muß, als die Sache selbst. Hier muß differenziert werden. Nicht jede Art von Bestandteil kann rechtlich gleich behandelt werden. Es ist wohl wenig sinnvoll, Anstrich, Lack oder Belag einer Sache rechtliche Selbständigkeit zuzusprechen, da diese Stoffe vom Augenblick der Verbindung mit der

1) Enneccerus-Nipperdey, 760; Soergel-Siebert, § 90, Anm. 2; Engisch, S. 160; teilweise a.A.: Planck, § 90, V 2g.

Hauptsache an ihre eigene wirtschaftliche Bedeutung als Handelsobjekt verloren haben; ebenso verhält es sich mit dem Malgrund und der Farbe eines Gemäldes. Anders hingegen ist es bei einem Kraftwagen, bei dem sowohl Fahrgestell als auch Motor nach einer Trennung noch zu gebrauchen sind und daher einen wirtschaftlichen Wert verkörpern.

Das Bürgerliche Gesetzbuch hat eine Unterscheidung verschiedener Sachteile nicht getroffen. Im § 93 BGB hat es lediglich den wesentlichen Bestandteil definiert und zugleich bestimmt, daß ein solcher wesentlicher Bestandteil nicht Gegenstand gesonderter Rechte sein kann.

Folgerichtig hat die herrschende Meinung und die ständige Rechtsprechung aus dieser Vorschrift gefolgert, daß es neben dem wesentlichen Bestandteil auch einen unwesentlichen Bestandteil gibt.¹⁾

Mit dieser Unterteilung der Bestandteile werden in sinnvoller Weise die Sachteile gleich den selbständigen Gegenständen behandelt, bei denen die Trennung von der Hauptsache wirtschaftlich vertretbar ist; andererseits werden solche Teile, deren Trennung von der Sache wirtschaftlich zumindest unerwünscht ist, als sonderrechtsunfähige Bestandteile angesehen.

1) H.M. Vgl. für alle: RGZ 69, 120; 74, 402; BGH BB 72, 1044; Lehmann-Hübner, § 50, IV; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 6; Enneccerus-Nipperdey, § 125, IV; Erman-Westermann, § 93, Anm. 16; Palandt-Danckelmann, § 93, Anm. 7.

Die Frage, ob ein Gegenstand wesentlicher oder unwesentlicher Sachteil ist, hat in der Praxis insbesondere dann große Bedeutung, wenn zur Realisierung einer Forderung auf dingliche Sicherungsrechte zurückgegriffen werden muß.

Wird eine Sache unter Eigentumsvorbehalt verkauft und verbindet der Käufer diese Sache mit einer anderen dergestalt, daß sie deren Bestandteil wird, so hängen die Eigentumsverhältnisse an der Gesamtsache und damit auch am Bestandteil von der Entscheidung der Frage ab, ob die verbundene Sache nun als "wesentlicher" oder "unwesentlicher" Bestandteil anzusehen ist. Ist der Verkäufer Eigentümer der verkauften Sache geblieben, so steht ihm im Falle des Konkurses des Käufers nach § 43 KO in Verbindung mit § 985 BGB ein Aussonderungsrecht zu ¹⁾. Er kann die Sache also herausverlangen. Hat er sein Eigentum aber verloren, ist die verbundene Sache also wesentlicher Bestandteil geworden, ist der Verkäufer lediglich Massegläubiger.

Auch bei der Pfändung erlangt die begriffliche Differenzierung zwischen wesentlichem und unwesentlichem Bestandteil praktische Bedeutung. Ist ein Bestandteil wesentlich, also sonderrechtsunfähig, so kann er weder mit einem Pfand- noch mit einem Pfändungspfandrecht belastet werden.

1) Der Pfandgläubiger hat ebenso wie der Gläubiger, der ein Pfändungspfandrecht erwirkt hat, nach § 47 KO ein Absonderungsrecht, das die abgesonderte Befriedigung aus dem fraglichen Gegenstand zum Ziele hat.

Bei genauerer Betrachtungsweise zeigt sich, daß die Vorschrift des § 93 BGB nicht besonders geschickt formuliert ist. Bei der Wortverbindung "wesentlicher Bestandteil" denkt man zunächst an die Bedeutung der Verbindung für die Gesamtsache. Der Gesetzgeber hat bei der Begriffsbestimmung "wesentlich" jedoch auf die Bedeutung der Teile abgestellt ¹⁾. § 93 BGB bezeichnet nämlich diejenigen Teile als wesentliche Bestandteile, die voneinander nicht getrennt werden können, ohne daß der eine oder andere Teil in seinem Wesen verändert oder zerstört wird.

Diese Vorschrift wirft manche Zweifelsfrage auf. Der Gesetzgeber wollte mit dieser Vorschrift die Zerstörung wirtschaftlicher Werte vermeiden ²⁾. Worauf aber muß bei Zugrundelegung dieses Leitgedankens bei den Begriffen "Zerstörung" und "Wesensveränderung" abgestellt werden, auf das Ganze oder, wie der Wortlaut des Gesetzes schließen läßt, auf die Teile?

Auch sind die Begriffe "Zerstörung" und "Wesensveränderung" für sich allein nicht eindeutig genug, um im konkreten Fall jeden Zweifel auszuschließen. Durch moderne Fertigungsmethoden wird in den seltensten Fällen eine Sache durch die Abtrennung einzelner Teile "zerstört" oder "in ihrem Wesen verändert", da diese Sachteile in der Regel ersetzt und andererseits auch oft in einem anderen Gerät weiterverwendet werden können.

1) Vgl. Heck, § 26, 5b, der der Ansicht ist, daß nur der Wert der Verbindung die Vorschrift des § 93 BGB rechtfertigen kann.

2) Motive III, 41 f.

Auch die Restsache kann, wenn man sie mit dem entsprechenden Ersatzteil versieht, weiter verwendet werden. So können bei einem Fernsehgerät die Bildröhre, bei einem Elektromotor der Anker oder auch die Kollektoren ohne größere Schwierigkeiten ausgetauscht werden. Soll aber bei einem Ausbau solcher Gegenstände der Restapparat oder der ausgebaute Teil, in den angeführten Fällen also Bildröhre, Anker oder Kollektoren, im Wesen verändert oder gar zerstört sein ?

Verneint man diese Frage, was naheliegend ist, so wird es bei Geräten moderner Bauart kaum mehr wesentliche Bestandteile geben, ausgenommen vielleicht bei ganz speziellen Apparaturen, die nicht in Serie hergestellt werden können, wie z.B. besondere Werkzeugmaschinen.

Zunächst also stellt sich die Frage, was das Gesetz unter " wesentlichem Bestandteil " einer Sache versteht. Im Anschluß hieran bleibt zu erörtern, ob die vom Gesetz um die Jahrhundertwende geschaffene Regelung auch heute noch den Anforderungen der Praxis gerecht wird.

II. Die Bestandteile beweglicher Sachen

1. Der wesentliche Bestandteil gemäß § 93 BGB

§ 93 BGB erklärt den wesentlichen Bestandteil für sonderrechtsunfähig. Eigentum, Pfandrechte oder sonstige dingliche Rechte an einem Sachteil dieser Art richten sich daher nach den Rechtsverhältnissen an der Gesamtsache.

Mit dieser Regelung wollte der Gesetzgeber vermeiden, daß bedeutendere wirtschaftliche Werte durch eine Zersplitterung zerstört werden. Aus den Motiven des BGB ist ersichtlich, daß man bei der Schaffung dieser Regelung in erster Linie wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerecht werden sollte und nicht streng der Systematik des Sachenrechts folgte ¹⁾. Die Rechtslogik fordert nämlich keinesfalls, daß gesonderte dingliche Rechte an solchen Sachteilen ausgeschlossen sind, die sich nicht ohne Zerstörung oder Wesensveränderung voneinander trennen lassen ²⁾. Die wirtschaftliche Vernunft und die rechtliche Praktikabilität haben jedoch zu der in §§ 93 ff. BGB getroffenen Regelung geführt. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß dem Gesetzgeber mit der Schaffung dieser Vorschriften ein besonders guter Wurf gelungen wäre.

1) Motive III, 41 ff : Die Verfasser des BGB stellten in erster Linie auf Zweckmäßigkeitsgründe ab, weniger auf Gesichtspunkte der Rechtslogik.

2) D. Mugdan, Die gesamten Materialien zum Sachenrecht, S. 41 (23)

- a) " Zerstörung " und " Wesensveränderung " als tatbestandsmäßige Voraussetzungen für den wesentlichen Bestandteil im Sinne des § 93 BGB

Als schutzwürdig hat der Gesetzgeber eine Einheit nur dann angesehen, wenn deren Teile so sehr mit der Sache verbunden sind, daß eine Trennung die Zerstörung oder die Wesensveränderung entweder des abgetrennten Teils oder der Restsache zur Folge hat.

Der Wortlaut des Gesetzes ist nicht ganz eindeutig. Grundsätzlich nämlich hat die Zerstörung eines Gegenstandes auch die Aufhebung seiner wirtschaftlichen Bedeutung zum Inhalt und stellt somit immer eine Wesensveränderung dar. Dies gilt zumindest dann, wenn man sich der herrschenden Meinung anschließt und eine Wesensveränderung dann bejaht, wenn nur der wirtschaftliche Wert einer Sache eingeschränkt wird. So gesehen wäre allerdings der Begriff der Zerstörung in § 93 BGB überflüssig. Ein Teil der Literatur grenzt auch aus diesem Grunde den Begriff der Wesensveränderung von dem der Zerstörung nicht genau ab ¹⁾ .

Es erscheint in der Tat naheliegend, daß der Gesetzgeber die "Zerstörung" eines Bestandteils bzw. der Restsache lediglich als Beispiel für die Wesensänderung ansah. Auf dieses Problem wird jedoch unten noch einzugehen sein ²⁾ .

1) Staudinger-Coing, § 93, Anm. 7; Planck, § 93, Anm. 3 b; RGRK, § 93, Anm. 26.

2) Siehe unten S. 33 ff.

aa) Die Zerstörung

Die Zerstörung im Sinne des § 93 BGB bedeutet nicht nur die totale Vernichtung eines Bestandteils einer Sache, sondern ist auch dann schon als gegeben anzusehen, wenn der abgetrennte Teil oder die verbleibende Restsache infolge der Trennung eine erhebliche Wertminderung erfahren haben. Im Gegensatz hierzu versteht der allgemeine Sprachgebrauch unter Zerstörung einer Sache oder eines Sachteils in erster Linie die physische Vernichtung durch körperliche Gewalt in jeder Form, also z.B. auch durch chemische Einwirkung. Er verlangt, daß der betreffende Gegenstand "untergegangen" ist, also seine Identität verloren hat ¹⁾. Die bloße wirtschaftliche Unbrauchbarkeit fällt dabei noch nicht unter den Begriff der Zerstörung in diesem Sinne ²⁾.

Einen so engen Begriff hat der Gesetzgeber bei der Schaffung des § 93 BGB jedoch nicht im Auge gehabt. Eine solche Auslegung ließe sich auch mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht vereinbaren. Wegen der heutigen Fertigungsmethoden der Industrie sind nämlich die Fälle totaler Vernichtung verhältnismäßig selten. Die meisten Gegenstände des Rechtsverkehrs werden in Serie und massenweise gefertigt. Sie sind genormt und können daher leicht abgetrennt, ersetzt, andererseits aber auch leicht weiterverwendet werden.

1) "Zerstörung" bedeutet die völlige Beseitigung der körperlichen Unversehrtheit; die völlige Veränderung einer bisherigen körperlichen Beschaffenheit durch physikalische oder chemische Einwirkung auf die stoffliche Substanz: RGRK, § 93, Anm. 26; Spyridakis, S. 30; Planck, § 93, Anm. 3 b; Schlegelberger, § 93, Anm. 21; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 7; Umrath, S. 60.

2) Spyridakis, S. 30.

Der wirtschaftliche Wert von Teil und Restsache ist daher auch im Falle einer Trennung zumeist nicht nennenswert beeinträchtigt. Wird zum Beispiel einer Uhr die Feder entnommen, so hat dadurch die Uhr weder ihre Identität verloren noch ist ihre körperliche Beschaffenheit vollkommen verändert. Sie ist lediglich für den Augenblick nicht mehr als Zeitmesser verwendbar und daher in ihrem Wert gemindert. Durch das Einsetzen der passenden Feder kann die Uhr aber jederzeit wieder repariert und vervollständigt werden. Sie ist dann wieder voll funktionsfähig und hat ihren ursprünglichen Wert wieder erlangt. Von einer Zerstörung eines Bestandteils oder der Restsache kann also nicht die Rede sein.

Zuweilen kommt auch die totale Vernichtung eines Bestandteils vor, besonders bei allen Arten von Anstrich, Lack und Belag. Auch die meisten Arten von Verbindungsmaterial, wie Leim, Klebstoff, Nieten, Schweißnähte u.ä. werden im Falle einer Trennung vernichtet. Auch bei einfachen, nicht aus mehreren Teilen gefertigten Sachen, kann eine Teilung die totale Vernichtung bedeuten, so im Fall eines Spiegels, der durch Sturz in viele Einzelteile zersplittert ist.

Bei den industriell gefertigten Gütern aber tritt im Normalfall eine physische Vernichtung durch eine Trennung der Teile von der Gesamtsache nicht ein.

Daraus folgt, daß bei einer wörtlichen Auslegung des Begriffs " Zerstörung " im Sinne einer totalen Vernichtung die Anwendbarkeit des § 93 BGB fast völlig auf das Merkmal der Wesensveränderung beschränkt wäre ¹⁾.

1) So auch Spyridakis, a.a.O., S. 30.

Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, daß der Gesetzgeber einen so engen Begriff der Zerstörung zugrundegelegt hat, zumal dieser bereits in dem Begriff der Wertminderung enthalten wäre.

Die herrschende Meinung steht dementsprechend mit Recht auf dem Standpunkt, daß die totale Vernichtung eines der verbleibenden Stücke nicht erforderlich sei, um einen Bestandteil als wesentlich bezeichnen zu können. Das Tatbestandsmerkmal der Zerstörung sei auch dann erfüllt, wenn durch die Abtrennung des Teils eine stark wertvermindernde Beschädigung entweder des Teils oder der Restsache eintritt ¹⁾.

In diesem Sinne hat die Rechtsprechung Teile einer Maschine als wesentliche Bestandteile angesehen ²⁾, deren Vorhandensein Voraussetzung für den funktionsgerechten Betrieb der Maschine war, obgleich die Demontage dieser Teile weder die Zerstörung noch die Wesensveränderung ihrer selbst oder der Restsache zur Folge hatte.

1) Enneccerus-Nipperdey, § 125, II, S. 749; Mangold, S. 43; RGRK, § 93, Anm. 15 und 26; Widmann, S. 19; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 7 b.

2) Vgl. OLG Kiel, OLG 39, 250; ist jedoch die Auswechslung derartiger Teile von Anfang an vorgesehen und unterliegen diese Teile einem schnelleren Verschleiß als die Gesamtsache, so werden diese Teile keine wesentlichen Bestandteile im Sinne der §§ 93 ff. BGB.

Allein diese Betrachtungsweise wird den Erfordernissen der Praxis gerecht. Dies wird an dem folgenden Beispiel deutlich :

Stellte man allein auf die physische Vernichtung ab, so hätte die Demontage einer kleinen Schraube oder Welle in einem Motor weder ihre Zerstörung oder Wesensveränderung zur Folge noch die des Motors. Trotzdem hat ein solcher Eingriff wirtschaftlich weitreichende Folgen, weil der Motor dadurch in seinem Wert erheblich gemindert wird. Seine Wiederherstellung würde einen erheblichen Kosten- und Arbeitsaufwand erfordern. Will man den Intentionen des Gesetzgebers gerecht werden, so muß man derartige Teile als wesentlich ansehen.

bb. Die Wesensveränderung

Der Begriff "Wesen " ist im Rahmen des § 93 BGB nicht etwa nach philosophischen Vorstellungen, sondern nach nüchternen technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen ¹⁾.

Dies kommt in den Motiven des BGB eindeutig zum Ausdruck ²⁾, und auch die Rechtsprechung hat diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen.

1) Spyridakis, S. 34; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 8; RGRK, § 93, Anm. 27; BGH 20, 157.

2) Motive III, 41: "Klar ist ohne weiteres, daß die Bestandteile, um die es sich hier handelt, ihren wirtschaftlichen Zweck und damit ihren Wert regelmäßig nur in der von ihnen gebildeten Sache haben ".

So führt der Bundesgerichtshof in seiner Entscheidung vom 30.9.55 ¹⁾ aus : " ... Es fragt sich nur, ob die einzelnen Bestandteile hierdurch in ihrem Wesen geändert werden (Motor, Fahrgestell und Karosserie eines Schleppers; Anm. des Verfassers) ... Es kommt allein darauf an, ob die verschiedenen Bestandteile nach der Trennung noch in der bisherigen Art wirtschaftlich genutzt werden können, sei es auch, nachdem sie zu diesem Zweck wieder mit anderen Sachen verbunden worden sind ".

Die Argumentation der herrschenden Lehre und Rechtsprechung zielt weniger darauf ab, den Begriff des " Wesens " einer Sache zu klären als auf das wirtschaftliche Interesse an der Erhaltung nur solcher Einheiten, deren Trennung und Wiedierzusammensetzung aus wirtschaftlichen Gründen unrentabel ist 2). Aus diesen Gründen hat die Rechtsprechung bei dem Motor eines Kraftfahrzeugs die Bestandteilseigenschaft verneint ³⁾, weil der Motor mit verhältnismäßig geringen Schwierigkeiten ein- und ausgebaut werden könne, und daher das volkswirtschaftliche Interesse an der Erhaltung der Einheit nicht allzu groß sei. Insoweit hat der technische Fortschritt dazu geführt, daß der Begriff des Wesens enger und zwar ganz spezifisch ausgelegt wird.

1) BGHZ 18, 229 f.

2) BGHZ 20, 154, 158; RGRK, § 93, Anm. 3.

3) OLG Stuttgart NJW 52, 145; LG Braunschweig JW 34, 1258 mit Anm. v. Müller; LG Wiesbaden MDR 51, 166; OLG Karlsruhe MDR 55, 413; OLG Köln NJW 65, 110; BGH 18, 226; BGH LM, § 93, Nr. 16.

Das Wesen eines Gegenstandes liegt hiernach in seiner wirtschaftlichen Bedeutung, die sich in der bestimmungsgemäßen Verwendbarkeit äußert. Wird die Verwendbarkeit durch Bestandteilstrennung bei gleichzeitiger Wertminderung eingeschränkt, so wird von einer Wesensveränderung gesprochen ¹⁾.

Da sowohl der Begriff der Zerstörung als auch der der Wesensveränderung in erster Linie die erhebliche wirtschaftliche Wertminderung betreffen, könnte man glauben, eine exakte Unterscheidung beider Begriffe sei nicht erforderlich. Der Wortlaut des § 93 BGB macht jedoch deutlich, daß nicht nur die Zerstörung, sondern auch die Wesensveränderung maßgebliches Kriterium für die Beantwortung der Frage ist, ob ein wesentlicher Bestandteil vorliegt.

Es erscheint zwar konsequent und entspricht auch der wirtschaftlichen Betrachtungsweise, wenn ein Teil der Lehre und die ständige Rechtsprechung Zerstörung und Wesensveränderung in der Weise beurteilen, daß sie danach fragen, ob die betreffenden Bestandteile einerseits ersetzbar und andererseits weiterverwendbar sind ²⁾.

1) Staudinger Coing, § 93, Anm. 7; Planck-Strecker, § 93, Anm. 3b; Oertmann, § 93, Anm. 2e.

2) OLG Marienwerder DRZ 1931, Rspr. Nr. 230; LG Braunschweig JW 34, 1258 Nr. 4; OLG Stuttgart MDR 59, 37; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 8; a.A. Michaelis, Festschrift für Nipperdey, 1965, Bd. I, S. 559 f.; ferner BGHZ 18, 226 ff.; 20, 154 ff.

Gleichwohl ist dadurch der Wesensbegriff nicht geklärt. Der Wesensbegriff des § 93 BGB muß von der konkreten Bestandteilsfunktion her betrachtet werden. Verliert der Bestandteil durch Trennung von der Sache seine Funktion als solche, so ändert sich damit auch sein Wesen. Das Rad oder der Motor eines Pkws bleiben nach einfach durchzuführender Trennung vom übrigen Kraftwagen als solche funktionsfähig und erleiden daher ebensowenig wie der Kraftwagen eine Wesensveränderung. Sie sind daher, da durch die Trennung auch keine Zerstörung eintritt, allenfalls unwesentliche Bestandteile. Nun sind zwar die anderen Teile funktionsunfähig, der getrennte Teil ist aber fungibel, ersetzbar. Das Wesen eines Bestandteils einer Sache machen also seine Funktionsfähigkeit nach der Trennung und seine Fungibilität aus, aber auch - und das wird später noch unter c, S.55 ff. erörtert - die Größe des Arbeits- und damit Vermögensaufwands, der nötig ist, um eine unvollständige Sache durch Hinzufügen der abgetrennten Teile wieder funktionstüchtig zu machen. Schon hier wird ersichtlich, daß bei der Beurteilung des wesentlichen Bestandteils immer auch der Einfluß der Trennung auf die Gesamtsache zu berücksichtigen ist.

Die herrschende Ansicht begnügt sich allerdings bei diesem Problem nur mit der Beantwortung der Frage nach der Ersetzbarkeit und Weiterverwendbarkeit der einzelnen Bestandteile. In diesem Sinne entschied der BGH mit Urteil vom 10.7.53 ¹⁾ dahin, daß eine Kegelbahnanlage im Keller einer Gaststätte nicht deren wesentlicher Bestandteil sei : Sie sei serienmäßig hergestellt und nicht den Erfordernissen eines bestimmten Raumes besonders angepasst. Es könne sowohl die Kegelbahnanlage zu gleichem Zweck an anderer Stelle wieder aufgebaut werden (Funktionsfähigkeit)

1) BGH LM, § 93, Nr. 2.

wie auch der Keller der Gaststätte mit einer anderen Kegelbahn derselben Art wieder ausgestattet werden könne (Fungibilität).

Die Anlage sei also nach ihrem Ausbau nicht in ihrem Wesen verändert. Dieser Argumentation folgend entschied das KG mit Urteil vom 3.7.1972 ¹⁾, daß einzelne Unterlagen eines kaufmännischen Handelsbuchs dessen wesentliche Bestandteile seien. Eine kaufmännische Buchführung sei wertlos, wenn sie unvollständig ist (keine Funktionsfähigkeit der einzelnen Unterlage : Mit ihr allein ist nichts anzufangen).

Die von Rechtsprechung und Lehre herangezogenen Begriffe der Ersetzbarkeit und Weiterverwendbarkeit der Teile haben bei der rechtlichen Erfassung des Bestandteilsbegriffs im wesentlichen zu einer einheitlichen rechtlichen Behandlung bestimmter Sachverbindungen geführt, was grundsätzlich schon wegen der Rechtssicherheit zu begrüßen ist :

1. Handelt es sich um die Verbindung von Teilen, die aufeinander abgestimmt sind, wie dies bei den Einzelteilen einer Maschine der Fall ist, oder bei denen zumindest ein Teil auf den anderen hingearbeitet ist, also z.B. eine spezielle Kippvorrichtung für einen Lkw, so betrachten Rechtsprechung und Rechtslehre in aller Regel eine derartige Verbindung als einheitliche Sache. Ist allerdings einer der Teile serienmäßig hergestellt, so lehnt die herrschende Lehre das Vorhandensein eines wesentlichen Bestandteils ab, weil einerseits der Teil leicht er-

1) D. Rechtspfleger, 72, 441 f.

setzbar ist, und andererseits die Restsache weiter verwendbar bleibt ¹⁾.

2. Handelt es sich um Teile, die nicht aufeinander abgestimmt sind, was oft bei den Maschinen einer Fabrik der Fall ist, so lehnt die herrschende Meinung bereits das Vorhandensein einer einheitlichen Sache ab. Die Frage nach der Wesentlichkeit des Teils stellt sich dann schon gar nicht.

Nimmt sie aber dennoch ausnahmsweise eine einheitliche Sache an, so stellt sich die Frage nach der Ersetzbarkeit bzw. Weiterverwendbarkeit in derselben Weise, wie bei der Verbindung einander angepaßter Teile.

Sowohl das Merkmal der Wesensveränderung als auch das der Zerstörung werden von der herrschenden Ansicht dann bejaht, wenn durch die Trennung des Teils von der Sache ein erheblicher wirtschaftlicher Wertverlust droht. Dies ist zwar wenig konsequent, wird aber zumindest den wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht ²⁾.

1) BG, BB 73, 1044 f.; OLG Köln Betrieb 63, 727; RGZ, 157, 244 bzgl. der Düsen von Spinnmaschinen; BGHZ 20, 162; BGHZ 18, 226 ff. bzgl. eines serienmäßig hergestellten Motors eines Schleppers; Planck, § 93, Anm. 3 b; Staudinger-Coing, § 93 Anm. 10; Oertmann § 93 Anm. 2 d; Erman-Westermann, § 93, Anm. 6; RGZ 69, 117 (122); BGH, LM, § 93 Nr. 2; Michaelis, Voraussetzungen und Auswirkungen der Bestandteilseigenschaft, Festschrift für Nipperdey 1965, Bd. I, S. 556.

2) Vgl. S. 55 ff.

b. Die Teile einer Sache als die von § 93 BGB geschützten Rechtsobjekte

Die Auslegung der Vorschrift des § 93 BGB führte zu zahlreichen Kontroversen in Rechtsprechung und Lehre. Gegenstand der Erörterung war dabei in erster Linie die Frage, ob diese Vorschrift die Gesamtsache schützt oder lediglich die Teile. Legt man den Gesetzeswortlaut zugrunde, so kann hieraus nur geschlossen werden, daß auf die Integrität der Teile abzustellen ist und nicht auf die der Gesamtsache ¹⁾.

Dennoch wurde sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Lehre teilweise die gegenteilige Ansicht vertreten.

So meint Heck ²⁾, die Formulierung des Gesetzes sei ein bloßes Redaktionsversehen und erfordere eine Berichtigung. Es komme nicht darauf an, ob im Fall einer

1) H.M. Staudinger-Coing, § 93, Anm. 6; Oertmann, § 93 Anm. 2 c; Soergel-Baur, § 93, Anm. 4; Enneccerus-Nipperdey, § 125 II, 1 a und b.
BGHZ 18, 229 ff. : "... Es kommt allein darauf an, ob die verschiedenen Bestandteile nach der Trennung noch in der bisherigen Art wirtschaftlich genutzt werden können, sei es auch, nachdem sie zu diesem Zweck wieder mit einer anderen Sache verbunden sind."

2) Heck, Grundriß des Sachenrechts, § 26, 5 b.

Trennung des Teils von der Sache der Teil im Wesen verändert oder zerstört würde, entscheidend sei allein das Schicksal der Hauptsache. Diese Ansicht fand teilweise Zustimmung, wobei allerdings unterschiedliche Begründungen angeführt wurden ¹⁾. Michaelis kommt aus wirtschaftlichen Erwägungen zu diesem Ergebnis ²⁾.

Heck begründet seine Ansicht mit dem Argument, daß die wortgemäße Anwendung dieser Vorschrift zu "sehr sonderbaren" Ergebnissen führen würde. So wäre der Farbflecken auf einem Mantel, der nicht getilgt werden kann, dessen wesentlicher Bestandteil. Zweifellos ist dies ein Ergebnis, welches mit dem Sinn und Zweck des § 93 BGB nicht in Einklang zu bringen ist, also mit dem Streben des Gesetzgebers, wirtschaftlich

1) Ebenso Michaelis, Festschrift für Nipperdey, Bd. I, S. 553; Dernburg III, § 5, Anm. 19; Kohler, S. 468. Vgl. hierzu ferner Endemann, Lehrbuch BGB, Bd. I, § 52, S. 238, Anm. 9; Henle, Allgemeiner Teil des BGB, S. 461; Stohal, JDJ 38, 37 ff; OLG Nürnberg, JW 1934, 1433, Nr. 10: in einer modernen Großgarage sei die Zentralheizungsanlage wesentlicher Bestandteil der Garage, weil die Garage ohne die Heizungsanlage ihrem Wesen nach völlig verändert und wirtschaftlich wertlos wäre; OLG Bamberg, 8, 415;

2) Michaelis a.a.O.

" bedeutsame " Werte zu erhalten.

Oertmann vertrat zunächst die Ansicht, es komme darauf an, ob der später getrennte Bestandteil einer Sache sein Wesen gegenüber dem Zustand geändert hat, den er vor seiner Zusammenfügung zur Gesamtsache gehabt habe ¹⁾. Nach dieser Ansicht, die Oertmann später aufgegeben hat, werden z.B. die Maschinen eines Fabrikgebäudes nur dann wesentliche Bestandteile, wenn ihre Abtrennung vom Gebäude entweder sie selbst oder das Gebäude wie es vor Einfügung der Maschinen war, zerstören oder in ihrem Wesen verändern würde. Oertmann führt also das Moment der Zeit als Kriterium für die Beantwortung der Frage an, ob ein Bestandteil wesentlich ist.

Diese letztgenannte Ansicht findet im Gesetz jedoch keine Stütze. Der Wortlaut des § 93 BGB gibt keinen Anhaltspunkt für die Maßgeblichkeit des Zeitpunktes der Verbindung, bzw. der Trennung. Die Ansicht Oertmanns entspricht auch nicht der " ratio legis " dieser Vorschrift. Das Gesetz will nämlich allein verhindern, daß wirtschaftliche Werte erheblicheren Ausmaßes durch Zersplitterung zerstört werden ²⁾. Es kann also nicht auf den Wert der Sachen ankommen, den sie vor der Zusammenfügung hatten. Relevant ist vielmehr die Weiterverwendbarkeit der einzelnen Gegenstände nach der Trennung. Entgegen der Ansicht von Oertmann entsteht der eigentliche Wert einer Sache oftmals erst durch die Zusammenfügung der einzelnen Teile.

1) Oertmann, Recht 1906, 1120; diese Ansicht ist von Oertmann später aufgegeben worden: Allgemeiner Teil des BGB, 1908, § 93, Anm. 2 sowie die späteren Auflagen.

2) Motive III, 42; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 1 und 2; Soergel-Baur, § 93, Anm. 3; RGZ 58, 341; BGHZ 20, 154, 157; Enneccerus-Nipperdey, § 125 II; Lehmann-Hübner, § 50, III; Reinicke, MDR 56, 213.

So haben z.B. die Ziegelsteine und der Zement, die zur Errichtung eines Hauses dienen, für sich gesehen zusammen nicht annähernd denselben wirtschaftlichen Wert, wie das aus ihnen später zusammengefügte fertige Haus.

Anders verhält es sich bei den zuvor erwähnten Ansichten, nach denen im Kern bei einer Trennung der Teile vom Ganzen auf das Schicksal der Gesamtsache abzustellen ist ¹⁾ und nicht auf das der verbleibenden Teile. Diese Ansichten scheinen in vielen Fällen den wirtschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten mehr zu entsprechen, als die herrschende Meinung, die nur das Schicksal der Teile für maßgeblich erachtet ²⁾.

Auch das Reichsgericht fällte seine früheren Entscheidungen -offensichtlich noch unter dem Einfluß des ALR - zumindest im Ergebnis, nach der Ganzheitslehre ²⁾. Es fällt allerdings auf, daß das Reichsgericht verschiedenartige Begründungen angeführt hat.

1) Die Ansicht, die auf die Ganzheit abstellt, wird im folgenden kurz als "Ganzheitslehre" bezeichnet. Den Gegensatz hierzu bildet die Teilbarkeitslehre.

2) RGZ 50, 241; RG, JW 1905, 387, Nr. 2 ; JW 1900, 899, OLG Bamberg Bd. 8, S. 413.

So ordnete es mit Urteil vom 5. März 1902 ¹⁾ die bei einer Holzbearbeitungsfabrik für den Fabrikationsbetrieb erforderlichen Maschinen, die ohne Beschädigung ihrer selbst oder des Gebäudes aus dem Fabrikgebäude herausgenommen werden konnten, rechtlich als wesentliche Bestandteile ein, weil mit der Wegnahme der Maschinen " nicht bloß das bisherige Ganze, sondern auch der verbleibende Teil in seinem Wesen verändert wird " . Dem Wortlaut nach stellte das Reichsgericht zwar auf die Teile ab, tatsächlich erachtete es aber das wirtschaftliche Schicksal des Ganzen für maßgeblich, wie sich aus dem Gesamtinhalt der Entscheidung ergibt.

Das Reichsgericht ging davon aus, daß die Wegnahme der Maschinen das Wesen der konkreten Holzbearbeitungsfabrik veränderte, nicht aber das " einer " Fabrik bzw. " eines " Fabrikgebäudes - abstrakt gesehen. Es setzt also das vorherige " Ganze " mit dem verbleibenden Teil gleich. Das Wesen einer zusammengesetzten Sache aber ändert sich in jedem Fall, in dem auch nur ein Teil entfernt wird. Damit stellte das Reichsgericht im Ergebnis also auf die Ganzheit ab ²⁾.

Die vom Reichsgericht früher vertretene Ganzheitslehre kommt auch deutlich in einer anderen Entscheidung zum Ausdruck ³⁾, in der es ausdrücklich darauf hinweist, daß bei der Bestimmung, was wesentlicher oder unwesentlicher Teil eines Gebäudes sei, nicht von dem abstrakten Begriff des Gebäudes ausgegangen werden dürfe ,

1) RGZ 50, 241, 242.

2) Wie hier Staudinger-Coing, § 93, Anm. 12 c.

3) RGZ 67, 30.

sondern vom Gebäude in seiner konkreten und spezifischen Zweckbestimmung ¹⁾. Durch diese Rechtsprechung wurden naturgemäß die Eigentümer einer Hauptsache begünstigt. Zumeist bewirkt nämlich die Trennung eines Teils von der Hauptsache deren Wesensveränderung. Nach dieser Anschauung verloren demnach die Eigentümer der Teile ihre Rechte. Dies machte sich wirtschaftlich besonders in den Fällen bemerkbar, in denen große Werte, bzw. wertvolle Objekte auf dem Spiel standen. Besonders bei den Gläubigern von Betrieben und Fabriken führte diese Rechtsprechung zu einer ernsthaften Interessenkollision. Nach ihr nämlich waren die Maschinen einer Fabrik zum Beispiel wesentliche Bestandteile. Die üblichen Eigentumsvorbehalte an diesen Maschinen erloschen mit dem Einbau in das Fabrikgebäude. Damit entfiel eine wesentliche Sicherung der Maschinenlieferanten. Andererseits aber haften diese Objekte als Bestandteile des Gebäudes den Realgläubigern, also in erster Linie den Banken und verbesserten deren Situation ohne irgendeinen rechtfertigen Grund.

1) Ähnlich argumentierte das Reichsgericht mit Urteil vom 2.5.1905 (JW 1905, 387, Nr. 2), in dem es bzgl. der Maschinen einer Fabrik zum gleichen Ergebnis kam. Hier ging das Reichsgericht soweit, daß es nicht einmal mehr eine feste körperliche Verbindung für erforderlich hielt. Es qualifizierte hier die auf fremdem Grundstück aufgestellten Lokomobilen als wesentliche Bestandteile einer Fabrik, obgleich sie nur mittels Treibriemen mit der Fabrik verbunden waren. In einem anderen Urteil sah das Reichsgericht die Badeeinrichtung eines Wohnhauses als wesentliche Bestandteile an, "da durch die Trennung der Badeeinrichtungen von dem Haus eine Veränderung in dessen Wesen als einem herrschaftlichen Mietshause... herbeigeführt würde." (JW 1900, 899 f; vgl. auch OLG Bamberg, Bd. 8, 413).

Dieser wirtschaftliche Mißstand löste sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Lehre zu Recht heftige Kritik aus ¹⁾.

Der fünfte Senat des Reichsgerichts konnte sich dieser Kritik nicht verschließen und änderte im Jahre 1907 seine Rechtsprechung insoweit, als er dem Begriff der "Verkehrsanschauung" größere Bedeutung beilegte und zudem anders interpretierte. Er nahm einen wesentlichen Bestandteil nur noch dann an, wenn Sachteile für dauernd aufeinander eingerichtet waren ²⁾.

Der siebente Senat hingegen blieb bei seiner ursprünglichen Auffassung ³⁾.

Er argumentierte im Falle der Maschinenanlage einer Fabrik, es komme nicht auf den Sachteil "Gebäude" an, sondern auf die Zweckbestimmung des Fabrikunternehmens. So ergab sich in den Jahren 1907 und 1908 " das wenig erbauliche Schauspiel, daß der gleiche Tatbestand von beiden Senaten verschieden beurteilt wurde " ⁴⁾.

1) Isay, Rechtsnorm und Entscheidung, S. 340 ff.

2) RGZ 67, 30 ff.

3) RGZ 69, 150 (v. 29.5.1908).

4) Isay a.a.O.

Die vom Standpunkt der Rechtssicherheit unerfreuliche und gegensätzliche Auslegung des § 93 BGB durch das höchste Gericht des Deutschen Reiches wurde zum Schaden der damaligen Wirtschaft noch jahrelang durchgehalten. So druckte die Juristische Wochenschrift noch 1911 hintereinander zwei einander widersprechende Entscheidungen ab ¹⁾: Der zweite Senat entschied zugunsten der Maschinenindustrie, der siebente zugunsten der Hypothekengläubiger. In den Entscheidungsgründen beider Senate finden sich nur die an den Wortlaut der in Betracht kommenden Paragraphen (§§ 93 und 97 BGB) anknüpfenden Erwägungen: Die Interessen der Maschinenindustrie einerseits, die darauf gerichtet waren, die Maschinen als selbständige Gegenstände bzw. unwesentliche Bestandteile anzusehen, und die der Hypothekengläubiger andererseits ²⁾, die den Standpunkt vertraten, die Maschinen teilten als wesentliche Bestandteile das rechtliche Schicksal des Gebäudes.

Ab dem Jahre 1911 entschied dann auch der siebte Senat im Sinne der Teilbarkeitslehre ³⁾.

1) VII. Senat v. 29.5.1908: JW 1908, 515; II. Senat v. 26.6.1908: JW 1908, 517.

2) Isay, a.a.O.

3) JW 1911, 317, Nr. 1.

Ohne seine Formulierungen wesentlich zu ändern -wohl, um die Aufgabe seiner früheren Rechtsprechung nicht allzu deutlich werden zu lassen - kam auch der siebente Senat zu dem Ergebnis, daß die Maschinen eines Fabrikgrundstückes keine wesentlichen Bestandteile seien. Das bisherige Ganzheitsprinzip wurde endgültig unter Berufung auf den Wortlaut des § 93 BGB verworfen. Von diesem Zeitpunkt an wurde allein darauf abgestellt, ob einer der Teile oder die verbleibenden Restsachen im Wesen verändert oder gar zerstört würden. An dieser Rechtsprechung im Sinne der Teilbarkeitslehre hat das Reichsgericht von nun an festgehalten ¹⁾ und zahlreiche ähnliche Sachverhalte

1) Am deutlichsten ist diese Wandlung an der Gegenüberstellung der Entscheidung des Reichsgerichts vom 15.5.1906 (JW 1906, 417, Nr. 2) mit der Entscheidung vom 15.3.1910 (Warn.Rspr. 1910, Nr. 190) mit der Entscheidung vom 16.12.1931 erkennbar (HRR 1932, 700). In der erstgenannten Entscheidung handelte es sich um eine Lokomobile, die als Antrieb für eine in einem massiven Bau befindliche Schotteranlage diente. Die Lokomobile selbst befand sich außerhalb dieses Bauwerks. Das Reichsgericht qualifizierte die Lokomobile und die Schotteranlage als wirtschaftliche und sachliche Einheit und dementsprechend als wesentliche Bestandteile. Am 15.3.1910 entschied das Reichsgericht bei ähnlicher Sachlage - es handelte sich auch hier um eine Lokomobile- dahingehend, daß die Lokomobile kein Bestandteil war, obgleich zu deren Fortschaffung vom Fabrikgelände sogar erforderlich war, daß eine Wand teilweise herausgebrochen und zusätzlich das Dach des Gebäudes abgestützt werden mußte! Mit Urteil vom 16.12.1931 lehnte das Reichsgericht die Bestandteilseigenschaft einer Milchtrocknungsanlage in einem Fabrikgebäude ab, obgleich der größte Teil der Apparate auf Fundamenten ruhte, die von der Kellersohle an aufgemauert waren und die auf für diesen Zweck besonders eingezogenen Trägern ruhten. Zur Begründung hierzu führte das RG aus, daß diese massiven Fundamente nur zur Errichtung der Standfestigkeit der Maschinen angebracht wären und nicht notwendige Teile des Gebäudes seien; sie seien nur erforderlich gewesen, weil der Gebäudeeigentümer einen Keller angelegt habe, dessen Decke die Maschine

in diesem Sinne entschieden ¹⁾. Ob allerdings diese nunmehr vertretene Ansicht dem gesetzgeberischen Willen eher entspricht als die Ganzheitslehre, bleibt zu untersuchen.

nicht tragen konnte. Hierzu Appellmann: Die Rechtsprechung zur Frage der wesentlichen Bestandteile, Berlin 1939, S. 19.

1) Keine wesentlichen Bestandteile sind laut:

JW 1908, 322 (Nr. 2): Schnellpresse, die ohne Befestigung, lediglich auf eigenem Fundament ruhend, im Maschinensaal aufgestellt ist.

JW 1908, 738 (Nr. 3): Motor im Anbau einer Mühle, mit Schrauben an ein Fundament befestigt.

JW 1908, 738 (Nr. 4): Dampflokomobile im Kesselhaus einer Dampfmühle, Katalogware.

JW 1909, 159 (Nr. 2): Maschinen einer Druckerei, die ohne Beschädigung des Fabrikgebäudes oder ihrer selbst entfernt werden können.

JW 1909, 267 (Nr. 1): Webstühle einer Weberei, die mit Schrauben am Fußboden befestigt sind.

JW 1909, 483 (Nr. 2): Spinnereimaschinen; ohne Änderung aus dem Fabrikgebäude zu entfernen, ohne weiteres in gleichartigem Betrieb verwendbar.

JW 1909, 485 (Nr. 4): Lokomobile in Ziegelei; mit Schrauben auf Fundament befestigt; Katalogware.

JW 1910, 182 (Nr. 4): Lokomobile in Sägewerk; Katalogware.

JW 1911, 317 (Nr. 1): Sauggasmotor einer Schuhfabrik.

JW 1911, 532 (Nr. 2): Lokomobile eines Sägewerks, auf besonderem Fundament aufgestellt.

JW 1912, 128 (Nr. 1): Lokomobile im Maschinenraum eines Sägewerks; Füße im Fundament vermauert.

JW 1914, 586: Elektrizitätsanlage einer Meierei. Warn.

Rechtspr. 1908, Nr. 411: Maschinen einer Strickereifabrik; Motoren am Fußboden verschraubt; Arbeitsmaschinen mit Zement in den Fußboden eingelassen.

Warn.Rechtspr. 1910, Nr. 190: Lokomobile, im Kesselhaus mit Schrauben am Fundament befestigt, Füße mit Ziegelmauerwerk verkleidet.

Warn.Rechtspr. 1913, Nr. 81: Maschinen einer Metallfabrik.

Warn.Rechtspr. 1913, Nr. 81: Nach besonderen Zeichnungen angefertigte Maschinen einer Elektrizitätsanlage.

Warn.Rechtspr. 1918, Nr. 155: Auf Fundament befestigte Lokomobile und Dynamomaschine eines Elektrizitätswerks.

Warn.Rechtspr. 1920, Nr. 31: In besonderem Raum montierter Antriebsmotor einer Mühle auf Zementmauerwerk mit Bolzen.

Warn.Rechtspr. 1931, Nr. 159: Kältemaschinenanlage einer Konservenfabrik; Katalogware; bauliche Veränderungen des Fabrikgebäudes beim Einbau erforderlich (Ausschachtung eines Kellers). HRR 1932, Nr. 700: Milchtrocknungsmaschinen für die im Fabrikgebäude Fundamente, Träger, Bühnen und Wandöffnungen vorgesehen sind.

HRR 1934, Nr. 248: Maschinelle Kühlanlagen im Kühlraum eines Schlachthauses; der Kühlraum ist durch Trennwände, Verstärkung der Wände und Isolation der Decken und Wände hergerichtet.

Übernommen aus : Appelmann, a.a.O., S. 18 Fußn. 7; Staudinger-Coing, § 93, 12 c.

Um den offensichtlichen Bruch mit seinen früheren Entscheidungen zu vermeiden, stellte das Reichsgericht nunmehr den Begriff der "Verkehrsanschauung" besonders in den Vordergrund ¹⁾.

Über den Begriff der Verkehrsanschauung verneinte es bei den Maschinen einer Fabrik auf einmal sogar, daß es sich hierbei überhaupt um Bestandteile handelte. Bei dieser Auffassung war es dann nicht mehr von Bedeutung, ob die eingebaute Fabrikmaschine oder das Gebäude durch eine Trennung zerstört oder im Wesen verändert würden. Dadurch, daß auf einmal die "Verkehrsauffassung" für den Bestandteilsbegriff maßgebend sein sollte, schaffte sich das Reichsgericht Luft für eine Fortentwicklung des Bestandteilsrechts, ohne an eingewurzelte Vorurteile wirtschaftlicher und sozialer Art gebunden zu sein.

Die neuere Rechtsprechung knüpft auch grundsätzlich an diese späteren Urteile des Reichsgerichts an.

-
- 1) "Wesentlicher Bestandteil ist nicht nur, was zur Herstellung einer jeden Baulichkeit notwendig ist, wie gewöhnliche Baumittelstücke, sondern auch, was durch seine Verarbeitung dem betreffenden Gebäude ein bestimmtes Gepräge, seine besondere Eigenart gegeben hat. Ob das letztere der Fall ist, muß nach den Anschauungen des Verkehrs über Wesen, Zweck und Beschaffenheit desjenigen Gegenstands beurteilt werden, dem die Sache eingefügt ist."
RGZ 150, 22.
87, 46: "...Von diesen Gesichtspunkten aus hat der erkennende Senat in einer Reihe von Fällen Maschinen und anderen Gerätschaften, die bei einem für einen gewerblichen Betrieb dauernd eingerichteten Gebäude zu dem Betriebe bestimmt (vgl. § 98, Nr. 1 BGB), mit dem Gebäude aber durch Schrauben oder andere leicht lösbare Bindemittel verbunden waren, die Eigenschaft von Bestandteilen der betreffenden Gebäudesache unter der Annahme abgesprochen, daß sie zwar zur Erreichung eines wirtschaftlichen Zweckes mit den Gebäudesachen zusammen gebracht seien und insofern mit diesen eine wirtschaftliche Einheit bildeten, sie aber ihre

körperliche Selbständigkeit bewahrt hätten und,
daß das Ganze nicht eine Körpereinheit, eine ein-
zige Sache, sondern eine Mehrheit selbständiger
Sachen sei.

Sie hält sich an den Wortlaut des § 93 BGB und stellt konsequent nur darauf ab, ob "der eine oder der andere" Bestandteil einer Sache durch die Trennung "zerstört oder in seinem Wesen verändert wird" ¹⁾.

So führt der BGH ²⁾ zum Austauschmotor eines Personenkraftwagens aus, für die Frage, wann er bei der Abtrennung eines Teils (des Motors) von der Gesamtsache verändert würde, sei entscheidend, "ob die Bestandteile in der bisherigen Art wirtschaftlich genutzt werden können...".

Der Kfz.-Motor könne jederzeit als Antriebsmaschine für andere Fahrzeuge oder auch stationär verwendet werden. Aber auch der verbleibende Teil, also das Fahrgestell, behielte seinen wirtschaftlichen Wert und könne weiter genutzt werden, sofern nur ein anderer Motor eingebaut würde.

Auch bei der Beurteilung des Problems, ob die Maschinen eines Fabrikgebäudes dessen wesentliche Bestandteile sind, folgt die neuere Rechtsprechung der vom Reichsgericht zuletzt vertretenen und verneint bei diesen Gegenständen die Eigenschaft des wesentlichen Bestandteils ³⁾.

1) BGH, LM, § 93, Nr. 2 und Nr. 3; BGHZ 18, 226; OLG Köln, Betrieb 63, 727; OLG Stuttgart, NJW 52, 145; OLG Karlsruhe, MDR, 55, 413; LG Hamburg MDR 55, 413; BFH, Betrieb 71, 651; BGHZ 20, 154.

2) BGH, NJW 73, 1454, 1455; vgl. hinsichtlich der anderen Teile eines Kfz, KG, NJW 61, 1026 ff.

3) H.M. vgl. für alle Soergel-Siebert, § 94, Anm. 22 ff; vgl. ferner OLG Köln, Betrieb 63, 727; Enneccerus-Nipperdey, § 125 II, 1 a; Lange, AT. S. 208; Oertmann § 93, Anm. 2 a.

c. Kritik an der von der herrschenden Lehre und Recht -
sprechung vertretenen Ansicht und Stellungnahme hierzu

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die von Heck ¹⁾ und Michaelis ²⁾ vertretene, oben dargelegte Ganzheits-
theorie, eine " interpretatio contra legem " ³⁾ darstellt.

Gegen die Annahme von Heck, daß die geltende Formulierung des § 93 BGB ein Redaktionsversehen darstelle, ⁴⁾ spricht zudem, daß die Motive ⁵⁾ das Teilbarkeitsprinzip ausdrücklich und in einem offensichtlichen Gegensatz zum allgemeinen Landrecht (I, 2, § 4) hervorheben. Eine derartige Offensichtlichkeit spricht gegen ein Versehen.

Darüberhinaus spricht gegen die konsequente Anwendung dieser Ganzheitslehre, daß in der Praxis der Begriff des wesentlichen Bestandteils so weitgehend ausgedehnt würde, daß praktisch all die Teile als " wesentlich " zu subsumieren wären, die für die Funktion der Gesamtsache von Bedeutung sind. Entfernt man nämlich solche Teile, wird damit die Verwendbarkeit der Gesamtsache fast zwangsläufig beeinträchtigt. Dies aber bedeutet wegen der damit verbundenen Funktionsstörung in der überwiegenden Anzahl der Fälle auch eine Wesensänderung.

Andererseits aber führt auch die herrschende Lehre, die allein auf die Integrität der verbleibenden Teile abstellt, nicht zu befriedigenden Ergebnissen. Auch sie führt in der Praxis zu unerwünschten und vom Gesetzgeber auch nicht beabsichtigten Ergebnissen. Die Praxis stellt nämlich bei der Beurteilung der Frage, ob ein Bestandteil wesentlicher Art ist, darauf ab, ob er einerseits ersetzbar, andererseits weiterverwendbar ist. Ist dies

1) Heck, a.a.O. § 26, 5 b.

2) Festschrift für Nipperdey, 1965, Bd. I, S. 553 ff(578).

3) Wie hier Spyridakis, a.a.O. S. 26.

4) Heck, a.a.O.

5) Motive III, 41, Anm. 2 .

der Fall, so tritt nach dieser Ansicht weder im Hinblick auf diesen Bestandteil noch im Hinblick auf die verbleibende Restsache eine nennenswerte Wertminderung ein. Dies führt genau im Gegensatz zu der Ganzheitstheorie dazu, daß für den Begriff des wesentlichen Bestandteils praktisch kein Raum mehr verbleibt. Infolge der von den Verfassern des BGB nicht vorhergesehenen raschen Technisierung in den Jahrzehnten nach seinem Inkrafttreten, ist heute bei fast allen modernen technischen Anlagen nahezu jeder Teil jederzeit austauschbar und weiterverwendbar. Die Gründe hierfür sind Arbeitsteilung, Rationalisierung und Automatisierung in immer stärkerem Umfange. Damit aber sind auch die meisten Gegenstände genormt, in Serie hergestellt und jederzeit erhältlich. Wesentliche Bestandteile gibt es dann nur noch dort, wo es sich um Sachen nichttechnischer Art handelt, also z.B. bei handwerklich gefertigten Einzelstücken. Nur an solchen Gegenständen wären wesentliche Bestandteile denkbar. Darüberhinaus noch an den wirtschaftlich unbedeutenden Objekten wie z.B. dem Verbindungsmaterial, dem Belag oder dem Anstrich einer Sache. Eine solche Einschränkung des Begriffs des wesentlichen Bestandteils kann aber mit den Intentionen des Gesetzgebers bei der Schaffung des § 93 BGB, die auf Verhinderung des Untergangs größerer volkswirtschaftlicher Werte abzielten, nicht in Einklang gebracht werden. Insbesondere führt die Anwendung dieser " Ersetzbarkeitslehre " gerade zur Vernichtung wirtschaftlicher Werte und bewirkt also genau das, was der Gesetzgeber vermeiden wollte. So besteht gerade bei den besonders wertvollen wirtschaftlichen Einheiten die Gefahr der Zerstörung, sofern man der herrschenden Ansicht folgt. So ist z.B. bei einem Schiff ¹⁾ der serienmäßig hergestellte Motor ohne jeden Zweifel ersetzbar und andererseits auch weiterver-

1) RGZ 152, 99.

wendbar. Trotzdem ist nach Ansicht des Reichsgerichts kein seefertiges Schiff mehr vorhanden, wenn der Motor ausgebaut wird, sondern nur noch ein unfertiger Schiffskörper. Aus diesem Grund hat das Reichsgericht bei einem Schiffsmotor die Eigenschaft eines wesentlichen Bestandteils anerkannt. Es berief sich hierbei auf die Regelung des § 947, Abs. 1 und 2 BGB, wonach im Falle einer Verbindung mehrerer Sachen in der Weise, daß diese wesentliche Bestandteile einer einheitlichen Sache würden, der Eigentümer der Hauptsache das Alleineigentum an der Gesamtsache erwerbe. Das Reichsgericht ging davon aus, daß in den Fällen, in denen das Verhältnis von Haupt- und Nebensache gegeben sei, im Falle einer Trennung eine Wesensveränderung der Teile nahelege. Es erkannte dabei allerdings nicht, daß nach § 947 BGB ein Fall des § 93 BGB vorliegen muß. § 93 aber macht keinen Unterschied zwischen Haupt- und Nebensache. Das Reichsgericht hat bei dieser Entscheidung im Kern auf das Wesen der ganzen Sache abgestellt und nicht nur auf einzelne Teile ¹⁾. In der diesen Sachverhalt betreffenden, oben zitierten Entscheidung, fiel das Reichsgericht in die längst aufgegebene Ganzheitslehre zurück. Hierin liegt eine Inkonsequenz, aus der sich schließen läßt, daß die Ersetzbarkeitslehre nicht allen Fallkonstellationen gerecht wird. In konsequenter Verfolgung dieser Lehre nämlich hätte man zu dem Ergebnis gelangen müssen, daß der Motor des Seeschiffs kein wesentlicher Bestandteil geworden ist. Ein Schiffsmotor ist sowohl ersetzbar, als auch weiterverwendbar. Er kann sowohl in einem anderen Schiff ver-

1) Bedenken zu dieser Entscheidung äußern auch :
Reinicke, MDR 66, 216; Michaelis a.a.O., S. 560 f;
Enneccerus-Nipperdey, § 125, Anm. 13; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 8; vgl. ferner Wieacker, AcP 148, 81 ff.

wendet werden, als auch stationär zu anderen Zwecken eingesetzt werden. Auch der Schiffsrumpf erleidet durch die Wegnahme des Motors keine Wesensveränderung. Ein anderer Motor kann ohne größere Schwierigkeiten eingebaut werden. (Siehe auch S. 61)

In ähnlicher Weise verfuhr die Rechtsprechung mit den Teilen eines Kraftfahrzeuges. Sie qualifizierte z.B. Motor und Räder nicht als wesentliche Bestandteile ein ¹⁾, wohl aber Fahrgestell und Karosserie ²⁾. Auch hier hat es den Anschein, als wolle es die Rechtsprechung vermeiden, bei drohenden größeren Wertverlusten allein auf die Ersetzbarkeit und Weiterverwendbarkeit der Einzelteile abzustellen. Sowohl Motor, als auch Fahrgestell und Karosserie stellen nämlich Produktionseinheiten dar, die im Ersatzhandel nach Liste nachbestellt werden können. Dies gilt insbesondere bei Lastkraftwagen, die in aller Regel eine Rahmenkonstruktion besitzen und so vielerlei Arten von Aufbauten zulassen. Es wäre daher konsequent im Sinne der Ersetzbarkeitslehre, derartige Gegenstände als unwesentliche Bestandteile zu behandeln.

Auch wenn diese Rechtsprechung nicht streng dem Wortlaut des Gesetzes folgt, so entspricht sie doch den vernünftigen wirtschaftlichen Grundsätzen. Sie wird insoweit auch dem Willen des Gesetzgebers gerecht, der mit der Schaffung der §§ 93 ff. BGB die Zerstörung erheblicher wirtschaftlicher Werte zu vermeiden sucht. Will man diesem Leitgedanken des Gesetzgebers gerecht werden, so kann man nicht umhin, bei einer Trennung der Teile von der Sache auch das Schicksal der Gesamtsache mit zu berücksichtigen. Dies hat die Rechtsprechung immer dann getan, wenn erhebliche wirtschaftliche Werte auf dem Spiele standen.

1) OLG Stuttgart NJW 52, 145; OLG Karlsruhe, MDR 55, 413; OLG Köln NJW 65, 110 f.; BGHZ 18, 226; BGH, BB 73, 1045 f.

2) OGH 2, 389; OLG Stuttgart, NJW 52, 145.

Natürlich muß der Gedanke der Werterhaltung aber auch bei weniger wertvollen Sacheinheiten zum Tragen kommen. Es ist kaum zweifelhaft, daß bei einem Personenwagen, dessen Motor nach ständiger Rechtsprechung kein wesentlicher, sondern ein unwesentlicher Bestandteil ist, im Falle der Abtrennung oder des Ausbaus hinsichtlich des verbleibenden Restes ein erheblicher Teil des Wertes des PKW verloren geht, wenn nicht dieser Rest sogar gänzlich wertlos wird. Was wohl insbesondere bei älteren Fahrzeugen zumeist der Fall ist ¹⁾.

Diese Folgeder erheblichen Entwertung einer Sache durch die Abtrennung bestimmter Teile aber wollte der Gesetzgeber bei der Schaffung des § 93 BGB gerade verhindern ²⁾. Da heute aufgrund der Serienfertigung nahezu jeder Teil beliebig austauschbar ist, hätte demnach das alleinige Abstellen auf die Einzelteile einer Sache die Folge, daß die gesetzgeberische Absicht praktisch ins Gegenteil verkehrt würde.

Die von der herrschenden Meinung und ständigen Rechtsprechung vertretene Ersetzbarkeitslehre würde zudem in ihrer konsequenten Anwendung zu einer Einengung des Begriffs des wesentlichen Bestandteils führen, was ebenfalls sicher nicht im Sinne des Gesetzgebers wäre. Zahlreiche Gegenstände einer natürlichen Sacheinheit würden als unwesentliche und somit sonderrechtsfähige Teile zu qualifizieren sein, was letztlich die Folge hätte, daß eine einheitliche Sache zahlreichen Eigentümern gehören könnte. Ganz abgesehen davon, daß eine solche

1) Es ist eine vom Gesetzgeber anerkannte Tatsache (vgl. etwa §§ 1134, 1135 BGB, 865 ZPO, 25 ZVG), daß unvollständige Anlagen, wie z.B. eine Fabrik ohne Maschinen oder ein Auto ohne Motor einen unverhältnismäßig geringeren Erlös bringen, als die vollständige Sache.

2) Vgl. Motive III, 41 ff.

Rechtsanschauung bereits dem natürlichen Sprachgebrauch zuwiderliefe, sprechen auch Gründe der Wirtschaftlichkeit dagegen. Diese erfordern nämlich, daß Sacheinheiten auch weitgehend einem einheitlichen sachenrechtlichen Schicksal unterstellt werden. Damit wird nicht nur die rechtliche Behandlung derartiger Einheiten erleichtert, sondern es wird auch dem Gesichtspunkt der Sicherheit im Rechtsverkehr Rechnung getragen. Es ist auch kein vernünftiger Grund dafür ersichtlich, Sonderrechte an nahezu allen Teilen einer Sache für zulässig zu erachten. Vielmehr scheint es absurd, wenn beispielsweise der Motor eines Pkws dem A gehört, die Vorderräder von B gepfändet sind und das übrige Automobil im Eigentum der Bank C steht, der der Rest von D, welcher das Auto fährt, sicherungsübereignet wurde. Wer würde in einem solchen Fall die Wartungsarbeiten bezahlen, wer würde für die Reparaturen aufkommen. Ein solcher Pkw wäre eine Quelle komplizierter Rechtsfragen. Dies kann schwerlich mit den Absichten des Gesetzgebers in Einklang gebracht werden. Hinzu kommt, daß die Sprache des Rechts allgemein verständlich und volksnah sein muß. Ein vernünftiger und unbefangener Bürger aber würde niemals auf den Gedanken kommen, daß der Motor eines Pkws nicht dessen " wesentlicher " Bestandteil ist.

In der Lehre fehlt es nicht an Versuchen, hier zu praktikablen Lösungen zu gelangen.

Oberwinter geht davon aus ¹⁾, daß die Summe der wirtschaftlichen Werte der getrennten Teile im wesentlichen dem Wert des Ganzen vor der Trennung entsprechen müsse. Diese Meinung deckt sich insoweit mit den gesetzlichen Voraussetzungen, als eine erhebliche Wertminderung von Rechtsprechung und Lehre einer "Zerstörung" gleichgesetzt wird. Oberwinters Ansicht würde auch dem Anliegen des Gesetzgebers gerecht, die Zerstörung wirtschaftlicher Werte tunlichst zu vermeiden.

Mit Oberwinters " Formel " ist im konkreten Fall jedoch die Möglichkeit des Bestehens von besonderen dinglichen Rechten an dem Teil von den wirtschaftlichen Schwankungen des Marktes abhängig, was dem Grundsatz der Stabilität der dinglichen Rechte (sowohl in Bezug auf ihren inneren Bestand, als auch auf ihren Inhalt) widerspricht ²⁾.

In der Tat mag dieser Einwand gerechtfertigt sein, wenn man allein auf die grundsätzliche Stabilität der dinglichen Rechte abstellt. Man denke nur etwa an einen goldenen Ring, dem ein Stein eingearbeitet ist, wobei vor der Herstellung Stein und Ring gleichen Materialwert besaßen. Das Verhältnis der Teile zueinander hinge dann von einem ständig schwankenden Goldpreis ab. Hierbei wird dann noch womöglich der Verarbeitungswert der Gesamtsache in den Vergleich der Werte der Teile mitbezogen, was aber dem Wortlaut des § 93 BGB

1) Oberwinter, Eigentumsvorbehalt an Maschinen, JhJb 51, S. 259.

2) Spyridakis S. 29.

zuwiderliefe, der nur auf den Wert der einzelnen Teile abstellt ¹⁾. Eine gewisse Beziehung der einzelnen Teile zur Gesamtsache läßt sich, wenn man ein vernünftiges Ergebnis erhalten will, jedoch nicht weglegen.

Im übrigen ist auch bei Anwendung der Ersetzbarkeitslehre die Stabilität der dinglichen Rechte nicht in jedem Falle gewährleistet. Der Motor eines Autos ist nach der Rechtsprechung, weil ersetzbar, kein wesentlicher Bestandteil. Sollte aber die Herstellungsfabrik aus irgendwelchen Gründen die Produktion dieses Fahrzeugs einstellen und wäre ein passender Motor auf dem Ersatzteilmarkt nicht mehr erhältlich, ist er auch nicht mehr ersetzbar, das restliche Fahrzeug nicht mehr weiterverwendbar; demnach wäre der Motor plötzlich wesentlicher Bestandteil geworden (was er vorher nicht war).

Die herrschende Meinung sieht die Teile einer Sache ausschließlich in ihrer "isolierten" Eigenwertigkeit. Sie mißt dem Wert der Verbindung nur eine untergeordnete Bedeutung bei. Dementsprechend bezieht sie das Verbindungsmaterial (den Leim, die Niete etc.), das die Sachteile zusammenhält,

1) Hierzu Niedner, Bestandteil und Zubehör; Seufferts Bl., 72, 8 ff. (11), der die Ansicht vertritt, ein wesentlicher Bestandteil liege vor, wenn der fragliche Teil durch die Verbindung eine erhebliche Wertsteigerung erfahren habe und dementsprechend im Fall der Trennung erheblich im Wert vermindert würde. Er geht also vom Eigenwert des Gegenstandes in der Verbindung aus.

bei der Beantwortung der Frage, ob ein Bestandteil wesentlich ist, nicht mit in ihre Überlegungen ein ¹⁾. Sie beschäftigt sich also nur mit bestimmten Sachteilen. Oft spielt aber gerade die Bestandteilsver-bindung eine wesentliche Rolle: Ein kompliziertes Getriebe wird von wenigen Schrauben zusammengehalten. Entfernt man die Schrauben, zerfällt das Getriebe.

Das Verbindungsmaterial selbst ist praktisch in den meisten Fällen wertmäßig im Verhältnis zu den anderen Teilen ohne große Bedeutung. Häufig erlangt aber der Teil oder das Ganze selbst seinen Wert erst durch die Verbindung (irreparabler Zerfall der Sache bei Lösung der Verbindung).

Mit anderen Worten: Die die Verbindung bewirkende Arbeitsleistung erhöht den Wert auch des Teils und macht die Sache überhaupt erst funktionsfähig.

-
- 1) Dies wird einmal damit begründet, daß das Verbindungsmaterial durch die Erfüllung seiner Funktion, nämlich der Verbindung, aufgehört hat, ein für die Rechtsordnung in Betracht kommender selbständiger Wertfaktor zu sein. (Vgl. Staudinger-Coing, § 93, Anm. 5) Ferner wird die Ansicht vertreten, das Verbindungsmaterial ginge in den verbundenen Gegenständen auf, es hätte also keine Bestimmtheits- bzw. Eigenwertigkeitsmerkmale mehr. (Spyridakis, a.a.O., S. 31). Ist das Verbindungsmaterial selbständig, wie Schrauben und Nieten, so wäre kein Grund dafür ersichtlich, diese Verbindungsmittel anders zu behandeln, als jene, bei denen keine Abgrenzungsmerkmale vorhanden sind. Auf ihre Zerstörung sei - so die h. M. - nur Rücksicht zu nehmen, wenn ihr Wert im Verhältnis zum einen oder anderen Bestandteilstwert erheblich sei. Vgl. Kirsten a.a.O., S. 34, ferner RG, JW 32, 1200, Nr. 3, BGHZ 20, 158.

Die Arbeitsleistung schlägt sich dann im Wert des Ganzen und in dem der Teile nieder. Die Verbindung kann daher einen erheblichen Wertfaktor darstellen, sei es, daß sich der Wert durch Arbeitsleistung erhöht, sei es, daß das Verbindungsmaterial selbst einen gewissen Wert besitzt. So beträgt bei einem Ring, in dem ein Stein eingearbeitet ist, die Arbeitsleistung des Juweliers vielleicht ein Drittel des Wertes der Gesamtsache. Es erscheint dabei naheliegend, daß sich damit nicht nur der Wert der Gesamtsache erhöht hat, sondern auch die ihrer Teile.

Deutlich wird dieser Wertfaktor, der sich in der Verbindung der Teile miteinander äußert, nicht nur bei handwerklich gefertigten Gegenständen, sondern auch bei industriell hergestellten Gütern. Entnimmt man einem Radiogerät nach und nach die einzelnen Transistoren, Widerstände, Kondensatoren etc., so bleibt schließlich ein wertloser Rest zurück, der aus Gehäuse, Drähten und ähnlichem Material besteht.

Jeder dieser Teile hat für sich allein gesehen nur einen geringen Geld- und Funktionswert, ist jederzeit ersetzbar und bleibt auch nach seinem Ausbau weiterverwendbar. Der wirkliche Funktions- und Geldwert liegt aber nur vor, wenn die Einzelteile ihrem Zweck gemäß nach technischem Plan richtig zusammengebaut sind. Die Summe des Geldwertes der einzelnen Teile eines Radios ist geringer als der Geldwert des funktionsfähigen Apparates.

Da die herrschende Ansicht die Wesentlichkeit anhand der Ersetzbarkeit beurteilt, muß sie infolge der fortschreitenden technischen Normung der Teile zur ständigen Einschränkung des Begriffs des wesentlichen Bestandteils gelangen.

Die meisten industriell gefertigten Güter sind daher aus unwesentlichen Bestandteilen zusammengesetzt. Rechtlich ist es dann möglich, daß an den Teilen dieser Güter Sonderrechte bestehen (dem A gehört die Bildröhre des Fernsehers, dem B das übrige).

Dies widerspricht der gesetzgeberischen Absicht: Bei industriell gefertigten genormten Sacheinheiten werden durch die Ausübung möglicher und besterhender Sonderrechte erhebliche wirtschaftliche Werte vernichtet: Zerstört A die Bildröhre im Rausch, so ist der Rest des Geräts nicht mehr viel wert. Wie schon erwähnt, bildet auch bei handwerklich gefertigten Gegenständen die Verbindung und die damit verbundene Arbeitsleistung einen zuweilen erheblichen Wertfaktor. In Anbetracht der hohen Arbeitslöhne schlägt der Wertfaktor "Arbeit" empfindlich zu Buche.

Trotz ihrer "Ersetzbarkeits- und Weiterverwendungstheorie" hat die Rechtsprechung in Einzelfällen erkannt, daß es begrifflich eines "Mehrers" bedarf, um zu einer vernünftigen Auslegung des Begriffs "wesentlicher Bestandteil" zu gelangen, so bei den einzelnen Teilen eines Motors ¹⁾, die als wesentliche Bestandteile angesehen wurde. Diese Fälle sind Beweis dafür, daß die Ersetzbarkeitslehre

1) Schwungräder und Kurbelwelle einer Lokomobile als wesentliche Bestandteile : OLG Kiel, OLG 39, 250; keine wesentlichen Bestandteile sollen jedoch diejenigen Teile sein, deren häufige Auswechslung mit Ergänzungssachen von Anfang an vorgesehen sei und dem "Wesen" der Hauptsache entsprächen, was z.B. bei den verschiedenen Bohrern einer Bohrmaschine oder bei den Düsen einer Spinnmaschine der Fall sei, RGZ 157, 245.

nicht in dem Falle zur wirtschaftlich sinnvollen Ergebnissen führt.

Wenn die Rechtsprechung in Einzelfällen bei der Frage der Ersetzbarkeit auch den hierfür notwendigen Arbeitsaufwand anspricht, so begibt sie sich auf den richtigen Weg.

Den Arbeitsaufwand zu berücksichtigen, entspricht dem gesetzgeberischen Willen. Dieser Faktor -wenn er den Wert der Teile ernötigt- ist in der Weise zu berücksichtigen, daß die Summe der Werte der getrennten Teile mit dem Wert der ganzen funktionsfähigen Sache verglichen wird. Bei Objekten, zu deren Herstellung ein großer Arbeitsaufwand erforderlich ist, wird sich hier eine erhebliche Wertdifferenz ergeben. Bei Geräten, deren Zusammenbau technisch kompliziert ist und die sich aus zahlreichen Teilen verschiedener Größe und verschiedenen Materials zusammensetzen, wie das bei einem Computer oder einem Fernsehgerät der Fall ist, bleibt der Wert der einzelnen Teile oft weit hinter dem Wert der gesamten Sache zurück. Diese Differenz zwischen dem Materialwert der Teile und dem Wert der gesamten Sache stellt dann diejenige Summe dar, die für den Zusammenbau der Sache erforderlich ist. Stellt man, wie das die herrschende Lehre und Rechtsprechung praktiziert, bei der Beurteilung der Frage, ob ein Bestandteil wesentlich ist oder nicht, nur darauf ab, ob der fragliche Teil weiterverwendbar oder ersetzbar ist, so bleibt der Wert der Montage völlig unberücksichtigt: Ein einziger fehlender Transistor in einem Funkgerät entscheidet schlechthin über dessen Funktionsfähigkeit.

Obgleich er ausgebaut, in einem anderen Gerät gleicher Bauart weiterverwendet werden kann und auch ersetzbar ist, sind möglicherweise zahlreiche kostspielige Arbeitsstunden notwendig, um die erforderliche Reparatur durchzuführen.

Es sprechen also sowohl wirtschaftliche Gesichtspunkte als auch die in den Motiven erklärten Absichten des Gesetzgebers bei der Schaffung der §§ 93 ff. BGB, in erster Linie den Wert der Sache zu erhalten, dafür, einen Gegenstand dann als untrennbare Einheit zu betrachten, wenn die Summe der Werte der getrennten Teile erheblich geringer ist als der Wert der einheitlichen Sache. Bewußt ausschließlich auf den reinen Sachwert des einen oder des anderen Bestandteils abzustellen, mag zwar dem blanken Wortlaut, nicht aber dem Sinn und Zweck des § 93 BGB gerecht werden. Nur wenn der Wert der Teile nicht erheblich vom Wert der Gesamtsache abweicht, können die Teile als unwesentliche und damit sonderrechtsfähige Bestandteile angesehen werden.

Um es klarzustellen: Es wird nicht bezweifelt, daß die Kriterien der Ersetzbarkeit und Weiterverwendbarkeit erheblich für die Entscheidung der Frage sind, ob ein "wesentlicher" oder "unwesentlicher" Bestandteil vorliegt.

Sind nämlich Teile nicht ersetzbar und weiterverwendbar, so muß grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß ein wesentlicher Bestandteil vorliegt, da zur funktionsgerechten Wiederherstellung der Sache von einem beträchtlichem Arbeitsaufwand auszugehen ist.

Die hier vertretene Ansicht unterscheidet sich von der herrschenden insoweit, als nicht nur darauf abgestellt wird, ob der fragliche Teil ersetzbar und weiterverwendbar ist.

Hinzukommen muß vielmehr der Vergleich zwischen Geld- und Funktionswert der Einzelteile und dem der funktionierenden Gesamtsache. Besteht hier eine große Differenz zugunsten der Gesamtsache, so ist der einzelne getrennte Teil als " wesentlicher Bestandteil " zu qualifizieren. Auf diese Weise wird nicht nur der Wert des Teils als Kriterium herangezogen, sondern auch der Wert, den der Teil gerade in seiner Verbindung mit dem Restapparat besitzt. Auf das " Schicksal " der Gesamtsache wird aber nach wie vor nicht abgestellt.

2. Die Rechtsverhältnisse am wesentlichen Bestandteil einer beweglichen Sache

In diesem Zusammenhang wird auf die Fälle der Verbindung beweglicher Sachen eingegangen. Eine Regelung trifft § 947 BGB. Wie verhält sich diese Norm zu § 93 BGB?

Wird eine bewegliche Sache mit einer anderen beweglichen Sache in der Weise verbunden, daß sie nicht mehr voneinander getrennt werden können, " ohne daß die eine oder die andere Sache zerstört oder in ihrem Wesen verändert wird ", so ist ein gesonder-tes Eigentum oder ein sonstiges dingliches Recht an jeder dieser Sachen gemäß § 93 BGB nicht möglich.

Es fragt sich daher, in wessen Eigentum in einem solchen Fall die Gesamtsache steht.

Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten:

Entweder entsteht Miteigentum der früheren Eigentümer oder einer der ursprünglichen Sacheigentümer wird Alleineigentümer der Gesamtsache.

Das Gesetz hat sich in § 947 BGB für beide Wege entschieden.

- 1-1 - Ist eine der Sachen " Haupt "sache, so erwirbt ihr Eigentümer Alleineigentum an der ganzen Sache (§ 947 II BGB).
- 2-2 - Ist keine der miteinander verbundenen Sachen als Hauptsache anzusehen, so entsteht gemäß § 947 I BGB Miteigentum der bisherigen Sacheigentümer. Die Höhe der Miteigentumsanteile richtet sich dann nach dem Wertverhältnis, das die Sachen zur Zeit der Verbindung hatten ¹⁾.

Aus dieser - dem ersten Anschein nach klaren - gesetzlichen Regelung ergibt sich bei tieferer Betrachtung eine Vielzahl von Zweifelsfragen.

Hat der Hersteller von elektrischen Geräten die Gehäuse dieser Geräte unter Eigentumsvorbehalt bezogen und fällt er nach dem Zusammenbau dieser Apparate in Konkurs, so ergibt sich folgende Interessenlage : Der Lieferant der Gehäuse wird in erster Linie daran interessiert sein, daß sie nicht als wesentliche Bestandteile angesehen werden, da er dann Eigentümer dieser Gegenstände geblieben ist und sie grundsätzlich aussondern kann (§ 43 KO), also gesichert bleibt. Sind durch die Verbindung Gehäuse und Apparat wesentlicher Bestandteil geworden ²⁾, so liegt es im Interesse

-
- 1) Zum Wertverhältnis im einzelnen:
Staudinger-Berg, § 948, Anm. 1; Soergel, § 948, Anm. 2, Baur, S. 453; BGH, NJW 1958, 1534; Westermann, S. 260.
 - 2) In einem ähnlichen gelagerten Fall hat der BGH (BGHZ 20, S. 159 ff.) die Gehäuse elektromedizinischer Apparate als wesentliche Bestandteile qualifiziert, obgleich die Geräte durch Lösen weniger Schrauben aus den Gehäusen ausgebaut werden konnten, ohne daß diese oder der Restapparat dadurch zerstört wurde. Der BGH sah jedoch in der Trennung eine Wesensveränderung der einzelnen Teile.

des Lieferanten, daß wenigstens keine der verbundenen Sachen als Hauptsache im Sinne des § 947 Abs. 2 BGB anzusehen ist, da er dann zumindest Miteigentümer der Gesamtsache geworden ist.

Ist eine Sache Hauptsache, ist das Eigentum an den "Nebensachen" endgültig erloschen. Aber: Was ist Haupt-, was Nebensache?

Nach der herrschenden Meinung ist für die Frage, ob eine Sache "Hauptsache" im Sinne des § 947 Abs. 2 BGB ist, die nach der "Verkehrsauffassung" zu beurteilende allgemeine Bedeutung für das Wesen des Ganzen maßgebend; demgemäß sind Nebensachen diejenigen Bestandteile, die ohne Beeinträchtigung der praktischen Verwendbarkeit der Hauptsache fehlen können ¹⁾.

Nicht entscheidend ist nach der herrschenden Meinung das Wertverhältnis der Teile zueinander.

In der Lehre werden zur Qualifizierung des Begriffs "Hauptsache" verschiedenartige Gesichtspunkte angeführt. Wolff-Raiser ²⁾ argumentieren gegen die herrschende Meinung: Die Verkehrsanschauung müsse nicht notwendig einheitlich sein. Der Verkehr lege einmal Gewicht auf das Wertverhältnis, einmal auf das Verhältnis des räumlichen Umfangs, ein drittes Mal darauf, ob eine und welche Sache den Namen des Ganzen gebe ³⁾.

1) RGZ 152, 99; BGHZ 20, 159 ff.; RG JW 28, 2448; OLG Karlsruhe NJW 51, 447; KG NJW 61, 1026, BGHZ 18, 227; OLG Köln, Betrieb 63, 727; Palandt-Degenhart, § 947, Anm. 2b; Soergel-Mühl § 947, Anm. 4; Wolff-Raiser, § 182 III, 4.

2) Wolff-Raiser, Sachenrecht, § 72 II, 1.

3) Ähnlich verfährt Erman-Hefermehl (§ 947, Anm. 5). Er unterscheidet zwischen Sachen, deren hauptsächlichster Wert in der Benutzbarkeit liegt, und solchen, die der Verkehr überwiegend nach ihrem Wert beurteilt, wie z.B. Schmucksachen. Bei ihnen ist der Wert der Einzelteile bei der Beantwortung der Frage, was Haupt- oder Nebensache sei, maßgebend.

Nach Tobias ¹⁾ ist das einzige Kriterium für die Bestimmung der Begriffe Haupt- und Nebensache, deren Verschiedenheit im Wert; "denn alle Schätzungen finden im Verkehr einen völlig einheitlichen Ausdruck: Sie prägen sich aus dem Wert der Sache " ²⁾.

Die Rechtsprechung tendiert dahin, von dem Begriff der "Hauptsache" überhaupt abzugehen ³⁾. Das hat zur Folge, daß derjenige, dem durch die Verbindung seiner Sache der Verlust des Eigentums droht, mit der Verbindung Miteigentümer der Gesamtsache wird.

Eine solche einengende Auslegung des Begriffs der "Hauptsache" entspricht wohl der ratio legis des § 947 BGB. Grundsatz ist nämlich § 947 Abs. 1 BGB. Die Regelung, wonach nach § 947 Abs. 2 BGB der Eigentümer der Hauptsache das Eigentum an der Gesamtsache erwirbt, muß aus Gerechtigkeitsgründen eine Ausnahme darstellen ⁴⁾ (totale Eigentumsverschiebung; Erwerb kraft Gesetzes). Regel ist demnach, daß in der Verbindung zweier beweglicher Gegenstände Miteigentum der beiden früheren Eigentümer der Teile entsteht (§ 947 I BGB).

Andererseits ist zu erwägen, daß bei der Einengung des Hauptsachebegriffs auf wenige Fälle klare Sachenrechtsverhältnisse wohl kaum geschaffen werden: Sie werden dann nämlich kaum mehr durchschaubar. Besonders die daraus resultierenden Eigentümer-Quotelungen (§ 947 Abs. 1, 1. Hs.) werden Quellen häufiger Streitigkeiten

1) Tobias, Eigentumserwerb durch Verbindung, AcP 94, S. 428; vgl. auch Schulz, AcP 105, 366.

2) Tobias a.a.O.; vgl. Baur S. 454; RGRK, § 948 Anm.4.

3) Westermann, § 52 II, 2; Baur, § 53 a, II, 2; Soergel-Mühl, § 947 Anm. 4.

4) Planck, § 947 Anm. 2b.

sein.

Dazu kommt noch folgende Erwägung:

In einer Zeit ständig wachsender Technisierung setzt sich nahezu jede Sache aus einer mehr oder weniger großen Anzahl einzelner seriengefertigter Stücke zusammen, die jederzeit nach Liste nachbestellt werden können. Ginge man davon aus, daß bei solchen Gegenständen eine mehr oder minder große Anzahl gleichwertiger "Nebensachen" vorhanden ist, wäre der Zahl der Miteigentümer einer solchen Sache keine Grenzen mehr gesetzt. So sind beispielshalber an der Herstellung eines Kraftfahrzeugs eine Vielzahl von Personen beteiligt - die Reifenhersteller, die Hersteller von Uhren, Tachometern, Meßinstrumenten, Polstern, Elektrogeräten wie Lichtmaschinen, Unterbrechern, Zündspulen, Zündkerzen, Scheinwerfern und zahlreichen anderen Gegenständen. Sie alle liefern die Sachen, die dann teils zu wesentlichen, teils zu unwesentlichen Bestandteilen miteinander verbunden werden.

Engt man nun den Begriff der "Hauptsache" zu sehr ein, so gelangt man häufig zu dem Ergebnis, daß an einer Sache zahlreiche Miteigentumsrechte bestehen. Dies aber widerspricht der Vorstellung einer einfachen und durchschaubaren rechtlichen Regelung bei Sachen, die sich aus mehreren Bestandteilen zusammensetzen.

Der Gesetzgeber wollte durch § 947 BGB das Eigentum an einer Gesamtsache einem alleinigen Eigentümer zusprechen, wenn der funktionell wichtigste Teil von ihm zu der verbundenen Sache beigetragen worden ist.

In allen anderen Fällen rechtfertigt eine Verbindung nicht den Eigentumsverlust der früheren Eigentümer der Teile.

Insoweit tritt nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers der Grundsatz der Gestaltung einfacher und klarer sachenrechtlicher Verhältnisse zurück. Der Grundsatz der Sicherheit im Rechtsverkehr gebietet jedoch andererseits den Begriff der Hauptsache so eng zu fassen, daß nur dann von einer "Hauptsache " gesprochen werden kann, wenn eindeutig feststeht, daß ein Teil der Gesamtsache für die wirtschaftliche und funktionelle Verwendbarkeit von ausschlaggebender Bedeutung ist und dies auch im Wertverhältnis seinen Niederschlag findet.

Entgegen der herrschenden Meinung muß dabei dem Wertverhältnis der verbundenen Sachen eine ganz entscheidende Bedeutung zukommen, da der wirtschaftliche Gedanke für den Gesetzgeber ein entscheidender Faktor bei der Schaffung dieser Vorschrift war. Da im Wirtschaftsleben der Wert einer Sache das maßgebliche Kriterium schlechthin ist, muß der Wert auch bei der rechtlichen Beurteilung des Hauptsachebegriffs berücksichtigt werden. Eine Hauptsache im Sinne der §§ 946 ff. BGB ist jedenfalls auch dann vorhanden, wenn diese Sache für das Ganze wertmäßig von erheblicher Bedeutung ist.

3. Der unwesentliche Bestandteil

a) Begriffliche Voraussetzungen

Das Gesetz erwähnt den Begriff des unwesentlichen Bestandteils nicht. Aus dem Wortlaut des § 93 BGB folgt die Rechtsprechung und die überwiegende Literatur, daß es neben dem "wesentlichen" Bestandteil auch einen "unwesentlichen" gibt. Unter diesen Begriff fallen demgemäß alle "Bestandteile", die nicht ~~wesentliche~~ sind ¹⁾, also diejenigen Sachteile, die im Falle einer Trennung weder zerstört noch in ihrem Wesen verändert werden. Das sind z.B. Bild und Rahmen, Stein und Ring, - allerdings nur dann, wenn die betreffenden Teile noch nicht einander angepaßt sind - Zäune und Grenzsteine, die nicht mit dem Grund und Boden fest verbunden sind, Kugelschreiber und Mine, Lampe und Glühbirne.

Die herrschende Meinung sieht, wie oben bereits skizziert, einen Gegenstand als Bestandteil an, wenn er mit einer Sache entweder von Natur aus oder künstlich in der Weise verbunden ist, daß er nach der Verkehrsanschauung aufgehört hat, als selbständige Sache zu existieren und stattdessen mit der anderen Sache eine "Einheit bildet". Geht man von einer solchen Begriffsbestimmung aus, so stellt sich die Frage, ob überhaupt alle "Sachen" im Sinne des § 90 BGB "Bestandteile" haben können. Man könnte hier auch die Auffassung vertreten, daß nur solche Sachen Bestandteile haben können, die sich ihrerseits aus mehreren -ursprünglich selbständigen Einzelsachen- zusammensetzen ²⁾.

1) RGZ 69, 120; 74, 402; BGH, BB 72, 1044; Lehmann-Hübner, § 50 IV; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 6; Enneccerus-Nipperdey, § 125, IV; Erman-Westermann, § 93, Anm. 16; Palandt-Danckelmann, § 93, Anm. 7.

2) Derart einengend etwa Endemann, § 93, Anm. 14, Hölder, § 93, Anm. 4, Spyridakis, a.a.O., S. 92; Wieacker, AcP 148, S. 81.

Dann wäre der Begriff des Bestandteils enger zu verstehen.

aa. Bestandteile "einfacher" Sachen

Betrachtet man einen Stein, eine Münze oder ein Stück Holz, so erscheint es fraglich, ob sich solche einfachen Sachen aus Bestand -"teilen" zusammensetzen, denn sie bestehen aus einer kompakten Substanz.

Die Meinungen in der Literatur darüber, ob Bestandteile an solchen "einfachen" Sachen überhaupt denkbar sind, gehen auseinander ¹⁾.

Dem natürlichen Wortsinn nach sind "Teile" diejenigen Gegenstände, aus denen sich eine Gesamtsache zusammensetzt, wobei der Wert des Ganzen meist höher ist, als der Wert der Summe der Teile.

1) Die Möglichkeit, daß Bestandteile auch an einfachen Sachen bestehen können, bejahen: Staudinger-Coing, § 93, Anm. 2 b; Hölder, § 93, Anm. 2; Palandt-Danckelmann, § 93, Anm. 2; Soergel-Baur, § 93, Anm. 1; Cosack, § 59 I, 1; Planck, § 93, 2b und 3 c; Sohm, Der Gegenstand, S. 19.

Die entgegenstehende Ansicht betrachtet die Abgegrenztheit der Teile als maßgebliches Kriterium für die Bestandteilseigenschaft. So z.B. Endemann, AT, § 52, Anm. 1; Oertmann, § 91, Anm. 1; Lange, S. 208; Enneccerus-Nipperdey, § 125, I.

Leonhard, S. 160, ist der Ansicht, daß Bestandteile nur bei zusammengesetzten Sachen von Bedeutung sind.

Im Gegensatz zum Rechtssinn setzt der natürliche Wort-sinn eine Abgrenzbarkeit der Teile vom Ganzen nicht voraus. Dementsprechend versteht er auch die kleinsten Einheiten, wie die "Elementarteilchen" hierunter ¹⁾.

Für die Rechtsordnung ist eine rein wörtliche Begriffsbestimmung nicht brauchbar. Denn für sie ist der Bestandteil nur insoweit von Bedeutung, als Rechte an ihm bestehen können und er Gegenstand eines schuld- oder sachenrechtlichen Vertrages sein kann (Objektscharakter). Das Objekt eines Rechtsgeschäfts muß grundsätzlich bestimmt, zumindest aber bestimmbar sein.

Das nur gedanklich abgegrenzte Stück einer Sache ist räumlich unbestimmt. Es kann nicht für sich allein wahrgenommen und auch nicht beherrscht werden. Man denke hier etwa an ein Stück einer Kugel oder eines Ringes.

An solchen " einfachen " (= unzerteilten) Sachen gibt es für die Rechtsordnung keine Teile.

Solange keine tatsächliche Teilung stattgefunden hat, ist für das Recht eine Sache vorhanden, die einem einheitlichen rechtlichen Schicksal unterliegt. An einfachen Sachen ist Miteigentum als nur ideelle Teilzuständigkeit möglich.

Es kann jedoch nicht apodiktisch behauptet werden, Bestandteile an einfachen Sachen seien nicht denkbar. Wenn es auch für den Bestandteil eine Wesensvoraussetzung ist, daß er vom restlichen Gegenstand abgrenzbar ist, so brauchen Abgrenzungskriterien bei ein-

1) Teil ist das Stück eines Ganzen, vgl. Der Große Brockhaus, 1957, Bd. 11; Der Neue Herder, Bd. III.

fachen Sachen nicht notwendig zu fehlen. So lassen sich schon sprachlich die " Stoßzähne " eines Elefanten vom restlichen Tierkörper ebenso abgrenzen, wie die " Wolle " vom noch ungeschorenen Schaf.

Ein Tier ist eine " einfache Sache " und bleibt es auch nach der Schlachtung; die Teile des Tierkörpers sind jedoch abgrenzbar und von sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Bedeutung, wie Lenden, Innereien, Fell etc.

In der Tat trifft es zu, daß an einem Stück Butter oder an einem Holzstamm wegen fehlender Abgrenzungskriterien keine Bestandteile denkbar sind ¹⁾. Der Mensch kann sie jedoch schaffen. Kennzeichnet er den " Teil " eines Holzstammes besonders mittels einer Kerbe oder einer Farbe - so ist dieses Stück nunmehr als eigenes Objekt dem Recht zugänglich und kann Gegenstand sachenrechtlicher Verfügungen sein.

bb. Die Bestandteile zusammengesetzter Sachen

Bei den zusammengesetzten Sachen besteht das Hauptproblem in der Frage, ob der betreffende Gegenstand ein einheitliches Ganzes darstellt, das sich aus

1) Enneccerus-Nipperdey, § 125 I, S. 794; Oertmann, a.a.O.; Palandt-Danckelmann, a.a.O.; Spyridakis, a.a.O.

verschiedenen (wesentlichen und unwesentlichen) Bestandteilen zusammensetzt oder ob diese Teile bereits selbständige Sachen, vielleicht bloße Zubehörstücke, darstellen. Ist die Saite einer Geige deren Bestandteil im Rechtssinne? Hier hilft der allgemeine Wort-sinn nicht weiter.

Ein Auto besteht aus zahlreichen Einzelteilen, wie dem Fahrgestell, der Karosserie, Lenkrad, Reifen, Fel-gen, Achsen, Lampen, Schrauben, Polstern, dem Motor, der sich seinerseits aus zahlreichen Einzelteilen zu-sammensetzt. Welche dieser Gegenstände sind nun Be-standteile der ganzen Sache, welche sind Zubehör oder vielleicht sogar vollkommen selbständige Sa-chen geblieben? Die Kataloge der Automobilindustrie unterscheiden - ebenso wie der allgemeine Sprach-gebrauch - nicht zwischen den Begriffen "Bestand-teil " und "Zubehör".

So werden zahlreiche Gegenstände ohne Rücksicht dar-auf, ob sie für die Funktionstüchtigkeit des Fahr-zeugs von Bedeutung sind oder nicht, als "Zubehör" bezeichnet, obgleich es sich tatsächlich um - wenn auch möglicherweise nur unwesentliche - Bestandteile handelt und teilweise sogar um wesentliche : Das leicht auswechselbare Autoradio, die Nebelschein-werfer, die nur lose in das Fahrzeug gelegten Teppiche ebenso wie die Heckscheibenheizung, bei der die Heizdrähte praktisch untrennbar in das Heckfenster eingelassen sind und das Schiebedach, dessen Einbau eine Änderung der Karosserie erfordert. Rechtlich sind die Heckscheibenheizung und das Schiebedach als wesentliche Bestandteile im Sinne des § 93 BGB zu qualifizieren, das andere "Zubehör" als unwesent-liche Bestandteile und nicht als Auto- "zubehör".

aaa. Die "Verkehrsanschauung" als Abgrenzungsmerkmal bei der Beantwortung der Frage, ob ein Gegenstand Teil einer Sache oder selbständige Sache geblieben ist.

Rechtsprechung und Lehre wollen die Frage, ob ein Gegenstand Teil einer einheitlichen Sache ist, anhand der " Verkehrsanschauung " ¹⁾ beantwortet wissen.

Die Verkehrsanschauung äußert sich nach Ansicht des Reichsgerichts ²⁾ in einer einheitlichen Anschauung, die sich hinsichtlich der in Frage stehenden Sache bei allen an dem betreffenden Zweige des Verkehrslebens beteiligten Kreisen herausgebildet hat. Das Reichsgericht hebt dabei besonders hervor ³⁾, daß es bei der rechtlichen Qualifizierung eines Gegenstandes als Bestandteil oder als selbständige Sache nicht auf die Meinung einzelner Interessentenkreise ankomme; vielmehr sei ausschlaggebend die " allgemeine " Verkehrsanschauung allein.

Sei sie - wenn es sie im Einzelfall überhaupt gäbe - nicht klar und zweifelsfrei, so sei auf die Meinung abzustellen, " die sich ein verständiger und unbefangener Betrachter aufgrund natürlicher und den allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechender Anschauungsweise bildet " ⁴⁾.

Der BGH und der überwiegende Teil der Literatur

1) BGH, BB 73, 1044 f.; KG, D. Rechtspfleger 72, 441
BGH, LM § 93, Nr. 2; RGZ 153, 370; RGZ 63, 171;
Erman-Westermann, § 93 Anm. 2; Staudinger-Coing,
§ 93, Anm. 2 e.

2) RGZ 69, 150 ff. RGZ 87, 44; Warn.Rspr. 1931, Nr.159.

3) RG, JW 1932, 1200, Nr. 3.

4) RG, a.a.O.; RGZ 153, 369 ff.

haben sich dieser Ansicht weitgehend angeschlossen ¹⁾. Da oftmals eine Verkehrsanschauung nicht feststellbar ist und auch eine allgemeine Anschauung mangels Bestimmtheit dieses Begriffs nicht auffindbar ist, hat die Rechtsprechung bei der Klärung der Verkehrsanschauung zahlreiche andere Anhaltspunkte herangezogen, ohne dabei jedoch eine einheitliche Linie zu verfolgen :

-
- 1) Vgl. etwa BGH, LM, § 93 Nr. 2; BGH, BB 73, 1045; KG, S. Rechtspfleger 72, 441; BGHZ 18, 226; OLG Stuttgart NJW 52, 145; Erman-Westermann, § 93, Anm. 2; Soergel-Baur, § 93, Anm. 1; RGRK § 93, Anm. 8. Als Bestandteile entweder als wesentliche oder als unwesentliche wurden qualifiziert: Die Waschtische und Aufzüge in einem Gasthof, RG, HRR, 1929 Nr. 1298, RGZ 90, 198; Dampf und Dynamomaschinen in einer Möbelfabrik, RG, JW 1932, 1197; die Tankanlage einer Großgarage, RGZ 1950, 22; der Dieselmotor eines Seeschiffes, RGZ 152, 91; die kunsthistorisch wertvollen Holzvertäfelungen eines Schlosses, RGZ 158, 362; Konservendose und Füllung, LG Braunschweig, MDR 1950, 739; Motor, Räder und Reifen eines Kraftfahrzeugs, BGHZ 18, 229; OLG Jena, JW 1932, 2044; RGZ 157, 244; OLG Stuttgart NJW 1952, 145; OLG Karlsruhe MDR 55, 413, OLG Bamberg 1951, 29; OLG Neustadt DAR, 1953, 130; OLG Köln NJW 65, 110; BGH, BB, 73, 1044; Das Ladegerät eines Schleppers, OLG Hamburg, BB 57, 1246; Kette und Anker eines Schiffes, LG Hamburg, MDR 55, 413;

Die einzelnen Blätter eines kaufmännischen Handelsbuchs, KG D. Rechtspfleger 72, 441; Eine Ölheizungsanlage, die nachträglich an eine bisher mit Koks befeuerte Zentralheizung eingebaut wird, BGH, Betrieb 71, 1304;

Einbauküchen, sofern sie den entsprechenden Gebäudeteilen besonders angepaßt sind, BFH, BB 71, 300; Die Ventilatoren einer Geflügelhalle, LG Oldenburg, RdL 70, 70; Die Ankerketten eines Schiffes. LG Hamburg, MDR 55, 413.

bbb. Der äußere und innere Zusammenhang zwischen
Hauptsache und Teil

Rechtsprechung und Lehre setzen auch bei einem unwesentlichen Bestandteil zunächst voraus, daß er mit der dazugehörigen Sache in einem körperlichen Zusammenhang steht ¹⁾.

Dieser kann sich sowohl in einer festen wie auch in einer losen - d.h. leicht lösbaren - Verbindung äußern, obgleich im letzteren Fall noch besondere Umstände hinzukommen müssen, die für die Bestandteileigenschaft des fraglichen Gegenstands sprechen müssen.

In aller Regel betrachtet die Rechtsprechung die mit einer Sache fest verbundenen Gegenstände als Bestandteile. Eine solche feste Verbindung muß nicht notwendigerweise durch Schrauben, Schweißstellen u.ä. herbeigeführt worden sein, auch die Schwerkraft allein kann unter Umständen eine solche Verbindung bewirken ²⁾.

1) Enneccerus-Nipperdey, AT Bd. I, § 125 I, 1; Engisch, Weltbild, S. 155; Oertmann, § 60, Vorbem. 2b, 2c; Staudinger-Coing, § 90 Vorbem. 8, 9; Lehmann, § 50, S. 379; Leonhard, AT, S. 166, Spyridakis, S. 11; RGZ 50, 241; RGZ 63, 173 f; RG v. 2.5.05, JW 05, S. 387 Nr. 2; RGZ 69, 152; RGZ 158, 369; BGH, LM § 93 Nr. 2; BGHZ 18, 226; BGH, BB 73, 1045.

2) Palandt-Danckelmann, § 93, Anm. 2; Enneccerus-Nipperdey, § 125 I, 1; Das Reichsgericht hat (WarnRspr. 1932, Nr. 114) bei einem ca. 100 t schweren Gasbehälter nur aufgrund dieses Gewichts eine feste Verbindung angenommen.

Sofern die äußere Verbindung nur lose ist, erkennt die Rechtsprechung nur dann das Vorhandensein einer einheitlichen Sache an, wenn besondere Umstände hinzutreten, die zu der Anschauung führen, daß diese Gegenstände trotz ihrer nur losen Verbindung ihre körperliche Selbständigkeit verloren haben ¹⁾.

So sah das KG ²⁾, wie erwähnt, die einzelnen Blätter eines kaufmännischen Handelsbuchs ebenso als Bestandteile einer einheitlichen Sache an wie die Manuskriptseiten eines Romans oder die Loseblattsammlungen eines wissenschaftlichen Werkes, auch wenn diese nicht fest miteinander verbunden seien.

Teils begründet dies die Rechtsprechung damit, daß solche einzelnen Gegenstände erst durch ihre Verbindung ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt würden ³⁾, teils wird eine einheitliche Sache deshalb angenommen, weil die Teilstücke einander besonders angepaßt seien ⁴⁾.

Einen äußeren festen Zusammenhang allein lassen Rechtsprechung und Lehre jedoch in der Regel ebenso nicht ausreichen, da eine solche feste Verbindung in zahlreichen Fällen auch bei Zubehörstücken gegeben sei ⁵⁾.

1) RGZ 83, 67; BGH, LM § 93, Nr. 2; RG, JW 1909, 484; BGHZ 20, 154 ff.

2) KG, D. Rechtspfleger 72, 441 f.

3) KG a.a.O.; BGHZ 18, 226 ff. bzgl. Fahrgestell, Karosserie und Motor eines Kraftfahrzeugs, RG, JW 34, 1849.

4) BGH, LM § 93, Nr. 2; RG, JW 1911, 532; 1934, 1849.

5) So entspricht es der ständigen Rechtsprechung, Fabrikationsanlagen einer Fabrik, die mit dem Fabrikgelände verbunden sind, als Zubehör zu behandeln (RG, JW, 1909, S. 159; RGZ 87, 48, wo das RG die Transformatorenanlagen und Leitungsmasten von Energieversorgungsanlagen als Zubehör des Grundstücks ansieht; ferner BGH v. 23.10.68; MDR 69, 136, wo die Zubehöreigenschaft eines Ofenwagens einer Ziegelei auch vor deren vollständiger Fertigstellung bejaht wird).

Die Verkehrsanschauung erkennt nur dann eine einheitliche Sache an, wenn die betreffenden Gegenstände auch in einer "inneren Beziehung" zueinander stehen. Ob eine solche "innere Beziehung" vorhanden ist, ist aber nicht immer eindeutig zu entscheiden :

Bei einem Segelboot finden wir eine erhebliche Anzahl mehr oder weniger betriebswichtiger Teile:

Den Rumpf, der bei einer Holzkonstruktion von Spannen zusammengehalten wird, den Mast, den Kiel, das Ruder, die Segel, die dazu gehörigen Seile und Winden, manchmal auch noch einen Hilfsmotor. Welche Teile sind nach der " Verkehrsanschauung" Bestandteile, welche Zubehör oder selbständige Sachen ? Wer sind die an dem betreffenden Zweig des Verkehrslebens " beteiligten Kreise" ? Haben sich, ja können sich überhaupt einheitliche Anschauungen herausgebildet haben ? ¹⁾

Beteiligte Kreise sind bei den üblichen Objekten des täglichen Lebens im wesentlichen Hersteller, Großhändler, Einzelhändler und Endverbraucher. Während für den "Konsumenten" ein Schiffsrumpf allein einen wertlosen Torso darstellt, bildet er für den Fabrikanten erst die Grundlage seiner Produktion und ist dann für sich als " Halbfertigware " allein schon von erheblichem wirtschaftlichem Wert.

1) RGZ 69, 150.

Welcher der beteiligten Kreise ist nun für die Verkehrsanschauung oder für die natürliche Anschauung des unbefangenen Betrachters maßgebend ?

Weder Rechtsprechung noch Lehre legen sich hier eindeutig fest ¹⁾. Das RG hebt lediglich hervor, daß nicht auf die Meinung einzelner Interessengruppen - wie der Maschinenfabrikanten - abgestellt werden dürfe ²⁾. Eine andere Ansicht will die Meinung des "Konsumenten" maßgebend sein lassen ³⁾. Hiernach sei maßgebend, in welcher Zusammensetzung er die Sache erhalte.

Im übrigen ist zu bedenken, daß die wirtschaftliche allgemeine Verkehrsanschauung nicht jedem Fall gerecht wird. Häufig bestehen Sinn und Wert einer Sachverbindung nicht im wirtschaftlichen Bereich. So sind auch kunsthistorische Gesichtspunkte denkbar ⁴⁾. Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß auf seiten der Konsumenten eine Verkehrsanschauung häufig nicht feststellbar ist.

1) Lehmann AT § 5 I, S. 379; RGZ 158, 370; KG D. Rechtspfleger 72, 441, wo ebenfalls nur allgemein von der Betrachtungsweise eines unvoreingenommenen Beurteilers ausgegangen wird.

2) RG, JW 32, 1200, Nr. 3, das RG legte sich hier bei der Frage, ob Kühl- und Gefrieranlagen in einem modernen Hotel überhaupt Bestandteile darstellen, nicht fest und entschied nur insoweit, als es die Eigenschaft wesentlicher Bestandteile ablehnte.

3) Tobias, Eigentumserwerb durch Verbindung, AcP 94, 378.

4) RGZ 158, 363 (372, 373), wo das RG bei künstlerisch wertvollen Wandvertäfelungen eines Schlosses auch auf ästhetische und kunsthistorische Gesichtspunkte abstellt und so zu einer einheitlichen Sache gelangt.

Erwartet der Konsument, wenn er sich eine Stehlampe kauft, daß sich eine Birne darin befindet? Eine einheitliche Auffassung dürfte hier nicht auffindbar sein. Bei Autos, die im Ausland hergestellt wurden, sind oftmals Gegenstände, wie heizbare Heckscheiben oder Rückfahrscheinwerfer, im Preis mitinbegriffen, bei deutschen, gleich teureren Fabrikaten, oft nicht. Erwartet der Konsument, wenn er ein Feuerzeug erwirbt, daß auch ein Feuerstein sich darin befindet? Ist eine Telefonanlage Bestandteil einer Wohnung oder eines Geschäfts? Die Rechtsprechung sieht weder in der Telefonanlage eines Wohnhauses noch in der Fernsprechnebenanlage eines Fabrikgrundstücks Bestandteile¹⁾; selbst die Zubehöreigenschaft wird mit dem Hinweis auf die entgegenstehende Verkehrsanschauung verneint²⁾. Bei Betrieben, die meist mit derartigen Anlagen ausgestattet sind, sie oft zu Eigentum erworben haben, ist es eigentlich nur schwer einzusehen, daß die Telefonanlage kein Bestandteil sein soll. Daraus folgt, daß der Begriff der Verkehrsanschauung kein zuverlässiges Abgrenzungskriterium ist. Dieselben Probleme ergeben sich auch, wenn man die "natürliche Anschauung" darüber entscheiden läßt, ob ein Bestandteil vorliegt oder nicht³⁾.

1) LG Mannheim, JW 37, 330; OLG Köln v. 13.5.60, NJW 61, 461.

2) Das OLG Köln führt zur Begründung ferner an, daß die Errichtung derartiger Anlagen auch nicht den einschlägigen Verdingungsordnungen für das Baugewerbe unterstellt ist und weist weiter darauf hin, daß auch bilanzmäßig und steuerlich solche Anlagen nicht als Grundstückszubehör, sondern als selbständige Gegenstände des Anlagevermögens behandelt werden.

3) Enneccerus-Nipperdey, BGB, AT BD.I, / 125, Anm. 6, S. 795; Staudinger-Coing, § 93, Anm. 2b; Planck-Strecker, § 93, 2 d.

Enneccerus-Nipperdey wollen, sofern eine übereinstimmende Verkehrsanschauung nicht ersichtlich sei, auf die Art und Dauer der Verbindung, auf die Anpassung der Teile aufeinander sowie auf den wirtschaftlichen Zusammenhang abstellen ¹⁾.

b. Stellungnahme zur Begriffsbestimmung des unwesentlichen Bestandteils

Wie der Wortsinn des Begriffs Bestandteil bereits besagt, handelt es sich dabei um einen Teil, der für den " Bestand " der Gesamtsache von Bedeutung ist. Unter dem Begriff " Bestand " versteht der allgemeine Sprachgebrauch eine auf Dauer angelegte Einheit ²⁾. Diese Definition erscheint zwar im Hinblick auf den Wortlaut des § 93 BGB problematisch, ein tatsächlicher Widerspruch besteht hier aber nicht. § 93 BGB geht nämlich nur von den wesentlichen Bestandteilen aus, die unwesentlichen Bestandteile erwähnt er nicht. Die unwesentlichen Teile einer Sache, die sich also ohne Zerstörung oder Wesensveränderung ihrer selbst oder der Hauptsache von der Gesamtsache abtrennen lassen, können für den " Bestand " der Hauptsache sehr wohl von Bedeutung sein. Als Beispiel ließe sich hier ein Auto ohne Motor oder ohne Räder anführen. § 93 BGB legt also, wenn er auch grundsätzlich auf das Schicksal der Teile und nicht auf das der Gesamtsache abstellt, nicht fest, wann ein Bestandteil schlechthin vorliegt, sondern er bestimmt lediglich die Kriterien des wesentlichen Bestandteils.

1) Enneccerus-Nipperdey, a.a.O.

2) Der Große Duden, Vergleichendes Synonymwörterbuch, Bd. 8.

In der Regel haben die Teile einer Sache dasselbe rechtliche Schicksal wie die Gesamtsache.

Bei den wesentlichen Bestandteilen ist dies in § 93 BGB zwingend festgesetzt. Der Grund hierfür ist - wie wir gesehen haben - daß die ganze einheitliche Sache zumeist einen höheren Wert besitzt als die Summe der einzelnen Teile, so daß die Erhaltung der Einheit auch im allgemein wirtschaftlichen Interesse liegt. Der Wert einer Sache beruht auf ihrer Funktionsfähigkeit. Kann sie ihrer bestimmungsgemäßen Funktion nicht mehr dienen, so ist sie unvollständig. So kann ein Fahrrad ohne Pedale nicht mehr zu derjenigen Art der Fortbewegung dienen, die mit der Konstruktion des Fahrzeugs bezweckt war.

Bestandteile einer Sache sind demgemäß alle die Gegenstände, die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Sache sind. Nur wenn diese Teile auch vorhanden sind, ist die Sache vollständig und kann ihrem bestimmungsgemäßen Zweck entsprechend genutzt werden. Unter diesen Bestandteilsbegriff fallen dann sowohl die wesentlichen als auch die unwesentlichen Bestandteile.

Daher widerspricht das Abstellen auf die Funktionsfähigkeit des Ganzen auch nicht dem in § 93 BGB genannten Grundsatz, daß es bei der Frage, ob ein wesentlicher Bestandteil vorliegt, darauf ankommt, welches Schicksal die Teile (und nicht das Ganze) im Falle einer Trennung erleiden; denn ob überhaupt eine einheitliche Sache vorliegt, die sich sowohl aus wesentlichen als auch aus unwesentlichen Teilen zusammensetzt, kann nur anhand der ganzen Sache entschieden werden.

Nur im Hinblick auf die Frage, wann ein Bestandteil wesentlich im Sinne des § 93 BGB ist, knüpft der Gesetzgeber an die wirtschaftliche Bedeutung der Teile an und erklärt diejenigen Teile für wesentlich, "die von einander nicht getrennt werden können, ohne daß der eine oder der andere zerstört oder in seinem Wesen verändert wird".

Die Funktion einer Sache kann sich in vielerlei Hinsicht äußern und muß nicht wie meist angenommen wird, auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Auch eine künstlerische oder rein ideelle Zweckbestimmung könnte in Betracht kommen. Dies wird von der Rechtsprechung insoweit anerkannt, als beispielsweise die wertvollen Wandvertäfelungen eines Schlosses unter anderem auch aus kunsthistorischen und ästhetischen Gesichtspunkten als Bestandteile angesehen werden ¹⁾. Auch das aus einzelnen Blättern bestehende Tagebuch ist als eine Einheit anzuerkennen, dessen Bestandteile die einzelnen Seiten sind.

Durch eine solche mit der Funktion der Gesamtsache zusammenhängende Qualifizierung des Bestandteils wird der Begriff des Bestandteils erweitert. Eine solche Erweiterung ist wünschenswert, weil die Rechtsprechung verschiedentlich versucht, den Begriff des Bestandteils immer mehr einzuengen, um so zu der unbeschränkten Sonderrechtsfähigkeit der fraglichen Gegenstände zu gelangen. Geht die Rechtsprechung grundsätzlich davon aus, daß die Maschinen einer Fabrik lediglich Zubehör sind,

1) RGZ 158, 363.

einerlei ob sie fest mit dem Gebäude verbunden sind oder nicht, so stellt sich die Frage nicht mehr, ob durch eine Trennung Maschine oder Gebäude zerstört oder im Wesen verändert werden. Eine derartige Wertverminderung findet dann also keine Berücksichtigung. Eine solche Zerstörung oder Wesensveränderung aber wollte der Gesetzgeber mit der Schaffung des § 93 BGB gerade erschweren.

Eine einengende Interpretation des Bestandteilsbegriffs widerspricht auch dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers : Wenn ein Bestandteil Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Ganzen ist, so kann es sich bei ihm nicht um "Zubehör" handeln, denn das Zubehörstück ist nach § 93 BGB lediglich dazu bestimmt, der Hauptsache zu "dienen" ¹⁾.

Nach der herrschenden Meinung muß ferner hinzukommen, daß der Bestandteil in einem räumlichen Näheverhältnis zur Hauptsache steht. Eine feste Verbindung ist nicht notwendig, wenn auch bei einer nur losen Verbindung die Vermutung dafür spricht, daß es sich dabei nicht um eine einheitliche, sondern um mehrere selbständige Sachen handelt: Eine einheitliche Sache hat die Rechtsprechung bei den einzelnen, nicht fest verbundenen Blättern eines Handelsbuchs ebenso wie bei den einzelnen Seiten eines Manuskripts angenommen ²⁾.

Kommt man zu dem Ergebnis, daß es sich bei einem Gegenstand um einen Bestandteil handelt, so muß weiter geklärt werden, ob dieser "wesentlich" oder "unwesentlich" ist.

1) H.M.: Erman-Westermann, § 97, Anm. 1; Staudinger-Coing, § 97, Anm. 3; RGZ 69, 120.

2) KG, D. Rechtspfleger, 72, 441.

Nachdem in § 93 BGB der wesentliche Bestandteil legaldefiniert ist, kann gesagt werden, daß jeder Bestandteil, der nicht wesentlich im Sinne des § 93 BGB ist, unwesentlicher und damit sonderrechtsfähiger Bestandteil ist.

Ursprünglich war das aus dem Umkehrschluß hergeleitete Institut des unwesentlichen Bestandteils in einem Teil der Literatur heftig umstritten. Teilweise wurde die Ansicht vertreten, der Umkehrschluß aus § 93 BGB sei unzulässig oder unnötig.

Endemann ¹⁾ führt bereits aus : "Denn über der Unterscheidung, ob ein Bestandteil wesentlich sei oder nicht, geht die Hauptsache, der Bestandteilsbegriff selbst regelmäßig verloren". Endemann geht davon aus, daß es von den Ausnahmen der §§ 95, 890 Abs. 2 BGB abgesehen, keine natürlichen oder organisch mit einem Sachganzen körperlich und zu einer wirtschaftlichen Einheit verbundene Bestandteile geben kann, die einer abgesonderten Sachherrschaft und damit eines dinglichen Sonderrechts fähig sind. Endemann erachtet es für richtiger, den Begriff des Bestandteils enger zu fassen und dementsprechend die von der herrschenden Meinung als unwesentliche Bestandteile bezeichneten Gegenstände als rechtlich selbständige Sachen zu behandeln.

Im Ergebnis stimmt Wieacker ²⁾ mit der Ansicht Endemanns überein. Auch er sieht in jedem Bestandteil einen wesentlichen Bestandteil, so daß die Bezeichnung "wesentlich" hinfällig wird ³⁾. In der neueren Literatur leugnet hauptsächlich Spyridakis ⁴⁾ die rechtliche

1) Endemann, BGB, AT § 52, 2 Fn. 14.

2) Wieacker, a.a.O., AcP 148, S. 81.

3) Vgl. ferner Sohm, Der Gegenstand, 18, Anm. 10; Hölder, § 93, An. 4.

4) Spyridakis, a.a.O., S. 92.

Existenzberechtigung des "unwesentlichen Bestandteils". Er will die unwesentlichen Bestandteile den Regeln über das Zubehör unterwerfen.

Keiner dieser Ansichten kann gefolgt werden. Mag auch die terminologische Unterscheidung zwischen "wesentlichem" und "unwesentlichem" Bestandteil sprachlich ungeschickt ¹⁾ sein, so stellt gleichwohl das Rechtsinstitut des unwesentlichen Bestandteils eine sowohl rechtliche als auch wirtschaftliche Notwendigkeit dar :

In aller Regel müssen Sacheinheiten, die sich aus mehreren Teilen zusammensetzen, ein einheitliches rechtliches Schicksal erleiden. Insoweit ist der Grundsatz der Privatautonomie aus ökonomischen Gründen einzuschränken; über den fraglichen Gegenstand, den Teil, kann nicht verfügt werden, er kann insbesondere nicht gesondert ge- oder verpfändet werden. Ein solches gemeinsames Rechtsschicksal ist indessen nicht bei jeder Sachverbindung angebracht. Wird ein Gegenstand unter Eigentumsvorbehalt geliefert, und sodann nach § 946 BGB in der Weise mit einem Grundstück verbunden, daß er dessen Bestandteil wird, so verliert der bisherige Eigentümer sein Eigentum ohne jeden rechtlichen Grund. Der Gesetzgeber hat einen solchen Rechtsverlust nur für den Fall gebilligt, daß durch Trennung der Teile voneinander ein erheblicher wirtschaftlicher Wertverlust eintritt.

1) Vgl. hierzu auch Lehmann-Hübner, § 50 VII, der betreffend darauf hinweist, daß die Vorschrift des § 93 BGB einfacher und einleuchtender folgendermaßen geklungen hätte: "Sachteile sind sonderrechtsunfähig, wenn der eine oder der andere Sachteil im Falle einer Trennung erheblich entwertet würde".

Es läßt sich aber nicht leugnen, daß dieser Wertverlust nicht bei allen zusammengesetzten Sachen eintritt, bei denen ein Teil von der Gesamtsache abgetrennt wird. So bleiben Rahmen und Bild Gegenstände, die auch im Falle einer Trennung ihren Wert behalten. Ähnlich verhält es sich bei der auf einem Paar Ski festmontierten Bindung oder bei den Lautsprecherboxen einer Stereoanlage. Bindung und Ski wie auch Stereoanlage und Lautsprecherboxen können jeweils separat verwendet werden.

Diese Gegenstände behalten ihren Marktwert, einerlei ob sie nun im Zusammenhang oder einzeln gehandelt werden.

Ist mit einer eventuellen Trennung kein Wertverlust verbunden, so erscheint es gerechtfertigt, Sonderrechte an solchen Bestandteilen für zulässig zu halten:

Leugnete man die Existenzberechtigung des Begriffs des unwesentlichen Bestandteils, so wären die Teile einer einheitlichen Sache immer wesentliche Bestandteile im Sinne des § 93 BGB. Die Einordnung der fraglichen Gegenstände als "Zubehörstücke" scheidet aus, da das Zubehör eine rechtlich selbständige Sache darstellt, die lediglich der Hauptsache zu dienen bestimmt ist.

Die Subsumierung derartiger Gegenstände unter den Zubehörbegriff würde bedeuten, daß man den Begriff der einheitlichen Sache in einer Weise einschränkt, die nicht mehr dem allgemeinen Sprachgebrauch entspricht.

Demzufolge werden die einzelnen Teile eines Kraftfahrzeugs als einfache Bestandteile angesehen. Wie erörtert, lassen sich diese Gegenstände wegen ihrer funktionellen Bedeutung nicht als Zubehör einordnen, denn sie dienen nicht der Restsache (dem restlichen Fahrzeug), sondern sie ermöglichen erst seinen Gebrauch.

Die Rechtsprechung neigt zwar zuweilen dazu -insbesondere um eine wirksame Vereinbarung eines Eigentumsvorbehalts zuzulassen- den Begriff des wesentlichen Bestandteils einzuengen ¹⁾ ; trotz entgegengesetzender wirtschaftlicher und rechtlicher Gesichtspunkte gelangt sie so in zahlreichen Fällen zur Annahme eines unwesentlichen Bestandteils :

So sieht die ständige Rechtsprechung den Motor eines Kraftfahrzeugs grundsätzlich als unwesentlichen Bestandteil an ²⁾ , obgleich hierbei die verbleibenden Teile -insbesondere wenn es sich um ein gebrauchtes Fahrzeug handelt- einen so erheblichen Wertverlust erleiden, daß von einer teilweisen Zerstörung gesprochen werden kann.

Solche Ergebnisse lassen sich jedoch vermeiden, wenn man den Wert der Verbindung als solchen berücksichtigt ³⁾ .

-
- 1) Serienmäßig hergestellte und katalogmäßig gehandelte Meßgeräte , die in Hochfrequenzgeräte eingebaut sind, sind nur einfache Bestandteile dieser Geräte. BGHZ 20, 154; Gehäuse von Hochfrequenzgeräten sind indes unwesentliche Bestandteile dieser Geräte. BGH, NJW 56, 788.
 - 2) BGH BB 73, 1044; OLG Stuttgart NJW 52, 145, LG Braunschweig, JW 34, 1258; LG Wiesbaden, MDR 51, 166; OLG Karlsruhe MDR 55, 413; OLG Köln NJW 65, 110 f.
 - 3) Siehe oben S. 55 ff.

Allein in jener erweiterten Auslegung des Begriffs des sonderrechtsunfähigen wesentlichen Bestandteils lassen sich wirtschaftlich vertretbare Ergebnisse finden. Für den unwesentlichen Bestandteil bleibt dann nur mehr dort Raum, wo es sich um Sacheinheiten handelt, die tatsächlich keines Schutzes bedürfen und die nicht Zubehör sind.

Als Beispiel lassen sich hier Bild und Rahmen anführen, die nicht speziell aufeinander gearbeitet sind.

c. Die Rechtsverhältnisse am unwesentlichen Bestandteil

Der unwesentliche Bestandteil ist - wie ausgeführt - sonderrechtsfähig ¹⁾. So bleibt der unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Rahmen für ein Bild auch dann im Eigentum des Lieferanten, wenn das Bild eingespannt wird.

Auch die Zwangsvollstreckung in unwesentliche Bestandteile wird, zumindest bei beweglichen Sachen, unbeschränkt für zulässig erachtet ²⁾.

Ob diese Regelung den tatsächlichen Gegebenheiten gerecht wird, bleibt fraglich :

Durch die Serienfertigung der modernen Industrie sind immer mehr Teile genormt und damit sowohl leicht ersetzbar als auch für sich weiterverwendbar ³⁾.

1) BayObLG 62, 437.

2) RGZ 144, 236; Lehmann-Hübner, § 50 VI, 2c; Erman-Baur, § 93, Anm. 16.

3) Rother, Grundsatzkommentar zum BGB, AT, § 93.

Die Folge davon ist : Ein Auto besteht fast nur aus unwesentlichen Bestandteilen ¹⁾. Auch wenn in den entsprechenden Entscheidungen anklingt, daß Fahrgestell und Karosserie wesentliche Bestandteile darstellen, erscheint es fraglich, ob hier nicht der Begriff des wesentlichen Bestandteils zu sehr eingeschränkt wird.

Nach herrschender Ansicht bleibt es nämlich möglich, daß der Eigentümer einzelne Teile eines Autos nach und nach so abtrennt, daß schließlich ein " Torso "-ohne Reifen, Räder, Lenkrad, Getriebe, Achsen, Federn-zurückbleibt, der aus Fahrwerk und Karosserie besteht. Daß dieser verbleibende Rest nahezu keinen wirtschaftlichen Wert mehr besitzt, ist klar.

Bei unbeweglichen Sachen schützt der Gesetzgeber in gewissem Umfang auch das Zubehör (vgl. §§ 1134, 1135 BGB, 865 ZPO, 55, 2o II, 9o II ZVG).

1) LG Braunschweig JW 34, 1258 mit Anm. v. Müller; LG Wiesbaden, MDR 51, 166; OLG Stuttgart NJW 52, 145; OLG Karlsruhe, MDR 55, 413; OLG Köln NJW 65, 110; BGH 18, 226; BGH, BB, 73, 1045.

Vergleichbare Vorschriften, die die rechtliche Behandlung des unwesentlichen Bestandteils betreffen, existieren jedoch nicht. Die überwiegende Meinung behandelt sie ähnlich dem Zubehör ¹⁾: Zwar können die unwesentlichen Bestandteile Gegenstand besonderer Rechte sein, sie teilen jedoch in der Regel als Sachteile das rechtliche Schicksal der ganzen Sache ²⁾. So verpflichtet im Zweifel der Verkauf eines "Autos" auch zur Übereignung des Motors und der Räder. Eine Verfügung über die Gesamtsache erfaßt auch die Bestandteile. Folgt man andererseits streng der Ansicht, die einfachen Bestandteile seien unbegrenzt sonderrechtsfähig, ergibt sich der Schluß, die Begründung von Sonderrechten während der Verbindung für zulässig zu erachten. Demnach muß es möglich sein, die oben genannten Teile eines Autos gesondert zu pfänden, zu verpfänden oder zur Sicherheit zu übereignen.

1) Spyridakis, a.a.O., S. 92;
Oertmann, § 93, Anm. 4; Oberwinter,
a.a.O., S. 264.

2) Lehmann-Hübner, § 50 VI, 2 b; RGZ 69,
120; 74, 402.

Dieser Auffassung ist jedoch die Rechtsprechung und Lehre mit Recht nicht in vollem Umfang gefolgt :

Das Reichsgericht ¹⁾ hat die Drittwiderspruchsklage eines Eigentümers verschiedener unwesentlicher Bestandteile gegen die Zwangsvollstreckung in Kraftfahrzeuge für unbegründet erachtet. Ebenso ist es rechtlich nicht möglich, die Zwangsvollstreckung in unwesentliche Bestandteile eines Grundstücks zu betreiben. Hier kann die Zwangsvollstreckung nur in die gesamte Sache erfolgen ²⁾, was sich aus § 864 Abs. 1 ZPO und § 93 BGB ergibt.

Nach Ansicht des Reichsgerichts ³⁾ nimmt eine bewegliche Sache, die unwesentlicher Bestandteil des Grundstücks ist, für die Dauer der Verbindung den "Charakter" einer unbeweglichen Sache an. Im Ergebnis ist der Ansicht des Reichsgerichts sicher zuzustimmen, dogmatisch ist die Analogie zum Immobilienrecht jedoch nicht ohne Schwierigkeiten zu begründen.

1) RGZ 144, 236 ff.

2) RGRK, § 93, Anm. 48; Oertmann, § 93, Anm. 3; Lehmann-Hübner, § 50, VI, 2 c.

3) RGZ 158, 369; a.A. LG Berlin, JW 1932, 1985, das die Zulässigkeit der Mobiliarzwangsvollstreckung bejaht.

4. Die rechtliche Behandlung der Sachgesamtheit in der Bestandteilslehre

a. Problemstellung

Sachgesamtheiten sind dadurch gekennzeichnet, daß eine Mehrzahl von Gegenständen in einem räumlichen Zusammenhang und einer "inneren" Beziehung stehen. Hierunter fallen also z.B. eine Bibliothek, ein Warenlager, eine Arztpraxis oder auch eine Herde Vieh.

In der Regel setzt sich der Wert dieser Sachgesamtheit aus der Summe der Werte der einzelnen Gegenstände zusammen. Die herrschende Meinung erkennt daher die Sachgesamtheit nicht als schutzbedürftig an und behandelt -grundsätzlich richtig - die einzelnen Gegenstände als vollkommen selbständige Sachen ¹⁾. Dem Grundsatz ist jedoch nur insoweit zu folgen, als es sich um Gegenstände handelt, die in keiner besonderen inneren Beziehung zueinander stehen, also wo jede Sache ohne Rücksicht auf die andere eigenes Wirtschaftsgut ist.

Unter den weiten Begriff der Sachgesamtheit fallen aber auch Gegenstände, die erst im Zusammenhang ihren besonderen Wert entfalten; man denke etwa an ein

1) Herrschende Ansicht :

BGHZ 28, 16 bzgl. der einzelnen Gegenstände eines Warenlagers; Soergel-Baur, § 90, Vorbem. 6 - 8; RGZ 53, 219; 74, 146; Oertmann, AcP, 136, 88; Palandt-Danckelmann, § 90, Vorbem. 3e; Lehmann-Hübner, § 49 I, 2b; teilweise a.A. Wieacker, Sachbegriff, Sacheinheit und Sachzuordnung, AcP 148, 57 ff.

wertvolles Kaffeeservice oder einen Satz Briefmarken, deren Trennung voneinander eine erhebliche Wertminderung der Einzelgegenstände zur Folge hat. Die Frage ist also :

Unter welchen Umständen soll das Recht bei einer Mehrzahl von räumlich verbundenen Gegenständen eine einheitliche Sache annehmen?

Die negative Abgrenzung fällt leicht. Eine Herde von Tieren, ein Satz von Reifen besteht aus selbständigen Sachen. Wie aber ist es bei einem Band des Großen Brockhaus, bei einem von zwei Schlittschuhen? Sind diese Gegenstände noch selbständige Objekte des Rechtsverkehrs? Sind die einzelnen Buchbände "Bestandteile", so müßte man fragen, ob sie wesentlich sind; oder behalten sie ihre rechtliche Selbständigkeit, so daß nur der einzelne Band Objekt sachenrechtlicher Beziehungen sein kann ?

b. Begriffliche Voraussetzungen der Sachgesamtheit

Nach der herrschenden Meinung soll die Sachgesamtheit dadurch charakterisiert sein, daß eine Mehrheit einzelner, selbständiger Sachen durch eine gemeinsame wirtschaftliche Zweckbestimmung räumlich zusammenhalten und im Verkehr mit einem einheitlichen Namen benannt werden ¹⁾.

1) Oertmann, Zum Rechtsproblem der Sachgesamtheit, AcP 136, 88 ff.; Staudinger-Coing, § 90 Vorbem. 12; Enneccerus-Nipperdey, a.a.O.; RG Warn.Rspr. 1918, Nr. 154; 1936 Nr. 137; BGB LM Nr. 2 zu § 93; Palandt-Danckelmann, § 90, Vorbem. 3 e.

Auch sog. "Komplementärsachen" fallen nach herrschender Ansicht unter den Begriff der "Sachgesamtheit". Komplementärsachen sind Sachen, bei denen die Einheit den wesentlichen wirtschaftlichen Wert ausmacht, die einzelnen Sachen aber trotzdem nicht ganz wertlos sind ¹⁾: Ein Paar Handschuhe, wohl auch das Paar Skier, Schlittschuhe oder Rollschuhe.

c. Die rechtliche Behandlung der Sachgesamtheit

Das Recht betrachtet die einzelnen Gegenstände einer Sachgesamtheit - wie bereits erwähnt - als selbständige Einzelsachen ²⁾. Nur in einzelnen Beziehungen wird die Sachgesamtheit als Einheit behandelt. So können Sachgesamtheiten Gegenstand eines schuldrechtlichen Vertrags sein ³⁾.

Nach allgemeiner Meinung sind jedoch dingliche Rechte nur an jeder einzelnen Sache der Sachgesamtheit begründbar oder können verändert oder übertragen werden.

-
- 1) Enneccerus-Nipperdey, a.a.O.; Staudinger-Coing, § 90, Vorbem. 11.
 - 2) Lehmann-Hübner, § 49 I, 2b; Palandt-Danckelmann, § 90, Vorbem. 3e; RGZ 53, 219; 74, 146; ferner Wieacker, Sachbegriff, Sacheinheit und Sachzuordnung, AcP 148, S. 57 ff.
 - 3) Allgemeine Ansicht, für alle Lehmann-Hübner a.a.O.; RG, Warn. Rspr. 1918, Nr. 154.

Demgemäß ist Besitz und Eigentum nur an den einzelnen Gegenständen, nicht aber an der Sachgesamtheit möglich ¹⁾.

Wird die Sachgesamtheit im deutschen Recht nicht als eine "Sache" im Sinne des § 93 BGB anerkannt, so sind auch Bestandteile an ihr nicht denkbar. Begründet wird diese Folgerung mit dem fragwürdigen Argument, der Sachgesamtheit fehle die gemäß § 90 BGB für eine Sache erforderliche Körperlichkeit ²⁾. Die Sachgesamtheit -so heißt es- bestehe aus einzelnen Sachen, die lediglich durch ihre gemeinsame wirtschaftliche Bestimmung zusammengehalten würden. Die wirtschaftliche gemeinsame Zweckbestimmung begründet keinen einheitlichen körperlichen Gegenstand. Vielmehr bestehe eine Sachgesamtheit gerade aus mehreren einzelnen Sachen.

d. Stellungnahme zur Problematik der Sachgesamtheit

Die rechtliche Behandlung der unter den weiten Begriff der "Sachgesamtheit" fallenden Gegenstände als Einzel-

1) Als Ausnahmeregelung hierzu besteht das Pachtkreditgesetz v. 5.8.51, das eine besondere Pfandbestellung am Inventar eines landwirtschaftlichen Betriebs zuläßt, um dem Pächter die Kreditbeschaffung zu erleichtern.

In dem obengenannten Punkt unterscheidet sich das deutsche Recht grundlegend vom österreichischen, wo der § 302 ABGB bestimmt :

" Ein Inbegriff von mehreren besonderen Sachen, die als eine Sache mit einem gemeinschaftlichen Namen bezeichnet zu werden pflegen, macht eine Gesamtsache aus und wird als ein Ganzes betrachtet ".

Demnach werden Sachgesamtheiten, wie Herden, Warenlager, Gutsinventar als einheitliches Ganzes behandelt. Verfügungen darüber sind also möglich. Dies gilt allerdings nicht für das Vermögen. Vgl. hierzu Klang-Bartsch, § 302 I, 5b und II, 3.

sachen entspricht nicht in vollem Umfang den tatsächlichen Gegebenheiten ¹⁾: Zunächst bedarf es allerdings einer Unterscheidung zwischen den einzelnen Arten des "äußeren" und des "inneren" Zusammenhangs der einzelnen Gegenstände.

Bei der Schaffung der Bestandteilslehre ging der Gesetzgeber -wie oben erwähnt- davon aus, daß wirtschaftliche Werte erheblichen Ausmaßes vor einer ungerechtfertigten Zerstörung durch Trennung oder sonstige Zersplitterung geschützt werden müßten ²⁾; demgemäß erklärt § 93 BGB auch die wesentlichen Bestandteile für sonderrechtsunfähig. Über diese Gegenstände kann also weder gesondert verfügt werden, noch sind sie für sich allein pfändbar. Will man der Absicht des Gesetzgebers und dem Sinn und Zweck des Gesetzes gerecht werden, so muß man auch die Sachgesamtheiten in den Anwendungs- und Schutzbereich des § 93 BGB miteinbeziehen. Die Regelung des § 93 BGB beruht im Kern auf wirtschaftlichen Erwägungen und nicht auf Grundsätzen der Rechtslogik ³⁾. Eine Zerstörung solcher wirtschaftlicher Werte ist aber auch bei den Einheiten denkbar, die unter den Begriff der Sachgesamtheit fallen.

2) So zu Recht die herrschende Ansicht, vgl. Oertmann, Zum Rechtsproblem der Sachgesamtheit, AcP 136, 8 ff; Lehmann-Hübner, § 49 I, 1b; Staudinger-Coing, § 90, Vorbem. 12; Enneccerus-Nipperdey, § 121 III, 1, S. 769; a.A. Wieacker, a.a.O., der die Anerkennung der Sachgesamtheit als einheitliche Sache unter dem Hinweis auf die wirtschaftliche und kulturelle Funktion von ihr fordert.

1) Wieacker, a.a.O., S. 80; so auch schon von Gierke, Deutsches Privatrecht, Bd. II, § 104, S. 552 ff.

2) Motive III, 41.

3) Motive , a.a.O.

Warum soll der Eigentümer eines einheitlichen Gegenstandes stärker geschützt werden als der Eigentümer mehrerer Gegenstände, die ihren eigentlichen Wert im Zusammenhang besitzen ? Ein sachlicher Grund für eine solche Ungleichbehandlung ist nirgends ersichtlich. Das österreichische Zivilrecht hat daraus die Folgerungen gezogen.

Bei den Sachgesamtheiten muß m.E. im einzelnen auf ihre Schutzbedürftigkeit abgestellt werden. Sachgesamtheiten, die weder untereinander noch zu anderen Gegenständen eine Zweckbeziehung haben ¹⁾ - also eine nicht katalogisierte Bibliothek allgemeiner Literatur, die nur eine planlose Anhäufung von Büchern darstellt; ein Kasten Bier; eine Herde Tiere - bedürfen keines derartigen Schutzes. Bei ihnen besteht der gesamte Wert lediglich in der Kumulation des Wertes der betreffenden einzelnen Gegenstände.

Etwas anderes muß aber dann gelten, wenn der wirtschaftliche Wert einer Sachgesamtheit gerade und ausschließlich oder wenigstens in erster Linie darin besteht, daß die einzelnen Gegenstände in einer Beziehung zueinander stehen, die sich nicht nur in einem körperlichen Näheverhältnis äußert, sondern auch in einer gemeinsamen inneren Zweckbestimmung: Der vollständige Satz Briefmarken hat einen Sammlerwert, der erheblich über dem Wert der einzelnen Marken liegt. Dies gilt auch bei einem Kartenspiel, dessen Wert durch die Wegnahme einer einzelnen Karte praktisch hinfällig wird. .

1) Wieacker spricht hier im Gegensatz zur überwiegenden Literatur von Sachmehrheiten, a.a.O., S. 78.

Auch die einzelnen Bände der Gesamtreihe eines Lexikons stehen in einem derartigen Zusammenhang. Insbesondere die "Komplementärsachen"; ein einzelner Schuh, Ski oder Schlittschuh ist nahezu wertlos. Im Handel sind derartige Gegenstände auch üblicherweise nicht stückweise erhältlich. Das Recht sollte den Gegebenheiten des täglichen Lebens insoweit Rechnung tragen, daß es diese Art von Sachgesamtheiten als einheitliche Sachen betrachtet. Ein rechtliches Bedürfnis für die Behandlung der Sachgesamtheit als Rechtseinheit besteht.

Nach herrschender Meinung kann über die einzelnen Gegenstände der Sachgesamtheit unbeschränkt verfügt werden. Es ist auch als Gesamtheit über die einzelnen Gegenstände die Gesamtübertragung und Gesamtverpfändung möglich. Das wesentliche praktische Problem bei der Sachgesamtheit besteht daher in der Zulässigkeit der Einzelpfändung ¹⁾: Eine Einzelpfändung in Gegenstände, die ihren wirtschaftlichen Wert gerade in ihrem Zusammenhang haben, muß auch rechtlich unerwünscht sein. Denn es kommt in den Motiven klar zum Ausdruck, daß der Gesetzgeber bei der Bestandteilslehre gerade die Erhaltung nennenswerter wirtschaftlicher Werte beabsichtigt ²⁾.

In bestimmten Bereichen ist dies auch allgemein anerkannt. Bei Gegenständen, die für sich allein betrachtet keinen Wert besitzen, etwa das einzelne Getreidekorn oder das Sandkorn, sind Rechtsprechung und Lehre -entsprechend der "natürlichen" Anschauung - der Ansicht, daß die jeweilige wirtschaftliche Ein-

1) Wieacker, a.a.O., S. 77.

2) Motive III, 41 ff.

heit, also der Sack Getreide, das Lot Kaffee, die Steige Holz, eine einheitliche Sache ¹⁾ ist. Dies muß aber auch für diejenigen Gegenstände gelten, die innerhalb einer Sachgesamtheit ihren Wert besitzen, einen Wert, der im Falle der Trennung unverhältnismäßig absinkt. Man denke hier etwa an die gesammelten Bände einer kunsthistorisch wertvollen Zeitschrift, deren einzelne Ausgaben praktisch nur in ihrer Gesamtheit wertvoll sind.

Der wirtschaftliche Wert setzt sich also nicht stets aus der Summe der Einzelhefte zusammen. Er wird von Angebot und Nachfrage und zwar bezüglich der Einzelgegenstände einerseits und bzgl. der Gesamtheit andererseits bestimmt. Der Eigentümer einer wertvollen Sachgesamtheit erfährt dabei durch eine solche rechtliche Behandlung der Gesamtheit als "einheitliche " Sache keinen Nachteil, da er ja die Sacheinheit jederzeit aufheben kann und an einer Einzelverfügung nicht gehindert ist.

Es ist also kein Grund ersichtlich, den Eigentümer wirtschaftlich und meist auch finanziell zusammengehöriger Gegenstände rechtlich anders zu behandeln, als den Eigentümer einer Sache, deren Teile mehr oder minder fest miteinander verbunden sind. Können Gegenstände getrennt werden, ohne daß ein erheblicher Wertverlust entsteht, so handelt es sich ohnehin nur um sonderrechtsfähige, einfache Bestandteile. Wieacker ²⁾ schlägt "de lege ferenda" vor, die Sachgesamtheit in der Weise rechtlich zu regeln,

1) Lehmann-Hübner, § 49, I, 2b, a.E.; Palandt-Danckelmann, § 90, Vorbem. 3 e.

2) Wieacker, a.a.O., S. 80.

daß "mehrere Sachen, die nur in dauerndem räumlichen Zusammenhang einem einheitlichen, in ihnen selbst liegenden Zweck dienen können" als einheitliche Sache behandelt werden sollten. Dem ist im Ergebnis zuzustimmen. Es bedarf hierzu allerdings keiner Gesetzesänderung. Denn schon die richtige Gesetzesauslegung führt zu dem gewünschten Ergebnis: § 93 BGB schützt die Teile "einer" Sache vor der Zerstörung oder Wesensveränderung durch Trennung.

Der Begriff "eine" Sache richtet sich, wie dargelegt, nicht nur nach der Festigkeit der verbundenen Teile. Oft erkennt die Rechtsordnung eine Vielzahl einzelner Gegenstände als "eine" Sache an, nämlich dann, wenn nicht die einzelnen Sachen als solche einen eigenen Verkehrswert besitzen, sondern nur die höhere wirtschaftliche Einheit: Ein Sack Getreide, ein Lot Kaffee, eine Steige Holz ¹⁾.

Auch braucht sogar nach Rechtsprechung und Lehre, wie wir gesehen haben, der körperliche Zusammenhang zwischen Bestandteil und Hauptsache nicht notwendig in einer festen Verbindung zu bestehen ²⁾. So hat das KG mit Urteil vom 3.9.1972 ³⁾ die Bestandteilseigenschaft der einzelnen Blätter von Handelsbüchern anerkannt (und damit das Bestehen einer einheitlichen Sache), einerlei ob die Blätter miteinander fest verbunden oder ob sie nur in einem losen Zusammenhang miteinander stehen (etwa in Form einer Loseblattsammlung).

1) Lehmann-Hübner, § 49 I, 2b a.E.; Palandt-Danckelmann, § 90, Vorbem. 3 c.

2) Staudinger-Coing, § 90 Vorbem. 8,9; Oertmann, § 90 Vorbem. 2b, 2c; Enneccerus-Nipperdey, § 121 II 3a, S. 767; Spyridakis, S. 11, 12; RGZ 69, 152; 87, 45.

3) D. Rechtspfleger, 72, S. 441 f.

Wenn in der überwiegenden Literatur und ständigen Rechtsprechung anerkannt ist, daß sich der körperliche Zusammenhang der einzelnen Teile einer Sache nicht in einer festen Verbindung äußern muß, sondern in einem "körperlichen Näheverhältnis", einer Kohärenz ¹⁾ und Voraussetzung lediglich ist, daß nach der Verkehrsanschauung eine (einheitliche) Sache vorliegt ²⁾, so hat maßgebliches Kriterium die Zweckbestimmung des Gegenstands zu sein. Erschöpft sie sich darin, nur Teil eines Ganzen zu sein, wie das einzelne Blatt eines Kartenspiels, die einzelne Seite eines Manuskripts, der einzelne Schlittschuh, so liegt eine Mehrheit selbständiger Sachen ebensowenig vor wie bei einem Sack Getreide, wo das einzelne Korn keine eigene Bedeutung hat und demnach nicht als selbständige Sache erscheint.

Eine Mehrheit von Gegenständen, die nur oder im wesentlichen als Einheit funktionsgerecht verwendet werden können und nur so wirtschaftlich einen gewissen Wert besitzen, ist als "eine" Sache zu beurteilen ³⁾. Dies wird besonders bei den Komplementärsachen praktisch bedeutsam, also überall dort, wo das einzelne Stück praktisch wertlos ist, wie bei einem einzelnen Schuh, Ski oder Schlittschuh.

-
- 1) Larenz, § 16 II c;
Enneccerus-Nipperdey, § 121 II, 3; Engisch, Vom Weltbild des Juristen, S. 155; Staudinger-Coing, § 90, Vorbem. 8,9.
 - 2) Bzgl. der "Verkehrsanschauung" als Abgrenzungskriterium unten S. 42 f.; ferner hierzu Brecher, Das Unternehmen als Rechtsgegenstand, S. 49 ff.
 - 3) Engisch, a.a.O.: "Was für den Gebrauch eine Einheit bildet, wird eben deshalb im allgemeinen als ein Ding, eine Sache betrachtet".

III. Die Bestandteile unbeweglicher Sachen

1. Die wesentlichen Bestandteile gemäß § 94 Abs. 1 BGB

a. Begriffliche Voraussetzungen

Nach § 94 Abs. 1, Satz 1 BGB gehören die mit dem Grund und Boden fest verbundenen Sachen zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstücks. Diese Vorschrift verlangt für den wesentlichen Grundstücksbestandteil andere Voraussetzungen, als § 93 BGB für die bewegliche Sache vorgesehen hatte. Sie steht also vollkommen selbständig neben dieser Vorschrift und erweitert den Begriff des wesentlichen Bestandteils. Bei einer solchen Verbindung nach § 94 BGB erübrigt sich die Frage, ob Teil oder Restsache im Falle einer Trennung zerstört oder im Wesen verändert werden ¹⁾. Der Gesetzgeber hat hier also ganz bewußt auf das Schicksal der Gesamtsache abgestellt, wie schon der Wortlaut des Gesetzes ergibt.

Bei Beurteilung der Frage, ob ein konkreter Gegenstand wesentlicher Bestandteil nach § 94 Abs. 1, Satz 1 BGB geworden ist, ergeben sich aber als Folge einer unklaren Gesetzesformulierung dennoch Schwierigkeiten. So stellt sich bei der Auslegung des Begriffs der festen Verbindung die Frage, ob dieses Tatbestandsmerkmal nur anhand technischer Gesichtspunkte auszulegen ist oder ob auch wirtschaftliche und andere Momente zu berücksichtigen sind.

1) Herrschende Meinung: Vgl. für alle Soergel-Baur, § 94, Anm. 1; Palandt-Danckelmann, § 94, Anm. 1; RGZ 158, 362; RGZ 150, 22; 63, 418; 90, 201.

b) Die feste Verbindung als Voraussetzung für den wesentlichen Bestandteil gemäß § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB

Die ständige Rechtsprechung und der überwiegende Teil der Lehre nehmen eine feste Verbindung in der Regel dann an, wenn eine Trennung nicht ohne erhebliche Veränderung des Grundstücks oder der zu lösenden Sache möglich ist. Demnach wird die Festigkeit der Verbindung dann angenommen, wenn eine Trennung zur Zerstörung oder erheblichen Beschädigung der eingefügten Sache bzw. des Grundstücks führt oder unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht ^{1) 2)}.

1) RGZ 158, 374; Palandt-Danckelmann, § 94, Anm. 2; Staudinger-Coing, § 94 Anm. 3a; RGRK, § 94, Anm. 2; BGH, MDR 67, 749; daher werden Mauern, Kanäle, Leitungen und Drainageröhren zu den wesentlichen Bestandteilen gezählt, nicht aber Bohnenstangen, Rebpfähle, Behelfsheime oder angeschraubte Maschinen, Vgl. Enneccerus-Nipperdey, § 125, I 2a; RG, JW 1908, 295; RGZ 61, 21; 67, 233; 83, 69; 87, 45; 158, 374; Erman-Westermann, § 94, Anm. 2.

2) RG, Warn.Rspr. 1920, Nr. 31; Der Motor eines Mühlengrundstückes kann mit einer nur unerheblichen und leicht wieder zu beseitigenden Beschädigung des Bodens und des Gebäudes wieder entfernt werden, er sei demnach kein wesentlicher Bestandteil im Sinne des § 93 Abs. 1 Satz 1 BGB.

OLG Düsseldorf, 28,12 verneint die Bestandteilseigenschaft von Schienenanlagen, da die ganze Anlage ohne Beschädigung des Grundstücks und der Anlage selbst und ohne erhebliche Mühe und Kosten weggeschafft werden kann.

Vgl. ferner RGZ 158, 374; RG, JW 1928, 561; RG, HRR 1932, 700.

Damit werden entgegen den Absichten des Gesetzgebers bei der Beurteilung der Bestandteile nach § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB im wesentlichen dieselben Kriterien herangezogen, wie bei den Bestandteilen nach § 93 BGB ¹⁾.

Mit Grund und Boden fest verbunden sind nach dieser Ansicht in erster Linie Häuser, Mauern und Brücken. Aber auch auf festem Fundament mit gemauerten Giebeln montierte Wellblechbaracken sollen die Voraussetzungen für den wesentlichen Bestandteil im Sinne dieser Vorschrift erfüllen ²⁾. Erforderlich sei dabei nicht, daß die " feste Verbindung " durch Verbindungsmittel, wie Schrauben oder andere Baustoffe herbeigeführt wird. Das Reichsgericht erblickte ³⁾ auch in einem nebst Armaturen ca. 100 Tonnen schweren Gasbehälter, der lediglich durch das eigene Gewicht mit dem Grundstück verbunden war, einen wesentlichen Bestandteil. Es begründete seine Ansicht mit dem Argument, daß die zur Wegnahme des Behälters notwendige Zerlegung in seine Einzelteile sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Wert der einzelnen Teile unverhältnismäßig hohe Kosten erfordere ⁴⁾.

1) OLG Düsseldorf, JW 1935, 3316, Nr. 33; das OLG Düsseldorf führt in dieser Entscheidung aus, daß die " feste Verbindung " da vorläge, wo die Voraussetzungen des § 93 BGB erfüllt seien.

2) RG, JW 1908, 295.

3) RG, Warn.Rspr. 1932, Nr. 114.

4) RGZ 62, 250; a.A. Tobias, AcP 94, S. 390.

Als wesentliche Bestandteile im Sinne dieser Vorschrift sah die Rechtsprechung des weiteren Blockhäuser, Gas-, Elektrizitätsanlagen, Rohrleitungen etc. an ¹⁾. Auch Fertighäuser fallen nach der herrschenden Lehre und ständigen Rechtsprechung unter den Bestandteilsbegriff des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB.

-
- 1) Vgl. LG Altona, SchlHA 1932, 84; als wesentliche Bestandteile wurden ferner Gas- und Elektrizitätsanlagen angesehen. Das Leitungsnetz eines Elektrizitätswerks auch insoweit, als es sich über die räumlichen Grenzen des Grundstücks, auf dem sich die elektrische Anlage befindet, hinaus erstreckt, RGZ 48, 267. Auch die auf einem fremden Grundstück befindlichen Einrichtungen öffentlicher Versorgungsunternehmen sind wesentliche Bestandteile nach § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB, BGHZ 37, 357. Fest verbunden und damit wesentliche Bestandteile sind auch Gitter, Kreuz und Denkmal einer Grabstätte. Josef Würth, RPflz 24, 133; RG, HRR, 1926, Nr. 792; Gareis, Seuff. Bl. f. Rechtsanwendung, 70, 308; RGRK, § 94, Anm. 5.

Die Rohrleitung eines Bergwerksgrundstückes ist wesentlicher Bestandteil, RGZ 168, 288.

Ein Backofen ist wesentlicher Grundstücksbestandteil, da dessen Trennung vom Grundstück deshalb unverhältnismäßig schwierig ist, weil dadurch nicht nur der Backofen in seine Bestandteile aufgelöst werden würde, sondern weil auch die Ringmauer des Grundstücks, die vom Ofenfundament gestützt wird, in ihrem Bestand gefährdet werden würde, OLG Königsberg, HRR 34, Nr. 1194; OLG Düsseldorf, JW 1935, 3316, Nr. 33.

Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs ist auch ein Bootssteg wesentlicher Bestandteil des Grundstücks, MDR 67, 749 (zwh.)

Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um Holz- oder Massivhäuser handelt, ob das Haus unterkellert ist oder nicht, denn in jedem Fall können diese Häuser nur unter einem erheblichen Kostenaufwand ab- und wieder aufgebaut werden. Ein solcher Ab- und Aufbau hätte die Zerstörung erheblicher wirtschaftlicher Werte zur Folge, was nach Ansicht der herrschenden Meinung Sinn und Zweck des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB zuwiderliefe ¹⁾.

Es erstaunt, daß die Rechtsprechung bei den Maschinen einer Fabrik grundsätzlich die Bestandteilseigenschaft ablehnte, dies sogar dann, wenn die Maschinen auf Fundamenten mittels Schrauben, Zement oder dergleichen befestigt waren und sonach zumindest im physikalischen Sinne mit dem Grund und Boden fest verbunden waren ²⁾.

c. Kritik und Stellungnahme zur herrschenden Ansicht

Die von der Rechtsprechung und Lehre zu dem Bestandteilsbegriff des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB entwickelten Grundsätze bieten in mancherlei Hinsicht Anlaß zu Kritik.

1) Palandt-Danckelmann, § 94, Anm. 2b; Weimar, MDR, 63, 818 f.

2) Vgl. zu den Maschinen einer Bau- und Möbeltischlerei, OLG Bamberg, 8, 413; Vgl. ferner bzgl. eines Benzinmotors, der mit Schrauben auf einem Zementblock aufmontiert ist, OLG Colmar, 19,9.

Die Bestandteilseigenschaft wurde abgelehnt bei Dynamomaschinen und Akkumulatorenbatterien, Bayer. OLG 10, 59; ferner bei Maschinen einer Fabrik, die auf im Boden befindlichen Schraubengewinden eingeschraubt waren, RG, JW 1904, 110, Nr. 4; 1906, 417, Nr. 2; 1909, 130 Nr. 80; Warn.Rspr. 1910, Nr. 190; JW 1912, 128, Nr. 1, bei dem Motor eines Mühlengrundstücks, der auf Zementmauerwerk mit eisernen Bolzen montiert war; RG, Warn.Rspr. 1914, Nr. 143; HRR 1932, 70; OLG Oldenburg, Nds.Pffl. 62, 255; vgl. hinsichtlich der Maschinen einer Bau- und Möbeltischlerei OLG Bamberg 8, 413.

Wie bereits oben ausgeführt, werden bei der Beurteilung dieser Bestandteile im wesentlichen dieselben Kriterien herangezogen, wie bei den Bestandteilen nach § 93 BGB. Diese Sachbehandlung widerspricht jedoch Sinn und Zweck des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB. Durch diese Vorschrift sollte nämlich der Begriff des wesentlichen Bestandteils erweitert werden, was sich schon daraus ergibt, daß das Gesetz bei den wesentlichen Bestandteilen eines Grundstücks gerade darauf verzichtet hat, daß im Falle der Trennung Teil- oder Restsache zerstört oder im Wesen verändert werden. Dies ergibt sich eindeutig aus dem Wortlaut dieser Vorschrift. Wenn das Gesetz für den wesentlichen Grundstücksbestandteil eine " feste Verbindung " mit dem Grund und Boden verlangt, so ist damit eben gerade gesagt, daß es auf eine Zerstörung oder Wertminderung im Falle einer Trennung nicht ankommt.

Bei der Prüfung der Frage, ob eine feste Verbindung vorhanden ist, muß also festgestellt werden, ob zwischen dem fraglichen Gegenstand und dem Grundstück ein unmittelbarer, körperlicher Zusammenhang besteht. Dieser muß jedoch nicht unbedingt durch ein Verbindungsmittel hergestellt sein. Es genügt vielmehr, wie das Reichsgericht bereits feststellte, auch die Schwerkraft ¹⁾. Darüberhinaus ist erforderlich, daß die Verbindung nicht ohne weiteres aufgelöst werden kann. Um von einer festen Verbindung sprechen zu können, muß für deren Auflösung zumindest ein erheblicher Arbeits- oder Kostenaufwand von Nöten sein.

1) Warn.Rspr. 1932, Nr. 114.

Dieser Begriff der festen Verbindung ist allein anhand objektiver Kriterien zu beurteilen. Liegt also ein unmittelbarer körperlicher Zusammenhang vor und kann die Verbindung nur unter erheblichem Aufwand aufgelöst werden, so sind die Voraussetzungen des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB bereits erfüllt. Dies allein bedeutet dann keinesfalls, daß bei der Auflösung einer solchen Verbindung der Teil oder das Grundstück selbst im Wesen verändert oder zerstört wird.

Als praktische Konsequenz ergibt sich, daß bei Zugrundelegung dieser Definition für den Begriff der festen Verbindung Gegenstände als wesentliche Bestandteile zu qualifizieren sind, die nach der herrschenden Meinung allenfalls Zubehör oder selbständige Sachen darstellen. Der Begriff des wesentlichen Bestandteils wird sonach erweitert, dies aber ist im Sinne des Gesetzes, welches darauf abstellt, größere wirtschaftliche Einheiten zusammenzuhalten, um zu verhindern, daß die Eigentümer einzelner Teile ihre Rechte aus dem Eigentum realisieren können und auf diese Weise ihre Ansprüche zu Lasten anderer Gläubiger in vollem Umfang durchsetzen. Die Rechtsprechung hat allgemein den entgegengesetzten Weg gewählt und an den Bestandteilsbegriff "enge Voraussetzungen" geknüpft. Besonders deutlich geworden ist dies bei der Rechtsprechung zu den Maschinen einer Fabrik, wo grundsätzlich die Eigenschaft eines wesentlichen Bestandteils verneint wurde. Dies sogar dann, wenn die Maschinen auf Fundamenten mittels Schrauben, Zement oder dergleichen befestigt waren und sonach zumindest im physikalischen Sinne mit dem Grund und Boden fest verbunden waren. Dennoch wurde in diesen Urteilen als Begründung in erster Linie die leichte Lösbarkeit der Maschinen vom Grundstück angeführt.

So argumentierte das Reichsgericht im Falle eines Mühlengrundstücks, daß der auf Zementmauerwerk mit eisernen Bolzen festmontierte Motor mit einer "nur unerheblichen" und "leicht" wieder zu beseitigenden Beschädigung des Bodens und auch des Gebäudes entfernt werden könne ¹⁾.

Obgleich Rechtsprechung und Lehre bei der allgemein vertretenen Interpretation den wirtschaftlich verständlichen Zweck verfolgen, der Geschäftswelt auf diese Weise zu ermöglichen, einen wirksamen Eigentumsvorbehalt an Maschinen und anderen mit einem Grundstück verbundenen Gegenständen zu vereinbaren, ist diese Rechtsanwendung nicht mit dem Gesetzeszweck in Übereinstimmung zu bringen. Denn abgesehen davon, daß die Vorschrift des § 94 BGB darauf abzielt, den Wert des Grundstücks zu erhalten, dient sie auch insofern der Sicherheit im Rechtsverkehr, als sie demjenigen, der ein Recht an einem Grundstück oder das Grundstück selbst erwerben will, auferlegt, das Recht des Veräußerers am Grundstück und das Vorhandensein der nach § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB erforderlichen Verbindung mit den auf dem Grundstück befindlichen Gegenständen zu prüfen, um sicher zu sein, daß sich das Recht des Veräußerers auch auf diese erstreckt. Folgt man der von der Rechtsprechung und Lehre vertretenen Ansicht, ist eine solche Prüfung praktisch nicht mehr möglich, da der Erwerber eines solchen Grundstücks nicht nur darauf achten müßte, ob die Verbindung "fest" im Sinne des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB ist, sondern darüber hinaus

1) RG, JW 28, 561; o6, 417, Nr. 2; o9, 159, Nr. 2; 13o, Nr. 1; 483, Nr. 2; Warn.Rspr. 1913, Nr. 8o; 19o9, Nr. 337; 191o, Nr. 19o; JW 1912, 128, Nr. 1; Warn.Rspr. 1914, Nr. 143; 1918, Nr. 155; 192o, Nr. 31; JW 1928, 561; HRR 1932, 2oo.

auch darauf, daß die Voraussetzungen des § 93 BGB erfüllt sind. Er müßte also praktisch die sowohl rechtlich als auch sachlich problematische Frage beantworten, ob im Fall einer Trennung Teil oder Grundstück zerstört oder im Wesen verändert werden würde. Darüber hinaus ist anzuführen, daß die diesen Anschauungen zugrundeliegenden Motivationen nicht in den Aufgabenbereich des Gesetzgebers fallen. Dieser wollte weder über das Sachenrecht, noch über den allgemeinen Teil des BGB die Risiken einzelner Geschäftszweige dinglich absichern.

Ein weiteres Argument, das dafür spricht, die Begriffe Zerstörung oder Wesensveränderung bei den Bestandteilen des § 94 Abs. 1 Satz 1 gänzlich aus dem Spiel zu lassen, zeigt die rechtliche Behandlung des Fertighauses. Würde man nämlich in Übereinstimmung mit Rechtsprechung und Lehre für den wesentlichen Bestandteil nach dieser Vorschrift in etwa die gleichen Kriterien anführen wie bei dem Bestandteil nach § 93 BGB, so würde dies zu dem merkwürdigen Ergebnis führen, daß zumindest die einfacheren Konstruktionen von Fertighäusern keine wesentlichen Bestandteile des Grund und Bodens sind, weil sie - wenn auch unter erheblichem Arbeits- und Kostenaufwand - jedoch ohne Zerstörung oder Wesensveränderung oder auch Wertminderung ihrer selbst - abgebaut und andernorts wieder aufgestellt werden können. Hieraus aber wird ersichtlich, daß eine solche Auslegung dem Sinn des § 94 Abs. 1 Satz 1 BGB zuwiderliefe, zumal der Gesetzgeber unter den wesentlichen Grundstücksbestandteilen ausdrücklich das Gebäude anführt. Unter den Gebäudebegriff fallen aber ohne jeden Zweifel auch die Fertighäuser, die einen erheblichen Anteil an der Gesamtbebauung ausmachen.

Abzulehnen ist ebenfalls eine früher vereinzelt von der Rechtsprechung vertretene Anschauung ¹⁾, die soweit ging, eine " feste Verbindung " mit dem Hinweis abzulehnen, daß die Vertragsabsichten dem nicht entsprächen. Damit wurde also die Bestandteilseigenschaft praktisch vom Willen der Berechtigten abhängig gemacht.

Daß bei der Beurteilung des wesentlichen Grundstücksbestandteils nur objektiv faßbare Kriterien herangezogen werden dürfen, und die Vertragsabsichten sämtlicher Beteiligten außer Betracht bleiben müssen, ergibt sich schon aus der folgenden Überlegung :

§ 94 Abs. 1 Satz 1 BGB dient nicht allein der Werterhaltung, sondern auch der Sicherheit im Rechtsverkehr. Diese Vorschrift legt einem Grundstückserwerber die Obliegenheit auf, zu prüfen, ob die mit dem Grundstück zusammenhängenden Gegenstände (wie z.B. Schuppen, Garagen, Leitungen etc.) " fest verbunden " im Sinne des Gesetzes sind. Nur wenn dies der Fall ist, erstreckt sich das zu erwerbende Recht auch auf diese Gegenstände. Eine solche Prüfung aber ist nur dann möglich, wenn bei dem Begriff der festen Verbindung allein objektive Merkmale ausschlaggebend sind. Andernfalls kann ein Dritter, auch mit Hilfe des Grundbuchs, die Berechtigungen eines Veräußerers nicht feststellen. Mit Recht wurde daher die Ansicht, die bei der Qualifizierung des Bestandteils die Absichten

1) OLG Hamburg, Bd. 7, S. 349; vgl. auch Soergel-Baur, § 94, Anm. 1: "... kann der Parteiwille für die Festigkeit der Verbindung von Bedeutung sein ".

der Beteiligten mitberücksichtigt, allgemein abgelehnt.

d. Die natürlichen Sachverbindungen im Sinne des
§ 94 Abs. 1 BGB

Neben den künstlichen, also erst von Menschenhand mit dem Grundstück verbundenen Sachen, gehören nach § 94 Abs. 1 BGB auch die mit dem Boden zusammenhängenden natürlichen Erzeugnisse, ferner nach Satz 2 dieser Vorschrift der ausgesäte Samen und die eingesetzten Pflanzen zu den wesentlichen Bestandteilen eines Grundstücks.

Nach der überwiegenden Anschauung sind wesentliche Bestandteile eines Grundstücks auch die unmittelbaren Bodenbestandteile, wie Steine, Lehm, Torf, Ton, Sand und Humus, da sie keine vom Boden unabhängige Existenz haben.

Die Vorschrift des § 94 BGB ist hinsichtlich dieser Bestandteile unproblematisch und von geringer praktischer Bedeutung.

1) Planck, § 94, Anm. 3; Hölder, § 94, Anm. 6; Erman-Westermann, § 94, Anm. 2; Sohm, 19; Staudinger-Coing, § 94, Anm. 6.

2. Die wesentlichen Bestandteile gemäß § 94 Abs. 2 BGB

a. Problemstellung

§ 94 Abs. 2 BGB bestimmt, daß alle die Gegenstände wesentliche Bestandteile eines Gebäudes sind, die zu dessen Herstellung eingefügt sind.

Da in der Bauwirtschaft der Eigentumsvorbehalt wegen der hier üblichen Fremdfinanzierung von großer wirtschaftlicher Tragweite ist, kommt der Vorschrift des § 94 Abs. 2 BGB große praktische Bedeutung zu. Aus dem Wortlaut der Vorschrift wird ersichtlich, daß auch § 94 Abs. 2 BGB den Begriff des wesentlichen Bestandteils erweitert und im Verhältnis zu den §§ 93 und 94 Abs. 1 BGB andere Voraussetzungen für das Vorhandensein eines wesentlichen Bestandteils fordert. Die Vorschrift des § 94 Abs. 2 BGB hat sonach eine vollkommen selbständige Stellung ¹⁾.

Damit ist bei den wesentlichen Bestandteilen nach § 94 Abs. 2 BGB nur von Bedeutung, ob sie zur Herstellung eines Gebäudes diesem eingefügt worden sind. Unerheblich ist es hingegen, ob die Verbindung fest ist und ob im Fall einer Trennung Teil oder Gebäude zerstört oder im Wesen verändert werden.

1) H.M., Staudinger-Coing, § 94, Anm. 2; Erman-Westermann, § 94, Anm. 1; Soergel-Baur, § 94, Anm. 1; RGZ 63, 418; 90, 201; 150, 26; BGHZ 26, 229.

In erster Linie fallen unter den Bestandteilsbegriff des § 94 Abs. 2 BGB das Baumaterial und die Baumittelstücke, wie Türen, Fenster, Elektrizitätsanlagen, Wasserleitungen, Treppen, Böden, Heizungsanlagen etc.¹⁾. Dies ergibt sich aus der Überlegung, daß derartige Materialien zur Errichtung eines jeden Gebäudes erforderlich sind.

Wesentlich schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob ein Gegenstand, der nur für die zweckentsprechende Nutzung eines bestimmten Gebäudes notwendig ist, wesentlicher Bestandteil wird, also z.B. eine Badewanne, die gewöhnlich nur in Wohnhäuser eingebaut zu werden pflegt oder eine Ventilationsanlage eines industriell oder landwirtschaftlich genutzten Gebäudes.

Diese Frage läßt sich nur beantworten, wenn Klarheit über den Begriff des Gebäudes besteht, der in § 94 Abs. 2 BGB offengeblieben ist.

b. Der Begriff " Gebäude " in § 94 Abs. 2 BGB

Dem allgemeinen Wortsinn nach ist ein Gebäude eine durch Mauern oder sonstige Wände umschlossene Räumlichkeit, die sowohl dem Aufenthalt von Menschen wie auch der Lagerung von Sachen dienen kann. Hierunter fallen folglich alle Arten von Baulichkeiten, wie Silos, Garagen, Wohnhäuser, Wolkenkratzer aber auch Blockhäuser, Fabrikhallen usw.

1) RGRK, § 94, Anm. 14; RG, JW 1911, 574; 1914, 248; RGZ 62, 248; 94, 126; Motive III, 44.

Ob der Gesetzgeber bei der Schaffung des § 94 Abs. 2 BGB von einem so weitgehenden Gebäudebegriff ausgegangen ist, erscheint zumindest zweifelhaft. Wäre dem so, dann wären faktisch nur diejenigen Gegenstände wesentliche Gebäudebestandteile, die zur Errichtung eines "Gebäudes" erforderlich sind, in erster Linie also Ziegel nebst Verbindungsmaterial, sowie Dach, Türen, und Böden - Bauelemente also, die praktisch bei jedem Gebäude vorhanden sind. Die meisten anderen, bei einem Bau verwendeten Gegenstände sind nämlich bereits einem konkreten Gebäudezweck angepaßt. Bei der Auslegung des § 94 Abs. 2 BGB muß aber berücksichtigt werden, daß dieser nicht von einem bestimmten, sondern nur allgemein von " einem " Gebäude spricht.

Konkret stellt sich also die Frage, ob bei der Auslegung des § 94 Abs. 2 BGB auch der Zweck des Gebäudes berücksichtigt werden muß. Ginge man hiervon aus, so wären auch jene Gegenstände wesentliche Bestandteile geworden, die dem eigentlichen und konkreten Zweck des Bauwerks dienen, wie z.B. die Badewannen eines Wohnhauses. Andererseits könnte man bei einer Fabrik auch das bloße Bauwerk, also die Fabrikhalle ohne jedes Inventar als "Gebäude" im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB ansehen, wobei dann die Maschinen und sonstigen Fabrikationsanlagen keine wesentlichen Bestandteile im Sinne dieser Vorschrift wären.

c. Die Rechtsprechung und Lehre zum Begriff des Gebäudes

Die frühere Rechtsprechung des Reichsgerichts stellte darauf ab, ob das betreffende Gebäude bei der Weg-

nahme des in Frage stehenden Teils weiter seinem ursprünglichen Zweck dienen konnte. All die Gegenstände, die dem Gebäude eingefügt waren, um es seiner bestimmungsgemäßen Nutzung zuzuführen, galten danach als wesentliche Bestandteile. Das Reichsgericht ging also bei dem Begriff "Gebäude" vom konkreten Bauwerk aus ¹⁾.

Diese Auffassung hatte zur Folge, daß unter den Bestandteilsbegriff wesentlich mehr Gegenstände fielen, als nach der heute vertretenen Meinung. So sah das Reichsgericht die Maschinen einer Fabrik als wesentliche Bestandteile an, weil im Falle ihrer Wegnahme der Produktionsbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte und damit das Gebäude nicht mehr seinem bestimmungsgemäßen Zweck entsprechend genutzt werden konnte.

Das Reichsgericht unterschied dabei nicht zwischen solchen Maschinen, die serienmäßig hergestellt und damit leicht ersetzbar waren und solchen, die als Spezialanfertigung dem Gebäude besonders angepaßt waren ²⁾.

1) Vgl. JW 1906, 541 f., Nr. 5.

2) Als wesentliche Bestandteile wurden z.B. angesehen : Die Maschinen einer Holzbearbeitungsfabrik, RGZ 50, 241; die Maschinen einer Bau- und Möbelfabrik, OLG Bamberg 8, 413; die Lokomobile einer Dampf- und Wassermühle; die Sauggasanlage und der Motor in einem Brauereigebäude, RGZ 63, 171; die Kraftübertragungs- und Lichtanlage eines Fabrikgebäudes, RGZ 63, 416.

So hat es ¹⁾ die elektrischen Kraftübertragungs- und Lichtanlagen einer Fabrik mit der Begründung als wesentliche Bestandteile des Gebäudes angesehen, es komme bei der Einfügung der fraglichen Gegenstände darauf an, ob sie der Art des Gebäudes entsprechen und dem Zweck des Gebäudes dienen. Ein Gebäude, welches allerdings nur aus Mauern, Fenstern, Türen und dem Dach bestehe, sei kein Fabrikgebäude, sondern könne zu einem solchen nur dann werden, wenn es Einrichtungen erhalte, die den Fabrikbetrieb ermöglichen. Hierzu gehörten die Beleuchtungsanlage und die "treibende Kraft". Beides sei für einen Fabrikbetrieb erforderlich. Außerdem seien die Fabrikmaschinen schon deshalb den "zur Herstellung eines Gebäudes eingefügten Sachen" zuzurechnen, weil das Gebäude erst dadurch ein "bestimmtes Gepräge", nämlich das Gepräge eines Fabrikbetriebes bekäme ²⁾.

Hieraus wird erneut klar ersichtlich, daß das Reichsgericht bei der Beurteilung des wesentlichen Bestandteils vom konkreten Gebäude ausgegangen ist.

Es fällt bei diesen Entscheidungen auf, daß zu ihren Begründungen neben § 94 Abs. 2 BGB auch § 93 BGB herangezogen wurde. Dies jedoch ist damit zu erklären, daß sich die Tatbestandsmerkmale beider Vorschriften berühren, wenn nicht sogar überschneiden ³⁾.

1) RGZ 63, 416

2) RGZ 50, 241 f.

3) Brecher, S. 58.

Wenn ein Gegenstand einem Gebäude zu dessen Herstellung eingefügt wird, so bewirkt eine spätere Trennung natürlich häufig auch eine Wesensveränderung oder Zerstörung im Sinne des § 93 BGB. Dies um so mehr, wenn man den konkreten Gebäudebegriff bei der Beurteilung dieser Frage zugrunde legt. Dann nämlich ändert sich z.B. eine Fabrik in ihrem Wesen, wenn man ihr eine Maschine entnimmt. Die Fabrik kann dann möglicherweise nicht mehr produzieren. Es handelt sich dann nicht mehr um eine Fabrik, sondern nur noch um ein Fabrikgebäude ¹⁾.

Es waren wirtschaftliche Gründe, die die Rechtsprechung bewogen haben, ihre Ansicht zu revidieren : Eigentumsvorbehalte der Maschinenlieferanten wurden nämlich mit dem Einbau der gelieferten Maschinen in das Fabrikgebäude wirkungslos. Damit war eine ganz wesentliche Sicherung des Eigentumsvorbehaltskäufers weggefallen.

Auf den massiven Druck der Industrie lehnte die Jurisdiktion später in Umkehrung ihrer ursprünglichen Rechtsauffassung die Bestandteileigenschaft von Fabrikmaschinen selbst dann ab ²⁾, wenn eine spezialgefertigte

-
- 1) " Ein Gebäude, das aus nichts besteht als aus den Mauern, Türen, Fenstern und dem Dach, ist kein Fabrikgebäude, sondern kann zu einem solchen nur dadurch werden, daß es Einrichtungen erhält, die den Fabrikbetrieb ermöglichen ", RG, JW 1906, 541, Nr. 5.
 - 2) Lenel, Vorschriften des Eigentumsvorbehaltes an Maschinen, Verhandlungen des 29. Deutschen Juristentags, Bd. III, S. 1 ff.

Maschine mit dem Gebäude fest verbunden war ¹⁾. Die Rechtsprechung stellte von diesem Zeitpunkt an bei Fabriken oder ähnlichen Betrieben bei der Beurteilung des Gebäudebestandteils nur mehr auf das Gebäude als abstraktes Gebilde ab, ohne die augenblickliche Nutzung zu berücksichtigen ²⁾. Sie begründete dies damit, daß die Maschinen nicht zur Herstellung des "Fabrikgebäudes" eingefügt seien, sondern ausschließlich dem Fabrik-"unternehmen" dienten. Sie seien demnach lediglich Zubehör der Fabrik ³⁾.

1) "Bei Maschinen, selbst wenn sie für den Fabrikbetrieb wesentlich und mit dem Bauwerk verbunden sind, ist in der Regel nach eine Einfügung zur Herstellung des Gebäudes nicht anzunehmen. Eine solche Annahme ist vielmehr nur dann gerechtfertigt, wenn Maschinen und Bauwerk besonders aufeinander gearbeitet, insbesondere wenn erstere an die Bauart und die Gliederung des Gebäudes angepaßt sind, und wenn die Anbringung der Maschinen notwendig war, um das Gebäude zu dem zu machen, was es geworden ist, um ihm seine besondere Eigenart zu geben".

2) RGZ 67, 30; 69, 117; 83, 67; RG, JW 1911, 707; RG, Warn.Rspr. 1913, Nr. 81; RG, Gruchot Beitr. 52, 918.

3) Vgl. Fußnote 2).

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz machte die Rechtsprechung nur dann, wenn das Gebäude der eingebauten Maschine von Anfang an angepaßt war und so ohne diese Maschine als unvollendet erschien ¹⁾.

Dem folgend sieht auch die heutige Rechtsprechung nur diejenigen Sachen als wesentliche Bestandteile im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB an, die eingefügt werden, um dem Gebäude ein besonderes charakteristisches Gepräge zu geben, deren Einfügung das Gebäude gerade zu dem macht, was es darstellen soll und darstellt ²⁾. Bei der Beurteilung, ob dies der Fall sei, legte die Rechtsprechung in aller Regel strenge Maßstäbe an.

Das Reichsgericht sprach mit Urteil vom 16.12.1931 ³⁾ einer Milchtrocknungsanlage in einem Fabrikgebäude die Bestandteilseigenschaft ab, obgleich der größte Teil der Apparate auf Fundamenten basierte, die von der Kellersohle an aufgemauert waren und die ferner auf für diesen Zweck eigens eingezogenen Trägern ruhten. Die massiven Fundamente - hieß es - seien nur wegen der besseren Standfestigkeit der Maschinen angebracht und nicht notwendige Teile des Gebäudes, sie seien nur erforderlich gewesen, weil der Gebäudeeigentümer einen Keller angelegt habe, dessen Decke

1) RG, Warn.Rspr. 1913, 106; 1918, Nr. 155; BGB, LM, § 93, Nr. 2; Enneccerus-Nipperdey, § 125 I, 2 b.

2) BGH, LM, § 94 Nr. 1; OLG Stuttgart, BB 66, 37 f; OLG Celle, NJW 58, 63; OLG Frankfurt, DNotz. 68, 656; RG, JW 1932, 1124; KG, JW 1932, 3006; RG Gruchot, 52, 918; RG Warn.Rspr. 1913, Nr. 81; RG JW 1911, 707; RGZ 67, 30; 69, 117; 83, 67.

3) RG, HRR 1932, 700.

allein die Maschinen nicht hätte tragen können. Mit einer ähnlichen Begründung verneinte das OLG Oldenburg ¹⁾ hinsichtlich eines Schnelldampferzeugers einer Fabrik die Eigenschaft eines wesentlichen Bestandteils : Er sei in erster Linie dazu bestimmt, die Destillierblasen, erst in zweiter Linie die Heizkörper des Fabrikgebäudes zu beheizen. Durch seine Herausnahme verändere sich nicht die Zweckbestimmung des Bauwerks als Fabrikgebäude, weil ja ein anderer Betrieb darin eingerichtet werden könnte.

Welche strengen Forderungen die Rechtsprechung an die Eigenschaft des wesentlichen Bestandteils nach § 94 Abs. 2 BGB knüpft, zeigt das folgende Beispiel bei dem nur ausnahmsweise ein wesentlicher Bestandteil nach dieser Vorschrift angenommen wird: Das Reichsgericht qualifizierte die Trockenanlage und Dampfmaschine einer Holzverarbeitungsfabrik als wesentliche Bestandteile. Dies aber nur deshalb , weil der Einbau bei der Anlagen Umbauten erheblichen Ausmaßes erforderlich gemacht hatte. Der Raum, in dem vorher die Fabrikation von Parkettstäben betrieben worden war, war unterkellert und teilweise zum Maschinenraum umgestaltet worden, so daß die Maschine praktisch zwei Geschosse einnahm. Eine Wand war verstärkt worden, und eine neue Decke eingesetzt worden. Die Trockenanlage, die dem Gebäude eigens angepaßt worden war, war teilweise nach Maß gefertigt und wurde teils einzementiert, teils verschraubt ²⁾.

1) OLG Oldenburg, NJW 62, 2158 f.

2) RG, JW 32, 1197; vgl. RGZ 130, 264; RG, HRR 1938, Nr. 700.

Die von der Rechtsprechung auch in neuerer Zeit vertretene Ansicht zum Gebäude- und Bestandteilsbegriff wird auch in der Literatur - wenn auch nicht einheitlich- bestätigt. Oertmann glaubte ¹⁾, maßgeblich müsse die konkrete Zweckbestimmung des einzelnen Gebäudes sein, denn ein Gebäude "in abstracto" könne es nicht geben.

Die Herstellung einer Villa erfordere einfach andere Elemente als die Herstellung eines Mietshauses, eines Getreidespeichers oder einer Fabrik. Oertmann sah - in Übereinstimmung mit einem größeren Teil der älteren Lehre ²⁾ - eine allgemeine, "typische" Zweckbestimmung für maßgebend an, nicht aber die konkrete, die das Gebäude durch die Art seiner Nutzung gefunden hat. Demgemäß sollte all das zur Herstellung eines Gebäudes gehören, was im Sinne seiner typischen Eigenart, seiner allgemeinen Zweckbestimmung dafür unerlässlich sei ³⁾.

Eine ähnliche Meinung vertreten Enneccerus-Nipperdey ⁴⁾. Sie differenzieren zwischen Sachen, die nur einem in dem Gebäude beabsichtigten Betrieb, Geschäft oder sonst verfolgten Zweck dienen; sie fallen dann nicht unter den Bestandteilsbegriff des § 94 Abs. 2 BGB. Sie dienen nur dann zugleich zur Herstellung des

1) Oertmann, § 94, Anm. 2; Oertmann, Recht 1906, 144 ff.

2) Furst JW 1906, 154 f.; Lenel DJZ 1906, 45 ff.; 1907, 509 ff.; RGRK § 94, Anm. 13.

3) Vgl. Lenel DJZ 1906, 50 ff.

4) Enneccerus-Nipperdey, § 125 S. 793.

Gebäudes, wenn das Gebäude gerade diesen Sachen so angepaßt oder so für sie eingerichtet ist, daß es vor ihrer Einfügung als noch nicht vollendet erscheint.

Staudinger-Coing ¹⁾ wollen dem Grundgedanken des Gesetzgebers entnehmen, daß in den Fällen, in denen ein Gebäude erkennbar zu einem ganz bestimmten Zweck errichtet sei, diejenigen Einrichtungen, die nach der augenblicklichen Verkehrsanschauung bei einem solchen Gebäude solcher Zweckbestimmung für erforderlich gehalten würden, zu den wesentlichen Bestandteilen gehörten, soweit sie der Konsument (der Käufer oder der Mieter) vorzufinden erwartet (z.B. Heizungsanlagen und Badewannen in einem Mietshaus). Die Tatsache, daß solche Anlagen beim heutigen Stand der Technik infolge der Normung leicht ausgewechselt werden könnten, könne angesichts der grundsätzlichen gesetzlichen Wertung, die vom Standpunkt des Erwerbs ausgehe, nicht berücksichtigt werden. Sei dagegen das Gebäude für verschiedene Zwecke verwendbar, z.B. ein Bürohaus, das auch als Wohngebäude benutzbar oder eine Fabrikhalle, die nicht nur für einen speziellen Industriezweig bestimmt sei, so gehörten zu den wesentlichen Bestandteilen nur diejenigen Sachen, die für die Herstellung des Baus selbst erforderlich seien. Auch die meisten anderen Kommentatoren stellen beim Gebäudebegriff im wesentlichen auf die konkrete Zweckbestimmung ab ²⁾ .

1) Staudinger-Coing, § 94 Anm. 4.

2) Vgl. etwa Soergel-Baur, § 94 Anm. 10 ; Planck, § 94 Anm. 6 b, Palandt-Danckelmann, § 94 Anm. 4.

d. Kritik und Stellungnahme zum Gebäudebegriff

Da die Rechtsprechung einerseits dazu neigte, den Vorbehaltsverkäufer, dem in aller Regel der Verlust seiner Rechte aus dem gelieferten Gegenstand droht, zu schützen, andererseits aber immer die vom Gesetz geschützte Gebäudeeinheit im Auge behalten mußte, sah sie sich verschiedentlich dazu veranlaßt, die von ihr entwickelten Grundsätze zu durchbrechen und ihre Entscheidungen auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte des Einzelfalls zu stützen. Daß eine solche Handhabung der Problematik weder der Rechtssicherheit dient, noch im Sinne der materiellen Gerechtigkeit ist, liegt auf der Hand und bedarf keiner eingehenden Erörterung.

Als Beispiel hierfür ließe sich eine Entscheidung des OLG München anführen, die in einem krassen Gegensatz zu den vergleichbaren Entscheidungen anderer Gerichte steht. In dieser Entscheidung werden nämlich bestimmte Maschinen einer Brauerei als wesentliche Bestandteile eines Hauses angesehen ¹⁾, weil Maischwerk und Pumpe (um diese Maschine handelt es sich hier) dem Gebäude erst das "Gepräge" eines Sudhauses gäben.

Nach den oben angeführten, von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen, handelt es sich aber bei diesen Gegenständen zweifelsfrei um Fabrikmaschinen

1) OLG München, Recht 1937, Nr. 1892; OLG Nürnberg, Recht 1938, Nr. 3059; das Reichsgericht hat jedoch die Tanks und Gärbottiche einer Brauerei nicht als Bestandteile angesehen, sondern als Zubehör; Gruch. Beitr. 58, 883.

oder zumindest damit vergleichbare Produktionsmittel, die in aller Regel nicht als wesentliche Bestandteile angesehen werden. Bemerkenswerterweise hat auch das Reichsgericht im Gegensatz zum Oberlandesgericht München die Auffassung vertreten, daß die Tanks und Gärbottiche einer Brauerei überhaupt keine Bestandteile seien, sondern Zubehör ¹⁾.

Ähnlich verfuhr das Oberlandesgericht Oldenburg in seiner Entscheidung aus dem Jahre 1969, in der es die Ventilatoren einer modern eingerichteten Geflügelhalle den wesentlichen Bestandteilen des § 94 Abs. 2 BGB zuordnete ²⁾. In den Gründen dieses Urteils findet sich der Hinweis, daß diese Ventilatoren nicht nur der Arbeitersparnis dienten, sondern - was noch wichtiger erscheine - auch die Möglichkeit gäben, die Ställe erheblich stärker zu belegen.

So begrüßenswert diese Entscheidung im Ergebnis sein mag, so unverständlich ist sie im Hinblick auf die ständige Rechtsprechung. Zweifelsohne nämlich treffen die Merkmale der Arbeitersparnis und der Produktionserhöhung auch auf nahezu alle anderen Maschinen zu, die gerade keine Bestandteile sind, geschweige denn wesentliche.

Grundsätzlich im Sinne der herrschenden Meinung argumentiert auf der anderen Seite das Schleswig-Holsteinische OLG, wenn es die Einrichtungen einer Mühle mit

1) RG, Gruch.Beitr. 58, 883.

2) RGZ 150, 22.

der Begründung als Zubehör qualifiziert, der Begriff des Gebäudes beinhalte nur die Baulichkeit, nicht aber die Maschineneinrichtung ¹⁾. Diese Rechtsprechung wird auch im Ergebnis vom BGH vertreten, der z.B. eine Drehbank nicht als Bestandteil eines Gebäudes ansieht. ²⁾.

Solcherlei Ungereimtheiten in der Rechtsprechung finden sich aber nicht nur bei der rechtlichen Behandlung der Maschinen einer Fabrik oder der Geräte eines sonstigen Gewerbebetriebes, sondern auch bei der Qualifizierung der Einrichtungen von Wohnhäusern oder Hotels.

Obwohl die Rechtsprechung hier, anders als bei der Beurteilung der Maschinen einer Fabrik, dazu neigt, wirtschaftliche Erwägungen mit zu berücksichtigen ³⁾, finden wir auch hier merkwürdig unterschiedliche Auffassungen. So werden die in einem Wohnhaus befindlichen Heizungsanlagen von den einzelnen Gerichten im Ergebnis recht unterschiedlich behandelt. So geht z. B. das AG Münster ⁴⁾ davon aus, daß der von einem Mieter in einem Altbau eingebaute Gasbadeofen unter anderem deshalb kein wesentlicher Bestandteil eines Gebäudes wird, weil bei einem Altbau nicht davon ausgegangen

1) Schl. Holst. OLG, SchlHA 1955, 127.

2) BGH, JZ 1964, 518 f.

3) Vgl. RGRK § 94, Anm. 13; RGZ 73, 333; 90, 198; BGH, LM. § 94, Nr. 1; RG, JW 1901, 362; RG, HRR 1919, Nr. 1298; RG, Warn.Rspr. 1933, Nr. 21; KG JW 1932, 3006; OLG Celle, BB 1953, 134; OLG Stuttgart, NJW 1958, 1685.

4) AG Münster, MDR, 72, 872.

werden kann, daß zu seiner Fertigstellung die Einrichtung eines Gasbadeofens erforderlich sei. Der entscheidende Amtsrichter geht hier wohl davon aus, daß der Mieter einer Altbauwohnung weniger sanitäre Anlagen benötigt, als der Mieter einer Neubauwohnung. Auch das Kammergericht lehnte in einer, wenn auch älteren Entscheidung ¹⁾ die Bestandteilseigenschaft der in ein Wohnhaus eingebauten Badeöfen ab und qualifizierte diese Gegenstände als Zubehör. In teilweiser Übereinstimmung zu diesen vorgenannten Entscheidungen lehnte auch das OLG Celle bei einer Ölfeuerungsanlage, die als Zusatzheizung zu einer Zentralheizung fungieren sollte, die Eigenschaft eines wesentlichen Gebäudebestandteils ab ²⁾.

Andererseits aber hat der BGH in Übereinstimmung mit anderen Gerichten schon wiederholt die Auffassung vertreten, daß Beheizungsanlagen, Gasradiator, Badeöfen, Warmwasserbereiter und auch Herde wesentliche Gebäudebestandteile seien ³⁾.

Diese unterschiedlichen Rechtsauffassungen sind einerseits darauf zurückzuführen, daß sich im Laufe der Jahrzehnte technische, wirtschaftliche und soziale Änderungen ergeben haben, denen sich die Rechtsprechung erst nach und nach anpassen mußte. Andererseits aber wird doch eine gewisse Unsicherheit in der Auslegung des § 94 BGB ersichtlich, die sicherlich daher rührt, daß diese Vorschrift keine starren Tatbe-

1) OLGZ 39, 122.

2) OLG Celle, BB 1953, 134.

3) BGH, NJW 1953, 1180, LM, § 94 Nr. 1.

standsvoraussetzungen hat, sondern in mannigfacher Hinsicht auslegungsfähig ist.

Geht man vom Sinn und Zweck der Vorschrift des § 94 Abs. 2 BGB aus, und legt man bei ihrer Interpretation die heutigen sozialen und technischen Gegebenheiten zugrunde, so ergeben sich klare Auslegungskriterien.

Die hier geschaffene Regelung hinsichtlich der Rechtsverhältnisse bei den Teilen eines Gebäudes knüpft letztlich an die römischen Rechtssätze über das "tignum iunctum" an. Damals wie heute entspricht sie damit dem Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und den sozialen Erfordernissen. Als Wohn-, Produktions-, Arbeits- und Lagerstätte gehört das Gebäude zu den essentiellen Lebensbedingungen, wie Nahrung, Wärme, und muß daher in seinem Bestand geschützt werden.

Im Gegensatz zu § 93 BGB hatte der Gesetzgeber bei der Schaffung des § 94 Abs. 2 BGB daher auch nicht die wirtschaftliche Erhaltung der Teile des Gebäudes im Auge, sondern die des Ganzen ¹⁾. Allein das Gebäude soll als wirtschaftliche Einheit erhalten bleiben.

Damit ist bei der Beurteilung der wesentlichen Bestandteile des Gebäudes nicht wie bei den beweglichen Sachen, auf die Ersetzbarkeit der Teile abzustellen, sondern allein darauf, ob das Gebäude, sofern der in Frage

1) Motive III, 44.

stehende Teil abgetrennt wird, einen erheblichen Wertverlust erleidet.

Da für den Wert eines Bauwerks allein entscheidend ist, ob es seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann, ist demgemäß im Einzelfall zu prüfen, ob durch die Wegnahme des in Frage stehenden Teils die konkrete Verwendungsmöglichkeit des Gebäudes beeinträchtigt wird.

Kann das Gebäude nach einer solchen Trennung nicht mehr in der ursprünglichen Weise genutzt werden und sind erhebliche Aufwendungen notwendig, um es wieder seinem ursprünglichen Zweck entsprechend verwenden zu können, so ist genau der Fall eingetreten, den der Gesetzgeber mit der Regelung des § 94 Abs. 2 BGB vermeiden wollte. Hieraus ergibt sich, daß solche Teile als wesentliche Gebäudebestandteile anzusehen sind, deren Abtrennung den konkreten Verwendungszweck des Gebäudes einschränkt. Letztlich ist also darauf abzustellen, inwieweit in einem solchen Fall die Funktionsfähigkeit des Ganzen eingeschränkt wird.

Ist ein Bauwerk durch die Wegnahme eines ihm eingefügten Gegenstandes nicht mehr funktionsfähig, so muß grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß es sich bei diesem Teil um einen wesentlichen Bestandteil im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB handelt. Allein diese Interpretation entspricht den Intentionen des Gesetzgebers, da andernfalls erhebliche Wertverluste drohen. Dies wird auch ersichtlich am Beispiel eines Wohnhauses, das mit der Wegnahme der Heizungsanlagen praktisch unbenutzbar wird, weil es wegen der hiesigen Klimaverhältnisse nicht mehr bewohnt werden kann.

Der Begriff der Verwendungsfähigkeit darf nicht zu weit gefaßt werden, weil sonst § 98 BGB überflüssig werden würde, was ebenfalls nicht im Sinne des Gesetzgebers sein kann. Es ist grundsätzlich auf den konkreten Gebäudebegriff abzustellen. Andernfalls nämlich wäre § 94 Abs. 2 BGB weitgehend überflüssig. Denn dann wären nur die Teile wesentliche Bestandteile, die allgemein zur Herstellung eines jeden Gebäudes erforderlich sind, wie z.B. Ziegel, Zement, Böden, Decken etc. Hinsichtlich dieser Bauteile bedürfte es überhaupt keiner besonderen Vorschrift, weil sie bereits unter den Bestandteilsbegriff des § 93 BGB fallen.

Andererseits ist aber bei einem Fabrikgebäude sicherlich nicht jede einzelne transportable Maschine Funktionsvoraussetzung des Ganzen, bzw. der Fabrik und damit des Gebäudes. In aller Regel nämlich kann dieses konkrete "Fabrikgebäude" vielerlei Arten von Produktion dienen.

Anders verhält es sich hingegen dann, wenn ein Gebäude für einen ganz speziellen Zweck errichtet worden ist. Dann nämlich müßten die Gegenstände und Maschinen, die die Erreichung dieses Zweckes erst ermöglichen, als wesentliche Bestandteile angesehen werden. Bei dieser Art von Gebäude bliebe bei der Wegnahme eines solchen Teils nur mehr ein nicht mehr zu verwendender Rest, praktisch eine Ruine übrig.

So ist das Gebäude einer Garage nicht mehr sinnvoll weiter zu nutzen, wenn ihm die Tankanlagen entnommen werden. Aber selbst ein verhältnismäßig billiges Gerät, wie eine Klimaanlage, ist z.B. für eine Hühner-

farm eine entscheidende Voraussetzung für deren Betrieb. Entnimmt man sie dem Gebäude, so kann dieses praktisch nicht mehr in der ursprünglichen Weise genutzt werden. Da aber ein solches Gebäude in anderer Weise kaum benutzt werden kann, verliert es praktisch jeden Gebrauchswert. Bei solchen Gebäuden ist also auch die einzelne Maschine wesentlicher Bestandteil des Gebäudes. Solche Fälle werden aber in der Praxis selten von Bedeutung sein, weil bei den für einen speziellen Zweck errichteten Gebäuden die mit ihnen verbundenen Geräte und Maschinen zumeist schon wesentliche Bestandteile nach § 93 BGB sein dürften.

Zusammenfassend muß davon ausgegangen werden, daß bei der Beurteilung des wesentlichen Gebäudebestandteils im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB zunächst anhand objektiver Kriterien zu prüfen ist, ob der fragliche, mit dem Gebäude verbundene Gegenstand Voraussetzung für die bestimmungsgemäße Nutzung des Gebäudes ist. Kann das Gebäude nach Wegnahme dieses Gegenstandes nicht bestimmungsgemäß genutzt werden, so muß nunmehr festgestellt werden, ob das Gebäude nicht in einer ähnlichen Art und Weise weiterverwendet werden kann. Nur wenn dies ebenfalls nicht möglich ist, ist der in Frage stehende Gegenstand wesentlicher Bestandteil im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB.

3. Die Rechtsverhältnisse am wesentlichen Bestandteil eines Grundstücks oder eines Gebäudes

Wird eine bewegliche Sache mit einem Grundstück oder einem Gebäude in der Weise verbunden, daß sie (endgültig) dessen wesentlicher Bestandteil wird, so erstreckt sich gemäß § 946 BGB das Eigentum am Grundstück auf diese Sache. Unabhängig vom Willen des Einfügenden ¹⁾ wird der Eigentümer des Grundstücks nun auch Eigentümer der verbundenen Sache. Anderes trifft nur zu, wenn der betreffende Gegenstand gemäß § 95 BGB zu einem vorübergehenden Zweck eingebaut wurde. Errichtet ein Nießbraucher in Ausübung seines Rechts ein Gebäude, so wird dieses nicht Bestandteil des Grundstücks, eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse tritt nicht ein.

Für den Eigentumserwerb des Grundstückseigentümers spielt es keine Rolle, wer die Verbindung vorgenommen hat, mit wessen Mitteln oder mit welcher Willenserklärung der Verbindende tätig geworden ist. Anerkanntermaßen vermag auch ein Geisteskranker so Eigentum zu begründen wie auch zu übertragen ²⁾.

Die Vorschriften der §§ 946, 949 BGB sind insbesondere für Baustofflieferanten und Bauhandwerker

1) RGZ 152, 352.

2) Baur, § 53 a I, 2; Palandt-Degenhardt, § 946, Anm. 2.

von großer praktischer Bedeutung. Ihre Eigentumsvorbehalte erlöschen, obwohl in dem einen oder anderen Fall technisch eine Trennung der gelieferten Sache vom Gebäude ohne weiteres möglich wäre: So könnten die Waschbecken und Warmwasserbereiter eines Wohnhauses ohne große Schwierigkeiten wieder ausgebaut werden. Schon bei der öffentlichen Diskussion des ersten BGB-Entwurfs bis zu der Zeit nach Inkrafttreten des BGB erörterten Architekten, Baulieferanten und Bauhandwerker lebhaft die Frage der Sicherstellung ihrer Werklohnansprüche gegenüber dem Bauherrn. Thema waren auch die Praktiken der Geldgeber, die selbst oft im Hintergrund blieben und rechtlich nur ganz selten zu belangen waren ¹⁾. Die Geldgeber konnten sich ohne Schwierigkeiten dinglich sichern. Sollten diejenigen, die durch ihre Kopf- und Handarbeit erhebliche Werte geschaffen hatten, im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Bauherrn leer ausgehen? Das dürfte nicht rechtens sein. Man argumentierte: § 648 BGB biete keinen ausreichenden Schutz für den Bauhandwerker und den Subunternehmer. Die Bauwerk-sicherungshypothek des § 648 BGB müsse erst durch eine Klage nach § 894 ZPO rechtskräftig festgestellt werden. Im Hinblick auf Einwendungen des Bauherrn ("für seine Forderung") und regelmäßig mindestens zwei Gerichtsinstanzen könne allein die rechtskräftige Feststellung der Hypothek Jahre in Anspruch nehmen. Auch die Sicherung durch Vormerkung auf Grund einer einstweiligen Verfügung (§ 885 Abs. 1 S. 2 BGB; §§ 916, 936 ZPO) setze die Bewilligung ²⁾ des Bauherrn voraus oder aber müsse erst durch

1) von Liebig, "Der Bauschwindel und seine strafrechtliche Beurteilung", BayZ 1905, 145 ff. (176).

2) Erman, § 648 Anm. 5.

rechtskräftiges Bewilligungsurteil erfolgen. Durch die Langwierigkeit dieses Verfahrens bestehe aber die Gefahr, daß die Bauwerksicherungshypothek im Rang ganz unten liege und schließlich bei einer Zwangsversteigerung ausfalle ¹⁾.

Kein Zweifel, daß diese Argumente nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen waren. Ein weiterer gewichtiger Nachteil des durch § 648 BGB geschaffenen "Schutzes" liegt darin, daß erst nach der gänzlichen oder teilweisen Vollendung ("eines einzelnen Teils") der Anspruch auf die "Handwerkerhypothek" entsteht.

Schließlich wird sich der Bauunternehmer oder -handwerker auf eine Sicherung seiner Ansprüche meist erst dann besinnen, wenn bereits konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Bauherr sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet. Dann aber hat der Unternehmer (Handwerker) meist das Nachsehen.

Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum der Vorbehaltslieferant oder ein Handwerker eines Bauherrn in seinen Ansprüchen so wenig Schutz erfahren soll. Die meist "mittelständischen" Handwerksbetriebe des Baugewerbes geraten gegenüber den Banken ins Hintertreffen, deren Aussichten auf volle Befriedigung in einem Zwangsversteigerungsverfahren auf Grund der von den Handwerksbetrieben bereits ausgeführten Arbeiten ja nicht unerheblich ansteigen.

1) Staudinger, § 68 Anm. 1; Palandt, § 648 Anm. 1; Enneccerus-Lehmann, § 154 II, 3.

Soll denn derjenige, der kraft Gesetzes sein Eigentum an der eingefügten Sache verliert, zugunsten des von vornherein dinglich gut abgesicherten bloßen Darlehensgebers das Nachsehen haben? Das wäre eine wirtschafts- und sozialpolitisch bedenkliche Folge.

Als Ausweg aus dem Dilemma böte sich die analoge Anwendung des Wegnahmeanspruchs des § 951 Abs. 2 Satz 2 BGB an, wenngleich dieser Schutz wegen seines bloß schuldrechtlichen Charakters nur beschränkt ist: Im Falle der Verbindung von Fahrnis mit einem Grundstück ist die Wegnahme (z.B. nach §§ 500 S. 2, 547 II 2, 581 II, 601 II 2, 997, 1049 II, 1093 I 2, 1216 S. 2, 2125 II, 2172 II 1 BGB) auch dann zulässig, wenn die Verbindung nicht von dem Besitzer der Hauptsache bewirkt worden ist. Der BGH will daraus schließen, daß ein Wegnahmerecht für den Nichtbesitzer nicht begründet werden soll. Er führt als Argument dieser Beschränkung des Wegnahmerechts an, daß durch die Wegnahme im Sinne des § 951 Abs. II S. 2 BGB die Bestimmung des § 951 I S. 2 BGB, durch die der Anspruch auf Wiederherstellung ausgeschlossen wird, ausgehöhlt werde ¹⁾.

Wenngleich das Wegnahmerecht in einem gewissen Gegensatz zum Ausschluß des Wiederherstellungsrechts steht, so treten sich hier dennoch mehrere gleichwertige Interessen gegenüber, zwischen denen es einen gerechten Ausgleich zu finden gilt :

1) Urteil vom 31.10.1963, in BGHZ 40, 272.

Dem Prinzip der eindeutigen sachenrechtlichen Güterzuordnung und der Erhaltung wirtschaftlicher Werte nach §§ 946 ff. BGB einerseits muß andererseits der Grundsatz der Gleichbehandlung gleichartiger Rechtsverhältnisse gegenüberstehen.

Diesem Grundsatz der Gleichbehandlung trägt das geltende Recht nicht immer Rechnung. Danach nämlich ist der Warenkreditgeber, das heißt der Warenlieferant, dem Geldkreditgeber gegenüber regelmäßig im Nachteil. Kommt es nämlich wirklich zu einem finanziellen Kollaps, so läßt der Geldkreditgeber zumeist die von Warenkreditgebern oder Handwerkern gelieferten oder eingebauten Sachen einfach mitversteigern. Ein solches Vorgehen läßt sich in der Praxis auch kaum verhindern. Hier könnte eine entsprechende Auslegung der §§ 946 ff. BGB Abhilfe schaffen, deren Sinn und Zweck nicht zuletzt darin besteht, die zivilrechtliche "Enteignung" auf das notwendigste Maß herabzusenken ¹⁾. Das Gesetz will in § 951 Abs. 2 Satz 2 BGB nicht in erster Linie auf den Besitz abstellen. Nach den Motiven steht vielmehr im Vordergrund dieser Regelung, die "expropriierende" Wirkung der §§ 946 und 947 BGB zu mildern ²⁾, einen schuldrechtlichen Ausgleich zwischen dem, der aufgrund des § 946 BGB ein Recht verliert und dem, der hier als unmittelbare Folge dieses Verlustes eine Position gewinnt, zu schaffen.

Die herrschende Meinung geht weiter davon aus, daß ein Wegnahmerecht nur dem zustehen könne, der sein Eigentum nicht durch die Leistung eines anderen, sondern durch

1) Baur-Wolf, JuS 66, S. 399.

2) Motive III, 414.

einen Eingriff verloren habe ¹⁾.

Hierbei wird die rechtsgeschäftliche Eigentumsübertragung gemäß § 929 BGB der willentlichen Eigentumsverschaffung nach den §§ 946 ff. BGB gleichgestellt ²⁾. Diese einengende Auslegung erscheint sachlich nicht gerechtfertigt. Grundsätzlich verschafft der Materiallieferant dem Bauherrn Eigentum, obgleich er sich, wenn die gesetzliche Regelung nicht entgegenstünde, sein Eigentum bis zur Kaufpreiszahlung vorbehalten könnte. Durch seine Leistung (Einfügung der Sache ins Gebäude) aber geht sein Eigentum nach § 946 BGB auf den Grundstückseigentümer über. Soll ihm auch durch einengende Auslegung der schuldrechtliche Ausgleichsanspruch nach § 951 II S. 2 BGB versagt bleiben? Schaffte er (der Baustofflieferant oder Handwerker) die "Sache" nur an die Baustelle, behielte er sich das Eigentum daran vor, und gestattete oder nähme er den Einbau erst nach vollständiger Bezahlung des Kaufpreises und Werklohns vor, dann wäre er gesichert und die weitere Absicherung für ihn unproblematisch. Aber darf denn so ein großer rechtlicher Unterschied bestehen, wenn die Sache eingebaut wird, bevor vom Bauherrn voll bezahlt ist?

Eine unterschiedliche rechtliche Behandlung (erst zahlen, dann einfügen oder einfügen und dann bezahlen) ist sachlich ungerechtfertigt. Da ~~im~~ letzteren Fall der Eigentumsübergang kraft Gesetzes erfolgt, scheint

1) Palandt-Degenhart, § 951, Anm. 3 c; Baur-Wolf, JuS 66, 398; Soergel-Siebert, § 951, Anm. 14, Staudinger-Berg, § 951, Anm. 15; Wolff-Raiser, § 74, 3; Westermann, § 54, 6; a.A. Baur § 53, IV 3.

2) Berg, AcP 160, 520.

es angebracht, die Regeln der Eingriffskondiktion auch auf diesen Fall analog auszudehnen. Die Ähnlichkeit der Interessenlage rechtfertigt dies. Es ist ein gangbarer Weg, das Problem so zu lösen, daß dem Einfügenden entsprechend dem Grundgedanken des § 95 I Abs. 2 Satz 2 BGB (schuldrechtlicher Ausgleich zwischen dem, der sein Eigentum nach § 946 BGB verliert, und dem, der hierdurch gewinnt = Grundeigentümer) das Recht gewährt wird, die eingefügte Sache wegzunehmen, und dies ohne Rücksicht auf Besitzverhältnisse hinsichtlich Grund und Gegenstand. Dies sollte sogar für den Fall gelten, daß inzwischen ein anderer Grundstückseigentümer geworden ist. Dieser möge sich an den Veräußerer halten. Hier überwiegt das Interesse des Lieferanten oder Handwerkers gegenüber dem Gedanken der Erhaltung wirtschaftlicher Werte, da ein befriedigender Ausgleich wegen Zahlungsunfähigkeit des Bauherrn nicht möglich ist und deswegen der Gerechtigkeit gegenüber der Wirtschaftlichkeit der Vorzug zu geben ist.

4. Die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden oder dem Gebäude verbundenen bzw. eingefügten Sachen gemäß §§ 95 Abs. 1 Satz 2 und 95 Abs. 2 BGB

Liegen die Voraussetzungen des § 93 oder des § 94 BGB vor, so teilen die Bestandteile das rechtliche Schicksal der Hauptsache und sind daher einer gesonderten Verfügung nicht mehr zugänglich. Dies bedeutet eine Einschränkung des Grundsatzes der Privatautonomie, eine Einschränkung aber, die der Gesetzgeber aus Gründen der Erhaltung wirtschaftlicher Werte angeordnet

und gebilligt hat. Mit § 95 BGB wollte der Gesetzgeber der besonderen Rechts- und Sachlage der nur vorübergehend miteinander verbundenen Sachen Rechnung tragen und sie rechtlich anders behandeln. Er überließ im Gegensatz zu den für dauernd miteinander verbundenen Gegenständen die Regelungen der sachenrechtlichen Verhältnisse an den Sachverbindungen im Sinne des § 95 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 BGB der Parteivereinbarung (Privatautonomie) der Berechtigten ¹⁾. Demgemäß bestimmt diese Vorschrift, daß diejenigen Sachen nicht zu den "Bestandteilen" gehören, die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden verbunden sind. Auf diese Weise kommt das Gesetz den Erfordernissen des Verkehrslebens jedenfalls insoweit nach, als die Nutzungsberechtigten eines Grundstücks oder Gebäudes -gleich, ob ihre Berechtigung auf einem dinglichen oder auf einem obligatorischen Recht beruht - falls sie für die Dauer ihrer Berechtigung Sachen mit dem Gebäude oder dem Grundstück verbunden haben, Eigentümer dieser Sachen bleiben und nicht für die eventuellen, am Grundstück oder Gebäude bestehenden Sicherungsrechte mithaften ²⁾.

a. Der nur "vorübergehende" Zweck im Sinne des § 95 BGB

Sachen, die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden verbunden oder in ein Gebäude eingefügt sind, sind beispielsweise Behelfsheime, Schaubuden,

1) Spyridakis, S. 14; Motive III, 44; Leonhard, S. 163, 4; Oertmann, § 95, Anm. 1.

2) Spyridakis, S. 14.

Gerüste u.ä.. Hier wird ersichtlich, daß die spätere Trennung entweder von Anfang an beabsichtigt gewesen sein muß oder aber mit Bestimmtheit erwartet wurde. Unerheblich hingegen ist dabei, um was für eine Sache es sich dabei handelt (Steinhaus oder Hundehütte) und wie lange die Einfügung dauern sollte, sofern sie nur vorübergehend ist. Sicher muß nur die Tatsache der späteren Trennung sein.

Die Rechtsprechung geht davon aus, daß eine Verbindung zu einem nur vorübergehenden Zweck sogar dann vorliegt, wenn die Verbindung für längere Dauer bestimmt ist. Es sei dabei nicht erforderlich, daß die Dauer der Verbindung absehbar sei, sie müsse lediglich nach dem Willen des Einfügenden zeitlich begrenzt sein ¹⁾. So könne der nur " vorübergehende " Zweck auch auf Jahrzehnte hinaus berechnet sein, so bei bergbaulichen Anlagen bis zur Erschöpfung der Ausbeute ²⁾. Einen vorübergehenden Zweck hat die Rechtsprechung ferner bei Tribünen, Ausstellungsbauten und auch bei dem Pflanzenbestand einer Baumschule ³⁾ angenommen.

aa. Die von der herrschenden Meinung herangezogenen Kriterien für die Feststellung des nur vorübergehenden Zwecks im einzelnen

Die oben dargelegte Skizzierung des " vorübergehenden Zwecks " hat im Einzelfall zu zahlreichen Problemen

1) H.M. Erman-Westermann, § 95, Anm. 2; Soergel-Baur, § 95, Anm. 2; Palandt-Danckelmann, § 95, Anm. 2 a; bzgl. eines mehrjährigen Pachtvertrages, BGH, Betrieb 1970, 585.

2) RGZ 61, 192.

3) RGZ 66, 105, 215.

geführt. Die in der Literatur und Rechtsprechung herrschende Meinung stellt auf den Einzelfall ab. Sie berücksichtigt dabei sowohl die tatsächliche Art der Verbindung oder Einfügung als auch die ihr zugrundeliegenden Absichten des Verbindenden bzw. Einfügenden. Sie will aber auch die Rechtsverhältnisse zwischen dem Grundstückseigentümer und demjenigen heranziehen, der die Verbindung oder Einfügung vorgenommen hat.

So soll auch der Wille des Einfügenden entscheidend dafür sein, ob eine Sache nur zu einem vorübergehenden Zweck eingefügt ist. Dies allerdings nur dann, wenn dieser Wille auch mit dem äußeren Sachverhalt vereinbar ist ¹⁾. Eine tragbare Hundehütte kann so- nach trotz entgegenstehenden Willens des Eigentümers niemals ein wesentlicher Bestandteil sein.

Bei Verbindungen, die ein obligatorisch Berechtigter (in der Regel also ein Mieter oder ein Pächter) vor- genommen hat, geht die herrschende Meinung davon aus, daß feststeht, daß die Einfügung nur zu einem vorüber- gehenden Zweck erfolgt und eine spätere Trennung da- mit sicher ist ²⁾. Diese Vermutung gilt selbst dann, wenn es sich bei dem eingefügten Gegenstand um ein massiv errichtetes Gebäude handelt, das nicht ent- fernt werden kann, ohne abgerissen und damit zerstört zu werden ³⁾.

Diese Grundsätze gelten ferner dann, wenn die Gesell- schafter einer bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft im Sinne des § 7o5 BGB auf dem zur Nutzung eingebrachten Grundstück eines Gesellschafters ein Bauwerk errich- ten ⁴⁾.

1) BGH, BB 55, 335; OHG 1, 17o; RG, HRR 42, 257; RGZ 153, 231; 158, 376; BGH, DNotZ 73, 471.

2) RGZ 87, 51; BGHZ 8, 1; BGH, BB 55, 335; BGH, NJW 57, 457; OLG Stuttgart, MDR 55, 225; BGH, LM, § 95, Nr. 2; BGH, Vers.R 196o, 363; Soergel-Baur, § 95 Anm. 4; Staudinger-Coing, § 95, Anm. 7 a; Enneccerus-Nipperdey, § 125 II, 3a; war aber in dem Pachtvertrag die Über- nahme der von dem Pächter errichteten Bauten verein- bart oder handelt es sich um Sachen, die der Pächter auf Grund seines Vertrages einzufügen verpflichtet war, so werden diese auch wesentliche Bestandteile: RGZ 15o, 22; BGH, NJW 71, 13o9; Spyridakis, S 15.

3) BGHZ 1o, 171; BGHZ 8, 5.

4) BGH, NJW 59, 1488.

Der Gesetzgeber sieht auch hier offensichtlich eine zeitliche Befristung und damit auch das sichere Ende der Gesellschaft als solcher.

Andererseits wird eine dem Grundstück eingefügte oder mit ihm verbundene Sache als wesentlicher Bestandteil angesehen, wenn der Einfügende die Sache ursprünglich zwar nur vorübergehend mit dem Grundstück verbinden wollte, später seine Absicht aber änderte und die Verbindung auf unbegrenzte Dauer bestehen lassen wollte. Die Rechtswirkung soll dabei mit der nach außen erkennbaren Willensänderung eintreten, sofern der Einfügende Grundstücks- oder Gebäudeeigentümer ist. Ist er das aber nicht, so verlangt die herrschende Meinung eine nachträgliche Einigung zwischen dem Einfügenden und dem Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, ¹⁾ so daß die eingefügte Sache erst dann wesentlicher Bestandteil wird, wenn die Einigung vorliegt. Daß diese Sachbehandlung richtig ist, ergibt sich schon aus der Erwägung, daß sich niemand ein Recht aufdrängen lassen muß.

Aus dem klaren Gesetzeswortlaut des § 95 Abs. 1, Satz 1 und Abs. 2 BGB ergibt sich, daß solche Sachen, die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden oder dem Gebäude verbunden sind, keine Bestandteile des Grundstücks oder des Gebäudes sind. Damit ist eindeutig gesagt, daß sie weder wesentliche noch unwesentliche Bestandteile sind, sondern überhaupt keine. Weil sie aber scheinbar dem äußeren Eindruck nach, oft - wenn auch nicht stets - als Bestandteile erscheinen, hat sich für sie der

1) BGHZ 23, 57; Esser, MDR 57, 213; Soergel-Baur, § 95, Anm. 2; a.A. Erman, § 95, Anm. 10, der auf dem Standpunkt steht, alleine die Willensrichtung des Einfügenden sei maßgebend.

Begriff der "Scheinbestandteile" eingebürgert, der auch für Gebäude und andere Werke gilt, die in Ausübung eines Rechts an einem fremden Grundstück von dem Berechtigten mit dem Grundstück verbunden worden sind, § 95 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 BGB. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, bei der Behandlung des nur vorübergehenden Zwecks alle hier vertretenen Ansichten darzulegen. Wenn auch zahlreiche Vorschläge zur Bestimmung dieses Begriffs gemacht wurden, so hat sich die Rechtsprechung doch keinem angeschlossen, teils wegen vermeintlicher fehlender Praktikabilität, teils wegen angeblicher Unvereinbarkeit mit dem geltenden Recht. Hier nur einige Auslegungen: Krückmann wollte beim Verkauf von unter Eigentumsvorbehalt stehenden Sachen, die in ein Gebäude eingefügt oder mit einem Grundstück verbunden werden sollten, für die Dauer bis zur vollständigen Kaufpreiszahlung einen "Mietvertrag" konstruieren, also § 95 BGB ausdehnend interpretieren. Als Folge hätte dann nach Ablauf dieser Mietzeit bei Nichtzahlung des Kaufpreises die Sache vom Grundstückseigentümer zurückgegeben werden müssen. Die verbundenen oder eingefügten Sachen wären sonach wegen des nur vorübergehenden Zwecks der Verbindung nur Scheinbestandteile im Sinne des § 95 BGB geworden ¹⁾. Krückmann verkennt dabei, daß der Wille des Einfügenden nur insoweit entscheiden kann, als er mit dem äußeren Sachverhalt vereinbar ist ²⁾. Abgesehen davon, daß ein Vertrag übereinstimmende Erklärungen beider Partner verlangt, kann durch eine mit dem äußeren Sachverhalt nicht in Einklang zu bringende Erklärung des Einfügenden eine Einfügung nicht zu einer nur vorübergehenden gemacht werden.

1) Krückmann, JW 1906, S. 673 ff; Bender, S. 57.

2) Vgl. S. 144, Fußnote 1.

Dies aber versucht Krückmann mit seiner sachfremden und insoweit nicht zu vertretenden Konstruktion ¹⁾. Affolter versuchte ebenfalls in extensiver Interpretation des § 95 BGB einen "Scheinbestandteil" so zu begründen, daß insbesondere bei Maschinen der Vorbehaltskäufer der einzubauenden Sachen dem Verkäufer (Lieferanten) ein dingliches Recht, wie z.B. eine persönliche Dienstbarkeit an seinem Grundstück "einräumte" und zwar ohne förmliche Bestellung des Rechts. Daß dies eine völlig unsachgemäße Konstruktion ist, liegt auf der Hand ²⁾. Andere wollten den Wegnahmeanspruch aus § 951 BGB verdinglichen, sodaß man zu einer Wirksamkeit gegenüber allen Realberechtigten gelangte ³⁾.

Aber auch, wenn eine Sache unter Eigentumsvorbehalt gekauft und in ein Grundstück oder Gebäude eingefügt worden ist, kann niemals von einer "Sache, die nur zu einem vorübergehenden Zweck" eingefügt oder verbunden ist, gesprochen werden. Beide Parteien gehen nämlich davon aus, daß der Kaufpreis bezahlt wird und der Gegenstand dann ohne weiteres "endgültig" ins Alleineigentum des Käufers übergeht ⁴⁾.

In der Literatur wird schließlich noch die Auffassung vertreten, bei der Frage, ob eine Sache "nur zu vorübergehendem Zweck eingefügt sei", sei allein darauf abzustellen ⁵⁾, was der Verbindende bei der Zusammenfügung beabsichtigt habe.

1) Moog, Der Eigentumsvorbehalt an eingefügten Sachen, NJW 62, 381; Erman, § 95, Anm. 1; Neumann, JW 1907, 97; Dennler, ZBIFG 8, 237 ff; Bing, DJZ 07, 348; Kretschmar, ZBIFG 1906, 1ff.

2) Affolter, DJZ 07, 930.

3) Stampe S. 31 ff.

4) RGZ 62, 411; 63, 422; RG JW 1906, 189; RGRK § 95, Anm. 24; BGZ 26, 225.

5) Tobias, S. 400, a.A., ferner Siebenhaar AcP 160, 161; RGZ 62, 410; 63, 422; 109, 128.

Eine andere Ansicht will allein die "tatsächlichen substanziellen Gegebenheiten", also die Art der Verbindung ¹⁾ entscheiden lassen.

bb. Kritik an der herrschenden Ansicht und Lösungsvorschlag

Das Recht von "Bestandteil und Zubehör" ist materiell Sachenrecht, auch wenn es im wesentlichen im Allgemeinen Teil des BGB zu finden ist, weil es die dinglichen Rechte an körperlichen Gegenständen (§ 90 BGB) normiert.

Nach dem BGB ist die Zahl der Sachenrechte begrenzt (numerus clausus). Dingliche Rechte müssen, da sie absolut gegen jedermann wirken, für die Gemeinschaft transparent sein. Der numerus clausus dient der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit. Diese Gründe sprechen bei der Beurteilung der Scheinbestandteile an sich für die rein " objektive " Theorie, wonach die Rechtslage so zu beurteilen ist, wie sie der unbefangene Rechtsgenosse, der die Vereinbarungen der Beteiligten nicht kennt, sehen muß. Für die rein objektive Betrachtung spricht weiterhin die Verkehrsschutzfunktion der §§ 93 ff. BGB.

1) Meyer, Festschrift für Dahn, S. 296; Brecher, S. 65 ff.

Sobald aber die Bestandteilseigenschaft durch subjektive Momente, wie einseitige Erklärungen, aber auch nur inter partes wirkende Verträge, in Frage gestellt werden kann, ist eine eindeutige Feststellung der Eigentumsverhältnisse durch einen unbefangenen und objektiven Beobachter nicht mehr möglich. Für die streng objektive Theorie spricht aber auch die folgende Erwägung:

Weil die Scheinbestandteile nicht zum Grundstück gehören, können sie auch nicht über die §§ 891, 892 BGB gutgläubig erworben werden, sondern nur nach den Vorschriften über den gutgläubigen Erwerb beweglicher Sachen, den §§ 929 ff BGB ¹⁾ .

Der Erwerber solcher Gegenstände kann aber die Eigentumslage dann praktisch nicht beurteilen, wenn die Bestandteilseigenschaft von schuldrechtlichen Verträgen abhängig ist.

Das Gesetz selbst sagt in § 95 BGB nichts darüber aus, wie der Begriff der "nur vorübergehenden Verbindung" auszulegen ist. Jedoch Sinn und Zweck der Vorschrift lassen hier eine eindeutige Lösung zu.

Einerseits wollte der Gesetzgeber die Regelung der Eigentumsverhältnisse dann den Parteien überlassen, wenn der Einfügende nur ein zeitlich begrenztes Nutzungsrecht hat, § 95 BGB. Andererseits mußte der Gesetzgeber immer den Grundsatz der Sicherheit im Rechtsverkehr im Auge behalten, der sich auch dahingehend äußert, daß die Rechtsverhältnisse an einem Grundstück oder einem Gebäude klar und überschaubar sein müssen.

1) Vgl. S. 152 ff.

Es wird damit vermieden, daß die vom Verbindenden errichteten Anlagen nicht für die gegebenenfalls am Grundstück bestehenden Sicherungsrechte mithafteten oder aber die Folgen des § 946 ff. BGB eintreten.

Diese beiden Grundsätze widersprechen sich aber nicht. In der Regel wird ohnehin das nur für vorübergehende Zwecke errichtete Bauwerk eines Mieters oder Pächters auch nach außen hin nicht den Anschein erwecken, auf Dauer angelegt zu sein. Der BGH sieht zwar, wie erwähnt, ein massiv errichtetes Bauwerk, das nur unter Zerstörung vom Grundstück entfernt werden kann, dennoch als "Scheinbestandteil" im Sinne des § 95 BGB an, wenn nur sein ursprünglicher Zweck vorübergehender Natur war ²⁾, auch wenn das Bauwerk nach und nach massiv ausgebaut wurde. Die vom BGH vertretene Ansicht ist aber verfehlt. Das Gericht beurteilt dabei nämlich sachenrechtliche Verhältnisse auf Grund subjektiver Maßstäbe.

Handelt es sich um eine - für den unbeteiligten Dritten-objektiv auf Dauer angelegte Verbindung (was bei massiv errichteten Gebäuden durchwegs der Fall sein dürfte), so muß sich der Rechtsverkehr darauf verlassen können, daß Bauwerk und Grundstück denselben Eigentümer haben. Insoweit geht das allgemeine Interesse an der Sicherheit im Rechtsverkehr dem individuellen Interesse vor.

1) Spyridakis, S. 14.

2) BGH NJW 59, 1499; BGHZ 10, 171.

Der vom Gesetzgeber beabsichtigte Zweck der Regelung des § 95 BGB, den Parteien unter gewissen Voraussetzungen das Recht zu überlassen, die Eigentumsverhältnisse selbst zu regeln, kann nur dann zum Tragen kommen, wenn der objektive Sachverhalt den subjektiven Momenten entspricht oder wenn die objektiven Gegebenheiten keinen zwingenden Schluß zulassen, wenn also ein objektiver Betrachter aus der bestehenden Lage die Eigentumsverhältnisse nicht erkennen kann. Dann bedarf es keines besonderen Verkehrsschutzes, weil dann sich jeder Dritte in Anbetracht der Situation über die bestehenden Verhältnisse besonders vergewissern muß. Es kann nämlich nicht rechtens sein, daß sachenrechtliche Verhältnisse anhand subjektiver Momente beurteilt werden. Andererseits besteht aber kein Anlaß, den Beteiligten das Recht abzusprechen, alle Eigentumsverhältnisse unter den Voraussetzungen des § 96 BGB dann selbst zu regeln, wenn nach objektiven Gesichtspunkten nicht beurteilt werden kann, ob eine Verbindung auf Dauer eingerichtet ist oder nicht, weil sich unter solchen Umständen niemand darauf verlassen darf, daß hier eine ganz bestimmte Eigentumslage gegeben ist.

b. Werke, die in Rechtsausübung an einem fremden Grundstück vom Berechtigten auf dem Grund errichtet sind (§ 95 Abs. 1 Satz 2 BGB)

§ 95 I 2 BGB betrifft Gebäude und andere "Werke", die in Ausübung eines dinglichen Rechts an einem

Grundstück in dieses oder in das dazugehörige Gebäude berechtigtermaßen eingefügt worden sind ¹⁾. Die Vorschrift ist eine Ausnahmeregelung von § 97 BGB und bezieht sich nur auf "Werke". Die Regelung wurde aus Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen geschaffen: Der an einem Grundstück dinglich Nutzungsberechtigte (Erbbauberechtigte, Nießbraucher, Inhaber einer Grunddienstbarkeit oder eines Überbaurechts etc.) sollte alle zur bestimmungsgemäßen Nutzung erforderlichen Einrichtungen schaffen können, ohne befürchten zu müssen, daß sie ins Eigentum des Grundeigentümers fallen und bei einer Grundstücksversteigerung mit "unter den Hammer" kommen.

c. Die rechtliche Behandlung der "Scheinbestandteile"
im Sinne des § 95 BGB

§ 95 BGB stellt sowohl § 93 als auch § 94 BGB gegenüber eine Ausnahme dar. Liegen die Voraussetzungen des § 95 BGB vor, so sind die betreffenden körperlichen Gegenstände also weder wesentliche noch unwesentliche Bestandteile. Diese Gegenstände bleiben selbständige bewegliche Sachen ²⁾. Auch ein mit dem Grund und Boden fest verbundenes Bauwerk ist demnach als "beweglich" anzusehen. Das BGB kennt grundsätzlich nur Grundstücke als unbewegliche Sachen. Ein gemäß § 95 BGB errichtetes Gebäude wird aber kein

1) RGZ 106, 49.

2) H.M.: RGZ 55, 284; 59, 21; 87, 51; 97, 106; 105, 215; BGH, JZ 62, 606; BGH, MDR 70, 576; Staudinger-Coing, § 95, Anm. 13; Erman-Westermann, § 95, Anm. 9; Soergel-Baur, § 95, Anm. 14; Palandt-Danckelmann, § 95, Anm. 1; Enneccerus-Nipperdey, § 125 II, 3b.

Bestandteil des Grundstücks¹⁾. Die Scheinbestandteile sind auch kein Zubehör²⁾. Da diese Sachen rechtlich vollkommen selbständig bleiben, gelten für sie auch die §§ 929 ff. BGB.

Die Eigentumsübertragung eines nur zu vorübergehendem Zweck errichteten Gebäudes erfolgt also schlicht durch Übergabe bzw. Übergabesurrogat und Einigung.

Hier zeigt sich erneut eine schwache Stelle der oben erörterten Theorie, die bei der Beurteilung des nur vorübergehenden Zwecks in erster Linie auf subjektive Momente abstellt. Hiernach könnten nämlich die strengen Formvorschriften, die das BGB an die Übertragung des Eigentums an einer unbeweglichen Sache geknüpft hat, dadurch einfach übergangen werden, daß sich Grundstückseigentümer und Bauherr dahingehend einigen, daß das auf dem betreffenden Grundstück zu errichtende Gebäude nach 99 Jahren oder auch, wenn es abgewohnt ist, wieder abgerissen werden soll. So würde das Gebäude lediglich ein Scheinbestandteil werden. Auch diese Konsequenz der subjektiven Theorie ist mit dem Gesetzeszweck nicht vereinbar. Allein die objektive Situation ist für die Beantwortung der Frage entscheidend, ob eine Verbindung nur vorübergehender Natur ist.

1) A.A. H. Meyer, Festschrift für Felix Dahn, S. 269, der die Scheinbestandteile als unbewegliche Sachen ansieht, wenn sie ihrer Natur nach unbeweglich sind, also nicht von der Stelle bewegt werden können.

2) BGH, JZ 62, 606; RGZ 66, 98; Planck, § 97, Anm. 2c.

3) RGZ 97, 249; 109, 130; RG, JW 1912, 129.

Da es sich bei den Sachen, die mit dem Grund oder dem Gebäude zweifelsfrei nur zeitlich begrenzt verbunden oder ihm eingefügt sind, auch nicht um Zubehör (§ 97 BGB) handelt, werden sie von Verfügungen über das Grundstück grundsätzlich nicht betroffen ¹⁾. Auch schuldrechtliche Verträge beziehen sich demnach nicht auf die Scheinbestandteile. Die gemäß § 95 BGB eingefügten und errichteten Sachen, Gebäude und Werke unterliegen der Mobilarzwangsvollstreckung ²⁾ ³⁾, was lediglich folgerichtig ist.

1) Enneccerus-Nipperdey, § 125, / 125 II, 3b.

2) RGZ 158, 375; LG Mannheim JW 1926, 2596;
LG Königsberg, JW 1927, 1950. LG Hamburg BB 1955, 940 f.

3) Ein Eigentumsvorbehalt an den nur zu vorübergehenden Zwecken eingefügten Sachen bleibt daher voll wirksam, KG, JW 1936, 673; diese Gegenstände unterliegen auch dem gesetzlichen Pfandrecht des Verpächters, RG Warn.Rspr. 1920, N. 184.

IV. Die Abgrenzung des Bestandteils vom Zubehör

1. Problemstellung

Die Bestandteile einer Sache haben grundsätzlich ihre Selbständigkeit verloren. Im Gegensatz hierzu bleiben die Zubehörstücke sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht selbständig, obgleich auch sie -ebenso wie die Bestandteile - in einem räumlichen Zusammenhang mit der Hauptsache stehen.

Nicht jeder räumliche Zusammenhang also zwischen mehreren körperlichen Gegenständen läßt eine einheitliche Sache entstehen. So ist es offensichtlich, daß der Reservekanister in einem PKW kein Bestandteil, sondern allenfalls Zubehör ist, obgleich hier nicht nur ein enger, sondern auch ein auf lange Dauer angelegter räumlicher Zusammenhang gegeben ist.

Da das Gesetz bei der Bestimmung des Begriffs Zubehör nicht allzu ergiebig ist, ist eine exakte Unterscheidung vom Bestandteil bisweilen schwierig. § 97 Abs. 1 Satz 1 bestimmt nämlich zunächst nur, daß Zubehörstücke keine Bestandteile sein können. Desweiteren geht daraus hervor, daß das Zubehör dazu bestimmt sein muß, der Hauptsache zu dienen. Diese beiden angeführten Kriterien allein aber lassen eine sichere Abgrenzung zum Bestandteilsbegriff nicht zu. Wenn das Gesetz verlangt, daß ein Zubehörstück kein Bestandteil sein kann, so versteht sich dies an und für sich von selbst. Beide Begriffe schließen sich nämlich schon naturgemäß aus. Hinzu kommt, daß das Bürgerliche Gesetzbuch auch nur den Begriff des wesentlichen Bestandteils definiert hat, nicht aber auch den des unwesentlichen. Da hierfür

gesetzliche Merkmale nicht gegeben sind, blieb es allein der Rechtsprechung und Lehre überlassen, Abgrenzungskriterien zu finden. Aber auch das weitere Merkmal, welches in § 97 Abs. 1 Satz 1 BGB angeführt ist, erweist sich nicht als besonders ergiebig. Der Hauptsache zu dienen bestimmt sind nämlich in aller Regel auch Bestandteile. Jedenfalls aber dann, wenn das Vorhandensein einer Hauptsache festgestellt werden kann. Letztlich also ist der Begriff des Zubehörs anhand des in § 97 Abs. 1 Satz 1 angeführten Merkmals der Verkehrsanschauung zu bestimmen. Dieser Begriff allerdings hat den wesentlichen Nachteil, daß er nicht nur zu unbestimmt, sondern auch zu indifferent ist. So haben sich zahlreiche regional unterschiedliche Verkehrsanschauungen herausgebildet. Hinzu kommen die unterschiedlichen Auffassungen der am Wirtschaftsleben Beteiligten.

Dies wurde zwar von der Rechtsprechung bereits erkannt, jedoch nicht in zureichendem Maße berücksichtigt. So sei es nicht wesentlich, ob die "beteiligten Kreise" eine Sache als "Zubehör" bezeichneten, sondern ob sie annähernd richtige Vorstellungen über die rechtlichen Folgen, die das Gesetz an den Zubehörbegriff knüpft, hätten ¹⁾. Diese Formulierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder die Rechtsprechung, noch die Lehre die Begriffe Zubehör und Bestandteil exakt auseinanderzuhalten vermochten. So bejahte beispielsweise das OLG Hamburg ²⁾ die Zubehörseigenschaft des Inventars

1) Vgl. OLG Frankfurt, HRR, 1932, Nr. 2235.

2) OLG Hamburg, Recht 1913, Nr. 2690; Vgl. OLG 38, 30 OLG 31, 192; RGZ 48, 203, OLG Braunschweig, HRR 1939, Nr. 869.

einer Gaststätte, wohin gegen dies vom OLG Bremen verneint wurde. Das auf dem Holzfußboden liegende Linoleum ist nach Hamburger Verkehrsanschauung kein Zubehör ¹⁾, wohl hingegen nach der Münchner Verkehrsanschauung ²⁾.

Ebenso wie bei der Begriffsbestimmung des Bestandteils, bedarf es beim Zubehör nicht der Heranziehung des Merkmals der Verkehrsanschauung.

Rechtsprechung und Lehre haben genügend andere und auch bessere Kriterien dazu herangezogen, das Zubehör einerseits vom Bestandteil, andererseits von der selbständigen Sache abzugrenzen.

2. Die Voraussetzungen des Zubehörbegriffs im einzelnen

§ 97 Abs 1 Satz 1 BGB bestimmt, daß nur bewegliche Sachen, die dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache zu dienen bestimmt sind, Zubehör sein können. Die Vorschrift stellt sonach ausdrücklich auf den wirtschaftlichen Zweck ab. Dies ist in gewissem Sinn mißverständlich, weil damit keinesfalls gemeint sein kann, es müsse ein mit wirtschaftlicher Betätigung verbundener Zweck gegeben sein, also z.B. die Gewinnerzielung. Folgte man einer solchen Ansicht, so gäbe es an Gegenständen, die einem künstlerischen oder kulturellen Zweck dienen, grundsätzlich kein

1) OLG Hamburg 45, 110.

2) OLG München, Seuff. Arch. 74, Nr. 157, vgl. hierzu auch OLG Stettin 4, 204, wonach der Musikautomat einer Gaststätte kein Zubehör ist. A.a. OLG Hamm, 5, 78.

Zubehör. Daß dem nicht so sein kann, ergibt sich schon aus dem Sinn der Zubehörregelung, der darin besteht, die dingliche Rechtslage und die schuldrechtlichen Verhältnisse für alle Beteiligten wirtschaftlich sinnvoll und zweckmäßig zu regeln. Unterschiede von einzelnen Kategorien von Gegenständen dürfen dabei nicht getroffen werden. Dementsprechend hat die Rechtsprechung beispielsweise die Orgel in einer Kirche ¹⁾ und die Gobelins eines Schlosses ²⁾ als Zubehör angesehen.

Dieses wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis zwischen Zubehör und Hauptsache kann allerdings weniger der Abgrenzung des Zubehörbegriffs von dem des Bestandteils dienen, als von dem der selbständigen Sache. Bestandteile nämlich dienen in aller Regel - im Gegensatz zu den selbständigen Sachen - auch dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache. Allenfalls aus dem Begriff der "Bestimmung" kann hier eine deutliche Unterscheidung zum Bestandteil hergeleitet werden. Während, was herrschende Meinung ist, beim Bestandteil allein objektive Kriterien dafür maßgebend sind, ob ein Gegenstand als Teil einer einheitlichen Sache anzusehen ist, ist dies beim Zubehör nicht der Fall. Erst wenn der Verfügungsberechtigte einen Gegenstand als Zubehör "bestimmt", kann die Zubehöreigenschaft bejaht werden.

Diese Bestimmung wird weitgehend - und dies zu Recht - als Rechtshandlung angesehen ³⁾, auf die sogar gewisse

1) RG, JW 1910, 466.

2) RG-Warn.Rspr. 1919, Nr. 45.

3) RG, HRR 1934 Nr. 1273, Planck-Streuer, § 97, Anm. 2b; Staudinger-Coing, § 97, Anm. 13.

Vorschriften über Rechtsgeschäfte anzuwenden sind, wie z.B. die der Geschäftsfähigkeit. Ein Teil der Literatur geht sogar ~~so~~ weit, daß er für die " Bestimmung " lediglich die natürliche Willensfähigkeit verlangt ¹⁾. Hier wird ein entscheidender Unterschied zwischen Bestandteil und Zubehör ersichtlich, weil es offensichtlich ist, daß beim Bestandteilsbegriff subjektive Elemente nicht berücksichtigt werden können.

Ebenso wie der Bestandteil, wird das Zubehörstück in der überwiegenden Anzahl der Fälle mit der Haupt- bzw. Restsache in einem engen räumlichen Zusammenhang stehen. Während jedoch der Bestandteil mit der Restsache verbunden sein muß, ist dies beim Zubehör nicht unbedingt erforderlich. So hat das Reichsgericht die Zubehöreigenschaft einer etwa einen Kilometer vom Fabrikgrundstück entfernten Sauerstoffanlage bejaht ²⁾.

Ebenso wie beim Bestandteil hebt eine nur vorübergehende Trennung gemäß § 97 Abs. 2 Satz 2 BGB die Zubehöreigenschaft nicht auf. Wird das Reserverad eines Autos zur Reparatur fortgeschafft, so bleibt es trotzdem Zubehör. Ebenso verhält es sich beispielsweise mit Baugeräten und Kraftwagen eines Baugeschäftsgrundstücks, wenn diese auf entlegenen Baustellen benützt werden ³⁾.

Die Begriffe Zubehör und Bestandteil können nicht ohne weiteres begrifflich voneinander getrennt werden. Gelangt man zu dem Ergebnis, daß ein Gegenstand als Zubehörstück zu qualifizieren und demgemäß nicht mehr als Teil einer Sache anzusehen ist, so stellt sich die Frage, ob ein solcher Gegenstand ein mit der Hauptsache

1) RGRK, § 97, Anm. 14; Soergel-Baur, § 97, Anm. 24.

2) RGZ, 157, 40.

3) Vgl. OLG Hamm, IBMLNRW 1953, 244.

gemeinsames Schicksal erleiden soll. Das Gesetz enthält in den §§ 93 ff. BGB keine ausdrückliche Regelung über die Rechtsverhältnisse am Zubehör. Aus der Fassung des § 93 BGB, wonach nur die wesentlichen Bestandteile sonderrechtsunfähig sind, folgt an und für sich zwingend, daß am Zubehör Sonderrechte bestehen können, da andernfalls der Gesetzgeber auch in § 97 die Sonderrechtsunfähigkeit der Zubehörstücke normiert hätte.

Trotzdem behandelt das BGB in einzelnen Vorschriften Zubehör und Hauptsache wirtschaftlich als eine Einheit. So erstreckt sich beispielsweise die Verpflichtung zur Veräußerung oder Belastung einer Sache im Zweifel auch auf das Zubehör § 498 BGB. Dies gilt auch für den Wiederkauf und gemäß § 2164 BGB für das Vermächtnis. Im ersten Entwurf zum BGB war sogar eine Auslegungsregel des Inhalts enthalten (§ 790), daß ein die Hauptsache betreffendes Rechtsgeschäft unter Lebenden sich im Zweifel auch auf diejenigen Sachen erstrecken sollte, welche zur Zeit des Abschlusses das Geschäftszubehör jener Sache waren. In die geltende Fassung des Gesetzes wurde dieser Passus jedoch nicht übernommen, sondern nur bei den einzelnen, in Frage kommenden Rechtsgeschäften ausdrücklich angesprochen.

Der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Hauptsache und Zubehör ist nicht so eng wie der, der zwischen wesentlichen Bestandteilen besteht. Das Gesetz behandelt daher Zubehör und Hauptsache nur in den erwähnten Beispielen als rechtliche Einheit und auch dort nur " im Zweifel " , also, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Grundsätzlich ist also nach geltendem Recht das Zubehör rechtlich selbständig. Zubehörstücke brauchen daher nicht dem Eigentümer der Hauptsache zu gehören. Auch ein Eigentumsvorbehalt von derartigen Gegenständen bleibt ohne weiteres bestehen ¹⁾.

Im Gegensatz zum wesentlichen Bestandteil wird das Zubehör auch bei einer dinglichen Verfügung über die Hauptsache nicht ohne weiteres betroffen. So erwirbt der Käufer einer Brille mit deren Übergabe nicht von selbst das Eigentum am dazugehörigen Etui, wenn er auch einen dahingehenden schuldrechtlichen Anspruch besitzen mag. Oft wird allerdings die Einigungserklärung sinnvollerweise so auszulegen sein, daß sie sich auch auf das Zubehör bezieht: Erwirbt jemand ein Motorrad, so erstreckt sich die Einigung zumeist auch auf das vorhandene Bordwerkzeug oder auch auf den im Tank befindlichen Treibstoff.

Gemäß § 926 BGB geht das Eigentum am Grundstückszubehör in dem Umfang auf den Erwerber über, in welchem es dem bisherigen Grundstückseigentümer zustand ²⁾, sofern nicht die Parteien den Eigentumserwerb hinsichtlich des Zubehörs ausschließen wollten ³⁾.

1) RG, JW 1904, 403.

2) RGZ 97, 102; fremdes Zubehör wird gem. §§ 929 ff. BGB übertragen.

3) Entsprechendes gilt für das Erbbaurecht, § 11 ErbbauVO, den Nießbrauch, §§ 1031, 1063 BGB, das Wohnungsrecht, § 1096 BGB und das Vorkaufsrecht, § 1096 BGB.

Sonach ist das Zubehör im Gegensatz zu den Bestandteilen wegen seiner rechtlichen Selbständigkeit auch pfändbar und verpfändbar. Allerdings, und hier ist eine gewisse Verwandtschaft zum Bestandteil, unterliegt das Grundstückszubehör gemäß § 865 Abs. 2 ZPO nur zusammen mit dem Grundstück der Zwangsvollstreckung ins unbewegliche Vermögen ¹⁾. Diese rechtliche Selbständigkeit ist auch in vollem Umfang gegeben, wenn z.B. das Zubehör einem Handwerker zur Reparatur gegeben worden ist und gemäß § 647 BGB mit einem gesetzlichen Pfandrecht belastet ist. ²⁾.

In beschränkter Hinsicht teilt das Zubehör eines Grundstücks auch das Schicksal der Hauptsache. So erstrecken sich gemäß den §§ 1120, 1192, 1200 BGB die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ohne weiteres auch auf das Zubehör des belasteten Grundstücks. Es kommt dabei nicht auf den Willen der Beteiligten an. Weder einer vertragsmäßigen Erweiterung, noch einer vertragsmäßigen Einschränkung der Haftung des Zubehörs kommt daher dingliche Wirkung zu ³⁾.

Wenn auch das wirtschaftliche Ergebnis dieser rechtlichen Behandlung des Zubehörs bisweilen zu unerwünschten Ergebnissen führen wird, so entspricht die hier getroffene Regelung nicht nur den tatsächlichen Gegebenheiten, sondern auch der rechtlichen Logik. Wenn schon der unwesentliche Bestandteil als Teil einer einheitlichen Sache für sonderrechtsfähig erachtet wird, so muß dies umso mehr für das an sich rechtlich und tatsächlich selbständige Zubehörstück gelten.

1) RGZ 59, 87.

2) KG, OLG 6, 213.

3) RGZ 63, 371; 77, 241; 125, 362 ff; Staudinger-Coing, § 97, Anm. 16; RGRK, § 97, Anm. 14.

V. Schlußbetrachtung

Die geltende Fassung des § 93 BGB, auf der letztlich die gesamte Bestandteilslehre beruht, war besonders in den Jahren nach Inkrafttreten des BGB eine ständige Quelle von Meinungsverschiedenheiten in Rechtsprechung und Lehre. Dies beruhte im wesentlichen darauf, daß der Wortlaut dieser Vorschrift verschiedene Interpretationen zuließ und auch heute noch zuläßt. Hinzu kommt noch, daß sich seit dem Inkrafttreten des BGB sowohl in wirtschaftlicher als auch in technischer Hinsicht Entwicklungen vollzogen haben, die um die Jahrhundertwende auch für einen vorausschauenden Gesetzgeber nicht vorhersehbar waren.

Auch wenn um die Jahrhundertwende die Vorschrift des § 93 BGB den herrschenden ökonomischen und sozialen Gegebenheiten entsprochen hat, kann dies für die heutige Zeit jedenfalls nicht mehr in vollem Umfang gelten. Während in den früheren Jahrzehnten die Massen- und Serienfabrikation im Vergleich zu heute einen geringen Umfang hatte, der überwiegende Teil aller Güter also handgefertigt und dementsprechend individuell hergestellt war, ist heute genau das Gegenteil der Fall. Nahezu jeder einzelne Gegenstand ist genormt, katalogisiert und damit jederzeit austauschbar. Dieser Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse ist auch bei der rechtlichen Handhabung der Bestandteile Rechnung zu tragen. Stellt man bei der Beurteilung der Frage, ob ein Bestandteil wesentlich im Sinne des § 93 BGB ist, allein darauf ab, ob im Fall einer Trennung physisch zerstört oder im Wesen verändert wird,

so entspricht das hierbei gewonnene Ergebnis zwar dem Wortlaut des Gesetzes, nicht aber den nunmehr herrschenden wirtschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten. Dasselbe gilt naturgemäß auch dann, wenn man die Wesentlichkeit der Bestandteile anhand der Ersetzbarkeit und der Weiterverwendbarkeit allein beurteilt. Der Anwendungsbereich des § 93 BGB würde hierdurch in erheblichem Maße eingeschränkt. Zudem drohen aber auch erhebliche wirtschaftliche Einbußen bei konsequenter Einhaltung dieser Prinzipien. Weil der überwiegende Teil der im Verkehr gehandelten Güter aus zahlreichen einzelnen Teilen hergestellt ist, die ohne weiteres nachbestellt oder auch andernorts weiter verwendet werden können, bleibt kein Raum für solche Teile, die im Falle ihrer Abtrennung zerstört oder im Wesen verändert würden. Gleiches trifft auch auf die Restsache zu. Würde man nunmehr die austauschbaren Bestandteile als unwesentlich ansehen, so ermöglichte man, daß an einer einheitlichen Sache im natürlichen Sinn zahlreiche Sonderrechte bestehen könnten. Abgesehen von der Tatsache, daß eine solche Betrachtungsweise nicht einer natürlichen, auch für den Laien verständlichen Anschauung entsprechen kann, würde sie dazu führen, daß jeder Teileigentümer mit der Realisierung seines Eigentumsanteils eine ganze Einheit zersplittern könnte.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine unvollständige Sache unverhältnismäßig weniger Wert verkörpert als eine vollständige. Eine solche Handhabung würde dem Sinn und Zweck der Vorschrift des § 93 BGB sowie den Intentionen des Gesetzgebers bei der Schaffung dieser Regelung zuwiderlaufen. Zudem ließe eine solche Betrachtungsweise den Wert einer Verarbeitung unberücksichtigt, der einen erheblichen Umfang haben kann.

Zusammenfassend ist hier festzustellen, daß die vom Gesetzgeber getroffene Regelung entsprechend den nunmehr herrschenden Verhältnissen ausgelegt werden muß. Unter der gebotenen Berücksichtigung der üblichen Anschauungen und Herstellungsmethoden muß bei der Beurteilung der Frage, ob ein Teil wesentlich ist, auch das Schicksal der Gesamtsache berücksichtigt werden. Nur dann nämlich kann eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lösung gefunden werden, die sowohl wirtschaftlich vernünftig ist als auch den Motiven des Gesetzes entspricht.

Nach der hier vertretenen Ansicht ist für den wesentlichen Bestandteil einerseits Voraussetzung, daß er für die Funktion der Gesamtsache erforderlich ist. Erst wenn diese Voraussetzung gegeben ist, ist darauf abzustellen, ob die im § 93 BGB genannten Merkmale zutreffen, Teil oder Restsache also im Falle einer Trennung zerstört oder im Wesen verändert werden. Das Vorhandensein eines wesentlichen Bestandteils ist aber auch dann zu bejahen, wenn mit der Trennung des Teils von der Gesamtsache eine erhebliche Wertminderung dieser Gesamtsache eintritt. Insoweit muß also auch das Schicksal der Gesamtsache mitberücksichtigt werden.

Durch eine solche Handhabung erweitert sich zwangsläufig der Kreis der unter den Begriff des wesentlichen Bestandteils fallenden Gegenstände. Dies hat zur Folge, daß die Möglichkeiten beschränkt werden, einen wirksamen Eigentumsvorbehalt an Bestandteilen einer einheitlichen Sache zu vereinbaren. Eine solche Einschränkung aber entspricht durchaus der rechtspolitischen Aufgabe des Gesetzgebers, die darin besteht, wirtschaftlich schutzbedürftige Ein-

heiten zu erhalten und so die bestmögliche Lösung für alle Beteiligten bei der Verwertung einer Sache zu finden. Die Aufgabe des Gesetzgebers besteht jedenfalls nicht darin, bestimmten Gruppen dazu zu verhelfen, ihre Ansprüche zu Lasten anderer Beteiligter in vollem Umfang zu realisieren. Darauf aber läuft die heute üblicherweise praktizierte Handhabung der allgemeinen Geschäftsbedingungen hinaus. Der wirtschaftlich stärkere Vertragspartner sichert sich im Wege über den Eigentumsvorbehalt und die Sicherungsübereignung umfassende dingliche Rechte an den Teilen einer Sache oder an der Sache selbst. Es besteht kein rechtliches Bedürfnis, derartige Möglichkeiten dinglicher Sicherung zu erhalten. Dies läuft vielmehr darauf hinaus, daß dem wirtschaftlich schwächeren Partner Verwertungsmöglichkeiten verloren gehen. Zudem hat es den unerwünschten Effekt, daß der Wert der Gesamtsache zersplittert wird.

Dem Gedanken der Werterhaltung hat der Gesetzgeber bei den wesentlichen Bestandteilen des Gebäudes im vollen Umfang Rechnung getragen. Hier wird schon aus dem Wortlaut der Vorschrift des § 94 Abs. 2 BGB ersichtlich, daß das Gesetz allein die Erhaltung der Gesamtsache, also des Gebäudes im Auge hatte, nicht aber die der einzelnen Teile. Im Sinne der Erhaltung der Gebäudeeinheit müssen nach dieser Vorschrift all jene Gläubiger zurücktreten, die Eigentümer oder dinglich Berechtigte einzelner Teile sind. Die Vorschrift des § 94 Abs. 2 BGB entspricht in ihrer heutigen Fassung durchaus den Anforderungen. Dies mag daher rühren, daß sich im Bauwesen in den letzten Jahrzehnten keine wesentlichen Änderungen ergeben haben.

Ohne Zweifel zwar unterscheiden sich die heutigen Methoden von den früheren insbesondere im Hinblick auf den Maschineneinsatz. Im wesentlichen jedoch sind die Methoden zur Errichtung eines Gebäudes in etwa gleich geblieben. Allein die Fertighäuser machen hierbei eine Ausnahme.

Bei der Interpretation des Begriffs Gebäude im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB ist grundsätzlich auf das konkrete Gebäude abzustellen. Dies ergibt sich nicht nur aus der Erwägung, daß ein Gebäude mit der Entfernung der eingefügten Gegenstände nicht mehr seiner Zweckbestimmung entsprechend verwendet werden kann, sondern schon daraus, daß alle die Gegenstände, die einem solchen abstrakten Gebäude eingefügt sind, schon in aller Regel unter den Bestandteilsbegriff des § 93 BGB fallen. Hieraus folgt, daß der Gesetzgeber bei der Schaffung des § 94 Abs. 2 BGB nur den konkreten Gebäudebegriff im Auge gehabt haben kann, weil sonst diese Vorschrift überflüssig wäre.

Aus der Tatsache, daß der Gesetzgeber in den §§ 93 ff. den wesentlichen Bestandteil bestimmt und an sein Vorhandensein gewisse Rechtsfolgen geknüpft hat, hat die herrschende Lehre und ständige Rechtsprechung gefolgert, daß es auch einen unwesentlichen Bestandteil geben muß. Dieser unwesentliche Bestandteil, dessen Existenz bisweilen energisch bestritten wurde, soll dann gegeben sein, wenn der Teil von der Sache abgetrennt werden kann, ohne daß er oder die Restsache im Wesen verändert oder zerstört wird. Der Begriff des unwesentlichen Bestandteils hat durchaus seine Existenzberechtigung. Ein solcher Teil liegt nämlich immer dann vor, wenn eine Einheit vorhanden ist, die im Falle einer Trennung von Hauptsache und

Teilen keinen Wertverlust erleidet. Derartige Fälle sind durchaus denkbar und auch gar nicht selten. Sie sind immer dann gegeben, wenn Teile einer Sache ohne weiteres austauschbar und ohne besonderen Arbeitsaufwand ersetzbar bzw. in einer anderen Sache weiterverwendbar sind, so z.B. die Saiten eines Musikinstruments. Bei derartigen Gegenständen besteht kein Grund dafür, eine Einheit zu erhalten. Dies wäre ein unnötiger Eingriff in die Verfügungsgewalt des Berechtigten, der zugleich eine Einschränkung des Grundsatzes der Privatautonomie bedeuten würde. Dieser unwesentliche Bestandteil, der im übrigen unbeschränkt sonderrechtsfähig ist, stellt sich als eine Kategorie von Gegenständen dar, die zwischen dem wesentlichen Bestandteil einerseits und dem Zubehör als vollkommen selbständige Sache andererseits zu finden ist.

Die herrschende Meinung betrachtet, wie auf S. 99 ff. dieser Arbeit ausgeführt, die einzelnen Gegenstände einer Sachgesamtheit als selbständige Einzelsachen, die Sachgesamtheit selbst aber konsequenterweise nicht als einheitliche Sache. Sie kann demnach keine Bestandteile haben, und jeder zu ihr gehörige Gegenstand ist sonderrechtsfähig. Dies wird in erster Linie damit begründet, daß der Sachgesamtheit die Körperlichkeit fehle, welche nach § 90 BGB Voraussetzung für jede Sachqualität sei. Nur an Sachen im Sinne des BGB aber seien Bestandteile denkbar.

Diese rechtliche Behandlung der Sachgesamtheit als Mehrheit vollkommen selbständiger Einzelsachen entspricht aber weder dem Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung noch den wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Es wäre daher für den Gesetzgeber angebracht, in Anlehnung an das österreichische Zivilrecht eine Regelung zu schaffen, die eine flexiblere Sachbehandlung ermöglicht und es erlaubt, von den bisherigen starren Grundsätzen abzuweichen, sofern dies die materielle Gerechtigkeit oder die wirtschaftliche Vernunft notwendig machen.

Wie die Motive zum Bürgerlichen Gesetzbuch zeigen, ging der Gesetzgeber bei der Schaffung der Bestandteilsregelung davon aus, daß wirtschaftliche Werte vor einer ungerechtfertigten Zerstörung durch Trennung oder sonstige Zersplitterung geschützt werden müssen. Dieser Gedanke kommt auch in § 93 BGB klar zum Ausdruck.

Sinn und Zweck der Vorschrift des § 93 BGB erfordern daher, den ihr innewohnenden Schutz der Erhaltung wirtschaftlicher Werte auch den Sachgesamtheiten angedeihen zu lassen. Es gibt nämlich eine Reihe von Sachgesamtheiten, die ihren wirtschaftlichen Wert nur dann voll entfalten, wenn die ihnen zugehörigen Einzelgegenstände räumlich zusammen bleiben und in einer inneren Beziehung zueinander stehen - "zusammengehören". Bei solcherlei Sachgesamtheiten verlieren aber im Falle einer Trennung sowohl die entfernten, als auch die verbleibenden Gegenstände einen Großteil ihres Wertes. Ein Satz Briefmarken z.B. stellt einen bei weitem größeren Wert dar, als Einzelbriefmarken gleicher Art und Anzahl.

Auch bei näherer Betrachtung dieses Problems ist kein Grund ersichtlich, warum der Eigentümer einer einheitlichen Sache stärker geschützt werden soll als der Eigentümer mehrerer Gegenstände, die von der überwiegenden Ansicht eben nur als Sachgesamtheit angesehen werden, die aber ihren wirklichen

Wert nur entfalten können, wenn sie zusammenhängen. Eine solche Sachbehandlung widerspräche dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Gleichartigem.

Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Sachgesamtheiten schutzbedürftig sind. Dies ist, was bereits aus dem Wortlaut des § 93 BGB hervorgeht, lediglich dann der Fall, wenn bei einer Trennung wirtschaftliche Werte zerstört würden.

Hat die Auflösung der Sachgesamtheit eine erhebliche Wertminderung der ihr zugehörigen Gegenstände zur Folge, so muß die Sachgesamtheit als einheitliche Sache angesehen werden. Dies ergibt sich aus der folgenden Überlegung :

Maßgebliches Kriterium bei der Frage nach der Sachqualität eines Gegenstands ist seine Zweckbestimmung. Erschöpft sich die Zweckbestimmung darin, "Teil" eines Ganzen zu sein, wie dies z.B. beim einzelnen Blatt eines Kartenspiels der Fall ist, so handelt es sich bei dem fraglichen Gegenstand nicht um eine selbständige Sache, sondern eben nur um den Teil einer solchen. Dementsprechend muß eine Sachgesamtheit zumindest dann als eine einheitliche Sache betrachtet werden, die unter den Schutz des § 93 BGB fällt, wenn die zur Sachgesamtheit gehörigen Gegenstände nur im Zusammenhang ihrer Zweckbestimmung entsprechend verwendet werden können und nur so ihren wirklichen Wert entfalten. Ist dies aber der Fall, dann sind im allgemeinen die Voraussetzungen des § 93 BGB erfüllt, so daß diese Vorschrift direkt und nicht nur analog zur Anwendung gelangen muß.

Umfassend betrachtet ergibt sich bei den die Bestand-
teilslehre betreffenden Vorschriften die Notwendigkeit,
das Gesetz zeitgemäß und dem Willen des Gesetzgebers
entsprechend auszulegen. Nur dann kann den wirtschaft-
lichen und rechtlichen Erfordernissen der Gegenwart
Rechnung getragen werden. Eine derartige Auslegung
der betreffenden Vorschriften ist möglich. Einer
Änderung der bestehenden Vorschriften bedarf es da-
her nicht. Absicht dieser Arbeit war es, hierzu ver-
tretbare Wege aufzuzeigen.

L E B E N S L A U F

Am 22. Januar 1946 wurde ich als Sohn des Dozenten und Oberstudienrats Dr. phil. Alfred Bernhard und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Radmiller, in München geboren.

Nach vierjährigem Besuch der Volksschule - Amalienschule - in München wechselte ich auf das Gymnasium über. 1967 legte ich das Abitur auf dem Wittelsbacher Gymnasium in München ab.

Danach begann ich an der Ludwig-Maximilians-Universität München das Studium der Rechte. Nach acht Semestern legte ich 1971 die erste juristische Staatsprüfung ab und nahm 1972 die Tätigkeit als Rechtsreferendar beim Oberlandesgericht München auf. Nach weiteren zwei Jahren bestand ich 1974 das zweite juristische Staatsexamen in München.

Von 1. Februar 1975 bis 10. Oktober 1977 war ich Richter beim Landgericht Memmingen sowie bei den Amtsgerichten Memmingen und Günzburg. Seit 10. Oktober 1977 bin ich Staatsanwalt in Memmingen.

